Wien in Europa.
Europa in Wien.

Europabericht der Stadt Wien 2014

StaDt Wien
Wien ist anders.

Wien in Europa · Europa in Wien

Europabericht der Stadt Wien 2014

Download

europa.wien.at/europabericht.html

Impressum

Magistratsabteilung 27
Europäische Angelegenheiten

Eigentümer & Herausgeber:
Magistratsabteilung 27 – Europäische Angelegenheiten

Redaktion und Koordination:
Mag.ª Andrea van Oers

Satz, Grafik und Layout:
Lindenau Productions GmbH, 1030 Wien

Fotohinweise:

Alle Fotos, falls nicht anders angegeben:
© Alexander Loidl, www.aworld4you.com

PAUL GERIN GmbH & Co KG
Gerinstraße 1–3, A-2120 Wolkersdorf
UZ24 „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ UW 756

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21A,
Referat Reprographie, UW-Nr. 835

Gedruckt auf ökologischem Papier
aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien” CO_2 kompensiert

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Bürgermeister Dr. Michael Häupl ... 7

Statements der Rathausklubs

Prof.in Dr.in Elisabeth Vitouch, SPÖ ... 8

Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, Die Grünen ... 10

Mag. Wolfgang Jung, FPÖ ... 12

Mag.a Barbara Feldmann, ÖVP ... 14

Berichte aus der Magistratsdirektion und den Geschäftsgruppen

Magistratsdirektion ... 19

Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport ... 25

Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke ... 31

Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales ... 37

Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal ... 43

Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft ... 49

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung ... 55

Geschäftsgruppe Umwelt ... 61

Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung ... 67

Stadtrechnungshof Wien ... 73

Europäische Städteppolitik – Urban Europe

Bevor Sie weiterlesen… ... 79

Hans Verdonk · Cities as engines of sustainable competitiveness. ... 80

Hans Verdonk · Fifty years of EU urban policies. ... 81

DI Michael Roth · Viele Köche, viele Küchen, viele Töpfe. ... 88

Mag.a Eva Nussmüller · Eine EU-Städteagenda. ... 92

i.Urban ... 94

Anna Lisa Boni · Europas Städte: Kraftvolle Motoren der Entwicklung. ... 98

The Urban Plattform Danube Region. ... 100

Mag.a Elisabeth Unger · Der Wirtschaftsstandort Wien in Rankings. ... 102

DI Thomas Madreither · Smart City Wien. ... 104

Rosemarie Mieder · Wohnen im europäischen Haus. ... 106

MMag.a Barbara Hauenschild, Mag.a Susanne Halmer, BA · Rekommunalisierungstrend in Europa. ... 110

François Jegou, Marceline Bonneau · Social Innovation. ... 114

Dipl.-Vw. Klemens Himpele, Mag. Gerrit Thell · Urban Europe – warum Europa Städte braucht. ... 120

Anhang

Übersicht über jene Akten, die dem Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten im Jahr 2014 vorgelegt wurden. ... 126

Vorwort

Europa ist ein Kontinent der Städte. Sie sind die Laboratorien der Zukunft. In ihnen haben gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen ihren Ausgangspunkt. Einerseits prägen die Politiken der Europäischen Union das Leben und den Alltag der Menschen, die Wirtschaft und die Innovationskraft der europäischen Metropolen. Andererseits wird in den Städten Europas tagtäglich wohlüberlegt, konsequent und leidenschaftlich an der Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Ausgewogenheit, für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für den Bestand der europäischen Demokratie gearbeitet. Europas Städte sind es, die die Idee eines geeinten Europas maßgeblich tragen.

Dr. Michael Häupl
Bürgermeister und
Landeshauptmann von Wien

Aus all diesen Gründen muss die städtische Dimension noch stärker in den Fokus der Europäischen Union rücken. Es gilt die Städte systematisch in alle Phasen des europäischen Prozesses der Politikentwicklung und der Politikumsetzung einzubeziehen. Es muss zum normalen Verfahrensablauf gehören, die Auswirkungen auf Städte standardmäßig zu reflektieren. Städte könnten entscheidend dazu beitragen, den bisher dominanten „top-down“ Ansatz durch einen bürgernahen und praxisbezogenen „bottom-up“ Ansatz zu ergänzen. Damit könnte auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU gestärkt werden.

Zur systematischen Einbindung der Städte braucht es keine neuen Verfahren oder Instrumente. Aber es bedarf des politischen Willens zur Adaptierung bestehender Strukturen. In der Vergangenheit war dieser politische Wille zu einer europäischen Städtepolitik („urban agenda“) immer wieder ein sehr flüchtiges Element. 2014 wurde erfreulicherweise aber eine Reihe von Schritten in Richtung einer europäischen Städtepolitik gesetzt: Zum Beispiel organisierte die Europäische Kommission im Februar ein „Städte-Forum“ und ein Treffen der BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte in Brüssel. Im Juli erschien die Mitteilung „Die Städtische Dimension der EU-Politiken“, zu der anschließend eine öffentliche Konsultation durchgeführt wurde. Standards hinsichtlich der konsequenten Berücksichtigung der städtischen Ebene setzte ebenfalls im Juli der „6. Kohäsionsbericht“ der Europäischen Kommission. Dies sind Schritte, auf denen aufgebaut werden sollte.

Wien spielte bei der Entwicklung einer europäischen Städtepolitik immer schon eine besondere Rolle. Dies ist insbesondere dem schon traditionellen Engagement der politischen und administrativen Ebene zu danken. Dies dokumentiert der vorliegende Europabericht 2014 – auch mit seinem Schwerpunktthema „Urban Europe“.

Prof.in Dr.in
Elisabeth Vitouch
Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, SPÖ

Am 1.1. 2015 jährte sich der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zum 20. Mal. Dieses Ereignis hat Stadt und Land Wien, die Arbeit unserer Verwaltung, das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die Rahmenbedingungen für die Wiener Wirtschaft wesentlich verändert: Europa ist heute ein unverzichtbarer und selbstverständlicher Teil unseres täglichen Handelns.

Das politisch am meisten wahrgenommene Ereignis des letzten Jahres in Bezug auf die EU stellten die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai dar. Erstmals verpflichteten sich die großen europäischen Parteienfamilien schon vor der Wahl auf ihre jeweiligen Spitzenkandidaten. Die Wähler kannten somit das zur Wahl stehende Personal: Jean-Claude Juncker versus Martin Schulz. Dies stellte einen großen Schritt zu mehr Transparenz und einer höheren demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen dar. Hinter diesen Standard wird man auch bei zukünftigen Wahlen nicht mehr zurückfallen können – und das ist gut so.

Weniger positiv ist meiner Meinung nach der Umstand zu werten, dass es als Ergebnis der Wahlen nun auch auf europäischer Ebene zu einer „großen Koalition“ kam, unter Junckers Führung, mit der „Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten“ leider nur als Juniorpartner. Eine breite politische Basis mag zwar in Zeiten einer bislang noch nicht überwundenen Krise von Vorteil sein. Für die dringend notwendigen inhaltlichen Änderungen der rein wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU sind diese Rahmenbedingungen aber eher suboptimal. Gravierende soziale Defizite und das Scheitern der Austeritätspolitik schreien geradezu nach einem grundlegend anden System!

Von der dringenden Notwendigkeit einer Kursänderung zeugt nicht nur die alarmierende Zunahme der Ungleichheit von Einkommens- und Vermögensverteilung. Auch der im März 2014 vorgelegte Zwischenbericht der EK über die bisherigen Ergebnisse der „Europa 2020 Strategie“ musste feststellen, dass die Ziele großteils massiv verfehlt wurden. Die bisherigen Reaktionen darauf entsprechen aber eher der Haltung „Augen zu und durch“: Keine besonders zukunftsfähige Strategie ...

Nicht unerwähnt im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament möchte ich als Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten (GReiA) den Umstand lassen, dass zwei ehemalige Mitglieder dieses Ausschusses, Dr.in Monika Vana und Dr.in Barbara Kappel, nun im EP sitzen. Ich hoffe, dass sie sich dort verstärkt auch für städtische Anliegen einsetzen werden.

Von den unzähligen internationalen Veranstaltungen, die auch 2014 wieder im Wiener Rathaus stattfanden, möchte ich nur die Festveranstaltung „Wien für Europa – Europa für Wien" am 9. Mai 2014 erwähnen. Dabei hob unser Herr Bürgermeister Dr. Michael Häupl insbesondere die Rolle der Städte für die weitere Entwicklung der EU hervor: „Um ein gut funktionierendes Europa zu bieten, das für die Menschen in diesen Städten im täglichen Leben positiv spürbar ist, muss bereits bei der Politikdefinition der EU das städtische Element mitgedacht werden. Denn nur starke Städte ermöglichen ein starkes Europa.“

Den langjährigen Einsatz Wiens für eine europäische Städtepolitik würdigte bei diesem Anlass auch Kommissar Hahn, der festhielt: „Kurz noch zurück zu den Städten und zu den Aufgaben Wiens: hier sehe ich eine besondere Verpflichtung sich auf europäischer Ebene einzubringen. Dieser Verpflichtung ist Wien aber in den letzten Jahren - mit all dem, was man vorzuweisen hat – schon nachgekommen. (...) Und ich kann heute sagen, dass es wenige Städte in Europa – und damit wahrscheinlich auch darüber hinausgehend - gibt, die eine solche überregionale Bedeutung haben, wie es bei Wien der Fall ist.“

Diese Einschätzung würde ich gern den Wiener Oppositionsparteien ins Stammbuch schreiben, die nicht müde werden, die EU und Wien schlechtzureden oder sich in überholten neoliberalen Wettbewerbszielen zu verrennen.

Das intensive Engagement Wiens auf internationaler Ebene wurde auch 2014 fortgesetzt. Es reichte von

den Auftritten unseres Bürgermeisters auf europäischem Parkett (z.B. beim Treffen der Bürgermeister der EU-Hauptstädte, beim EU-Städteforum im Februar 2014 oder im AdR), über die regelmäßigen Aktivitäten zur Bewerbung Wiens als Wirtschafts- und Forschungsstandort (z.B. in New York, Seoul, Istanbul oder Rio de Janeiro) bis zu den Aktivitäten Wiens in den diversen europäischen Netzwerken (wie Eurocities, der Versammlung der Regionen Europas VRE oder dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE) oder der erfolgreichen Tätigkeit im Rahmen der Donauraumstrategie.

Der vorliegende Bericht listet nicht nur die hochaktuellen Themen des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten 2014, sondern auch die u.a. aus den Beschlüssen des Ausschusses resultierenden Subsidiaritätsrügen auf. 88% der Beschlüsse wurden im Vorjahr einstimmig gefasst, durchaus ein Zeichen dafür, dass dem Thema Europa die entsprechende Bedeutung beigemessen wird.

Die vom GReiA initiierten Fachseminare zu aktuellen europapolitischen Themen stießen im Vorjahr ebenfalls auf anhaltendes Interesse und werden daher auf Grund des großen Erfolges auch 2015 prolongiert! Im Herbst 2014 stand das Thema „EU-Forschungsförderungen für eine innovative Stadt“ auf der Tagesordnung: Die inhaltlichen Herausforderungen von „smart cities“-Maßnahmen werden ja bekanntermaßen nur mehr von der Größe der benötigten Finanzierungsvolumina übertroffen. Daher wurde bei diesem Fachseminar ein erster Überblick über europäische Fördermöglichkeiten sowie über Unterstützungsangebote bei der Beantragung der Förderungen und bei der Administration genehmigter Projekte geboten.

Das Fachseminar im Frühjahr 2014 widmete sich einer ganz anden, inhaltlich jedoch nicht weniger spannenden Frage: „Europa neu paktieren?“. Diskussionsbasis des Fachseminars war das Projekt "New Pact for Europe", das von zwölf europäischen "think-tanks" ins Leben gerufen wurde. Mit dem Ziel, konkrete, realistische Antworten auf die Frage "Wie soll sich die EU weiterentwickeln?" zu finden, wurde eine europaweite offene und tabulose Diskussion über die Zukunft der EU initiiert. Die fünf im Fachseminar vorgestellten Entwicklungsszenarien boten so auch in Wien die Basis für eine anregende Diskussion unter den SeminarteilnehmerInnen.

Plädoyer für eine Föderale Union

Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen
Sprecher für Europapolitik des Grünen Klubs im Wiener Rathaus, stv. Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten

Seit bald sieben Jahren harren einige Krisen in der Euro-Zone ihrer Bewältigung. Zwar funktioniert der Euro als Währung. Er ist als Zahlungsmittel anerkannt, nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Reservewährung der Welt und die Inflationsraten sind niedrig. Insofern ist das Gerede von einer Eurokrise nur eine Kurzformel für „Krisen in der Eurozone". Und davon gibt es einige: In einer Reihe von Ländern ist die staatliche Verschuldung im Gefolge der Krise beunruhigend hoch (jenseits von 90% des BIP). Das wirtschaftliche Wachstum ist niedrig, in einigen Ländern negativ; die Arbeitslosigkeit nahm dementsprechend zu. Es gibt ungelöste Moral-Hazard-Probleme bei Banken und bei Finanzhilfen für Mitgliedstaaten in Not.

Diese Fragen sind quasi systemisch verwoben: es ist praktisch unmöglich, ein Problem zu „lösen" ohne Rückkopplungseffekte bei anden. Wenn etwa Budgetkonsolidierung – um die Verschuldung einzubremsen – zu rasch und in den EU-Ländern simultan erfolgt, riskiert man einen (weiteren) Rückgang von Wachstum und Beschäftigung, der die Verschuldungsquote noch erhöht (siehe Griechenland). Vor allem aber haben die Probleme wie den Lösung transnationalen Charakter. Sie sind grenzüberschreitend ansteckend.

Ein Beispiel: Ich bin zwar der Ansicht, dass Griechenland seit 2010 insolvent und nicht bloß illiquid war und ist, hatte aber Verständnis für die Hilfsmaßnahmen von EU und IMF. Denn ohne diese hätte Griechenland Bankrott („default") erklären müssen, mit unbekannten Rückwirkungen auf Banken als Gläubiger des Staates in Griechenland und anderswo (Banken sind ja transnational verflochten), auf Börsenkurse von Staatsanleihen anderer Mitgliedstaaten und die entsprechend steigenden Zinssätze aufgrund höherer Risikoprämien, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit des Defaults weiterer Mitgliedstaaten – kurzum, möglichen Kettenreaktionen und Ansteckungen nicht nur in der „Peripherie".

Zurück zur Nationalstaatsorthodoxie, oder vorwärts zu einer neuen Unionsarchitektur?

Die jetzige politisch-rechtliche Struktur der EU ist ein zu schwaches Gerüst für die Bewältigung von komplexen Krisen, wie sie uns seit 2008 begleiten. Statt einer langwierigen Analyse dieser Vertragsstruktur machen wir ein Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, Österreich verfügte über eine der jetzigen EU analoge Struktur.

Im Nationalrat hätte aufgrund der schwächeren Gewichtung größerer Länder etwa Wien weniger und Tirol mehr Abgeordnete. Wesentlichere Unterschiede betreffen die „Regierung": wir hätten nicht eine, sondern den zwei, nämlich die „Österreichische Kommission" (ÖK) und den „Österreichischen Rat" (ÖR). Die ÖK hat neun Mitglieder, jedes Bundesland entsendet eins davon. Die ÖK hat das alleinige Initiativrecht im Parlament. Aber sie muss sich jeweils mit dem ÖR arrangieren. Dieser besteht aus den neun Landeshauptleuten.

Steuern und Abgaben werden ausschließlich von den Bundesländern eingehoben, diese alimentieren den Bund mit lediglich 1% des BIP. Es gibt zwar eine gemeinsame Währung, aber keinen nennenswerten Finanzausgleich zwischen den Ländern, sondern bloß einen Dauerstreit zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern. Es gibt weder eine bundesweite Arbeitslosenversicherung noch eine gemeinsame Pensionsversicherung.

Und: Jedes Mitglied des ÖR, mag es auch noch so gesamtösterreichisch orientiert sein, kann nur in seinem Bundesland wiedergewählt werden, dort und nur dort. Der Anreiz, das „Beste" für Gesamtösterreich zu tun, ist daher schwach, der Anreiz, regionale Interessen prioritär zu verfolgen, aber stark. Verknüpfen wir diese Situation noch mit dem Grundsatz der Einstimmigkeit von Entscheidungen, dann erhalten wir ein Rezept für politischen Stillstand, für Handlungsunfähigkeit.

Erstaunlich ist daher nicht die Trägheit, und manchmal die Widersprüchlichkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene, erstaunlich ist, dass die EU überhaupt (noch) existiert. Aber es ist eine fragile Existenz.

Wohin also, zurück zur Nationalstaatsorthodoxie, oder vorwärts zu den Vereinigten Staaten von Europa? (Oder wie immer die „Neue EU" dann heißen mag.) Schon angesichts der wirtschaftlichen

Verflochtenheit der EU-Staaten untereinander halte ich „nationale Souveränität“ für eine naive Illusion. Vielmehr muss Souveränität, auch um im Wettbewerb mit China, den USA und anden bestehen zu können, transnational gebündelt werden: in einer Europäischen Föderalen Union.

Diese braucht eine gemeinsame Regierung; jeder der „europäischen Bundesminister“ ist einzeln dem Europäischen Parlament verantwortlich. Das europäische Budget braucht konjunkturpolitisch eine andere Größenordnung und muss aus europäischen Abgaben finanziert werden, d.h. von den Alimenten der Mitgliedstaaten emanzipiert werden. Kurzum: die Elemente der „Staatlichkeit“ der Union müssen deutlich gestärkt werden, um Handlungsfähigkeit und Regierbarkeit zu gewährleisten.

Und das Volk?

In verschiedenen Varianten höre ich das Gegenargument, das sei undurchführbar, denn der EU fehle das „Staatsvolk“. Ist das nicht überholt? Wohin haben denn in Europa die Versuche geführt, ethnisch „reine“ Nationalstaaten zu schaffen?! Sprache, Kultur, Tradition, Religion – schon die jetzigen Mitgliedstaaten der Union sind alles andere als homogen. Das Reinheitsgebot für Bierbrauen lässt sich nicht auf moderne Staaten übertragen. Warum postuliert man für die EU Anforderungen, die schon die einzelnen Mitgliedstaaten nicht erfüllen (können), und beschwört im gleichen Atemzug die Gefahr des europäischen Einheitsbreis?

Die Wanderungen aufgrund der historisch einmaligen Freiheit der Wahl des Arbeits- und Wohnorts innerhalb der EU haben Folgen. Binationale Ehen, Zwei- und Dreisprachigkeit der Kinder, mehrfache Staatsangehörigkeiten, mehrere „Heimaten“ ohne klare territoriale Zuordnung – das Volk ist schon weiter als die national gebremste EU-Politik. Eine EU-Architektur, die Regierungsfähigkeit mit demokratischen Checks and Balances gewährleistet, trägt dem schlicht Rechnung.

Europa 2014 – ein Trauerspiel,
Europa 2015 – es wird noch schlimmer!

Mag. Wolfgang Jung
Europasprecher der FPÖ
Wien, stv. Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten

Keines der von mir an dieser Stelle im Vorjahresbeitrag aufgezeigten Probleme wurde gelöst, dafür wachsen uns die neuen über den Kopf, ein deprimierender Jahresrückblick, der für 2015 noch viel Schlimmeres erwarten lässt.

Nach den EU-Wahlen wurde von der „großen Koalition“ in Brüssel ein Präsident ausgepackelt, den man uns jetzt glorreich als Erfolg, weil „erstmalig vom Volk gewählt“, unterjubeln möchte. Auf einer österreichischen Liste war er nicht zu finden! Juncker, dessen Ausspruch „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ zur Arbeitsanleitung für das Handeln der Kommission werden könnte, vertritt nun, nach oben befördert, noch wirksamer das Interesse der Banken.

Gegen den Willen der Bürger trommelt die Kommission – „Möchtegernregierung“ von eigenen Gnaden – in Österreich unterstützt vor allem von der ÖVP, mit Hilfe von inseratenfinanzierten Medien und gleichgeschalteten Journalisten für den Abschluss der Knebelverträge TTIP, CETA und das Dienstleistungsabkommen TiSA. Das angebliche Unwort des Jahres „Lügenpresse“ drängt sich einem dabei in den Sinn. Unsere Regierung schweigt, und auch von einem Druck der Länder, einschließlich Wiens, auf den Bund merkt man nicht viel. Wenn das durchgeht, werden künftig die USA auch bei uns ihre Regeln vorgeben.

Die Arbeitslosigkeit steigt seit Jahren. Unseren viel gerühmten ersten Platz als Vorzugsschüler haben wir längst verloren und die halbe Million AMS-ler droht am Horizont. Wien „die lebenswerteste Stadt der Welt“ (behauptet allerdings nur die Mercerstudie für Millionäre) führt dabei die Negativliste in Österreich an. Und es wird noch schlimmer werden, denn weiter strömen Billigarbeitskräfte aus dem Euroraum und der Türkei zu. Dass jugendliche Schulabbrecher und Schlechtausgebildete mit Migrationshintergrund weit über dem Durchschnitt davon betroffen sind, wird schön geredet. Und noch immer hört man die Forderung nach Zuwanderung, um den Lebensstandard halten zu können.

Ganz still ist die Bundesregierung auch, wenn es darum geht, auf die Einhaltung von Verträgen zu pochen. Die Schengengrenzen sind offen, auch wenn sich Italien oder Griechenland den Teufel um die Bestimmungen von Dublin II scheren. Die fehlenden Grenzkontrollen erleichtern es auch ausländischen Schlägerbanden aus dem linksextremen Spektrum, jährlich in Österreich ihre Happenings unter dem Vorwand des Antifaschismus zu organisieren und dabei die Innenstadt, unter Hinterlassung einer Spur der Verwüstung, lahmzulegen, denn die Demonstrationsfreiheit gilt jetzt nicht mehr nur für Staatsbürger. Inzwischen warnt die Polizei intern vor Massenschlägereien zwischen ethnisch unterschiedlichen Gruppen in den Städten, vermutlich mit kriminellem Hintergrund, wie jüngst in Salzburg.

Wenn man aber, z.B. von Wien über Frankfurt oder Paris, in eine andere EU-Destination fliegen will, merkt man wenig von der vielgerühmten Reisefreiheit ohne Pass, fünf bis sechs Kontrollen sind keine Seltenheit – und das noch vor den Terroranschlägen. Die ISIS- Verdächtigen Radikalislamisten konnten aber problemlos reisen.

Griechenland hat bereits dreimal Schuldennachlässe und Kredite in Höhe von hunderten Milliarden erhalten. Jedes Mal hat man uns eingeredet, es wäre das letzte Mal. Und wieder stehen wir unter Druck, weil es „keinen anden Ausweg gibt“ – so zumindest die Banker in der EU und jene Politiker, die den Stabilitätspakt aufweichen wollen. Zahlen mit Ende nie, heißt es für uns Bürger.

Unser „geliebter“ Euro schleudert deswegen gewaltig. Der gestiegene Frankenkurs ist ein Beispiel dafür. Die Schweizer verlassen die Euroanbindung, weil sie (bzw. die Anleger) dieser Währung nicht mehr trauen und in Massen auf den Franken umsteigen. Und bei uns trompetet die Finanzstadträtin, das hätte, trotz Steigerung der Verschuldung um rund 300 Millionen, keine besonden Auswirkungen auf den Stadtsäckel, weil „rolliert“ (vor sich hergeschoben) wird. Gerollt werden in Wirklichkeit wir! Abgesehen von den natürlich wesentlich höheren und zusätzlichen Zinsen, ist das eine bedenkliche Vorgangsweise. Die Rot/Grüne Regierung macht Schulden, bezahlen müssen nach zwei oder drei

Legislaturperioden unsere Kinder und Enkel. Häupl und Brauner genießen dann längst ihre „wohlverdiente?“ Pension.

Die österreichische Wirtschaft leidet messbar unter den von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland und auch der Fremdenverkehr in Wien bekommt das zu spüren. Die „Solidarunion“ (auf deutsch: Wir zahlen für die Anden) zeigt deutlich, wie problematisch sie ist und wie leicht die (formal noch selbständige) österreichische Außenpolitik, von NATO-Interessen “over-ruled“ werden kann.

Auch der, mit viel Erwartung und großen Versprechungen des Bürgermeisters begonnene, „Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten“ wird zunehmend zum potemkinschen Dorf. Entweder werden Sitzungen abgesagt, oder es gibt zwei bis drei kurze Nona-Berichte als Alibitagesordnungspunkte. Im Zuge der jährlichen Budgetdebatte, in der alle anden Ausschüsse ihren Platz haben, wird ihm dieser von der Europapartei SPÖ verwehrt.

Selbst die Umsetzung des, bei der Einführung so hoch gepriesenen, Rederechts der EU-Mandatare wird von Jahr zu Jahr mühsamer. Auch Anfang Februar steht noch immer kein Termin fest, und man könnte glauben, die SPÖ will das Europathema lieber hinter vorgezogenen Neuwahlen verstecken.

Wir Freiheitlichen in Wien haben keinen Grund dazu und hätten viele Themen zu diskutieren. Schließlich sind wir im Europaparlament, seit der letzten Wahl mit Harald Vilimsky, einem Sicherheitsexperten, und unserer früheren Gemeinderätin Dr. Barbara Kappel, mit großer Erfahrung in Fragen von Wirtschaft und Industrie, hervorragend vertreten.

Gerade deshalb werden wir auch weiterhin, in allen Gremien mit internationalem Bezug, den Grundsatz „Österreich zuerst“ vertreten, schließlich geht es um unsere Zukunft und unsere Freiheiten, die von Brüssel aus durch willkürliche Eingriffe und unverantwortliche Haftungen für Pleitestaaten gefährdet werden.

Europapolitik ist Stadtpolitik

Mag.ª Barbara Feldmann
Europasprecherin der ÖVP Wien

Frieden, Freiheit und Stabilität sind nicht selbstverständlich. Die Europäische Integration ist zuallererst ein historisch einzigartiges Friedensprojekt. Davon profitiert Wien, das heute im Herzen Europas von befreundeten Staaten umgeben ist. Die Idee, Frieden und Stabilität in Europa durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu fördern, hat sich bewährt und wird von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt. Die Wettbewerbsfähigkeit Wiens und ihre wirtschaftliche Stärke sowie unzählige Arbeitsplätze sind direkt mit den Freiheiten der Europäischen Union verbunden.

Doch Europa steht vor großen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können: Nach außen gilt es, die Grundlagen für das europäische Lebensmodell zu sichern, und im Wettbewerb mit globalen Wirtschaftsmächten muss Europa bestehen.

Nach innen muss sich Europa auf die großen Aufgaben konzentrieren, die nur gemeinsam gelöst werden können: Gemeinsame Währung, Sicherheit und Wohlstand müssen erhalten bleiben. Doch die Entwicklung Europas ist noch nicht abgeschlossen. Ein starkes, demokratisches und sicheres Europa braucht Partner und Menschen, die sich dafür begeistern. Das ist auch im Interesse unserer Stadt, denn je erfolgreicher sich Europa im Wettbewerb mit anden Wirtschaftsmächten der Welt behaupten kann, desto besser ist das auch für Österreich und den Wirtschaftsstandort Wien.

Gerade als exportorientiertes Land profitieren wir von der gemeinsamen wirtschaftlichen Stärke in Europa. Im Schnitt verdienen wir heute schon sechs von zehn Euro im Export. Für eine auch in Zukunft erfolgreiche Wirtschaft braucht es wettbewerbsfähige Unternehmen. Unsere Industriebetriebe brauchen eine sichere Zukunft in Europa. Wichtige Voraussetzung dafür sind Strukturreformen sowie Bildungs- und Forschungsinitiativen. Beim Schaffen von Arbeitsplätzen dürfen die Betriebe nicht durch Bürokratie und unnötige Regulierungen gehemmt werden. Das Vergabe- und Normungswesen soll auch für Klein- und Mittelbetriebe zugänglich und tauglich sein. Wir brauchen bessere Finanzierungsmöglichkeiten für unsere Unternehmen z.B. durch Crowdfunding-Modelle insbesondere für Unternehmensgründungen sowie Klein- und Mittelbetriebe. Der Zugang zu branchenübergreifende EU-Förderungen muss für Klein- und Mittelbetriebe effizient und unbürokratisch sein. Förderungen für Forschung und Innovation sollen besser vernetzt und einfacher zugänglich gemacht werden. Je stärker sich die EU-Förderungen auf Wissenschaft, Forschung und Innovation konzentrieren, desto besser.

Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen: In Europa darf es keine „verlorene Generation“ ohne Zukunftsperspektiven geben. Bessere Bildung und Ausbildung, wettbewerbsfähige Betriebe und handlungsfähige Staatshaushalte ohne Schuldenberge sind die besten Grundlagen, um vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in Europa wirksam zu bekämpfen. Jeder Jugendliche in Europa soll eine faire Chance auf einen Einstieg ins Berufsleben haben. Das ist Aufgabe der EU-Mitgliedsländer. Österreichs duales System der Berufsausbildung sorgt für fundierte Ausbildung und gute Arbeitsmarktchancen unserer Jugend. Es soll zum Vorbild in ganz Europa werden – dafür müssen wir dieses System aber auch in Österreich und Wien weiterentwickeln und ausbauen.

Statements der Rathausklubs

Alexander Loidl managt nicht nur in der EU-Förderagentur Wiener EU-Projekte, sondern ist auch ein begeisterter Vielreiser und Fotograf. Für den Europabericht 2014 hat er die europäischen Hauptstadt kolleginnen Wiens besucht und Fotos mitgebracht. Statistische Daten und kurze Texte ergän zen manche seiner Fotos.

BERICHTE aus der MAGISTRATS-DIREKTION und den GESCHÄFTS-GRUPPEN

Berichte aus der Magistratsdirektion und den Geschäftsgruppen

Madrid

Staat:	Spanien
Koordinaten:	40° 25' N, 3° 42' W
Fläche:	606 km²
Stadtteile:	21 distritos
Einwohner:	3.165.235 (2014)
Bevölkerungsdichte:	5.225 Einw./km²
Postleitzahl:	28001–28080

Madrid ist seit 1562 die Hauptstadt Spaniens und damit zwar nicht die älteste, aber 667 m über dem Meeresspiegel liegend die höchstgelegene Hauptstadt der Europäischen Union. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass auf dem Stadtwappen Madrids ein Bär zu sehen ist, der sich gegen einen Erdbeerbaum reckt. Das Wappen soll die Einigkeit und Bedeutung von Klerus, dargestellt durch den Baum, und dem Adel, der durch den Bär dargestellt wird, zeigen. Klerus und Adel hatten sich in gemeinsamer Eintracht im Mittelalter das Land in und um Madrid aufgeteilt.

Magistratsdirektion

Geschäftsbereiche der Magistratsdirektion

MD-Recht

MD-Personal und Revision

MD-Organisation und Sicherheit

MD-Bauten und Technik

MD-Europa und Internationales

Nachhaltige Kooperation mit Hermannstadt.

Ein Beispiel für die Humanitäre Hilfe der Stadt Wien in Rumänien.

Kontakt und wichtige Links:

www.wien.gv.at/politik/international/eza/index.html

Wien wird von derzeit 1,8 Millionen EinwohnerInnen bis zum Jahr 2029 auf zwei Millionen anwachsen. Dass neben dem Wohnraum die erforderliche technische und soziale Infrastruktur in einer ausreistahend hohen Qualität zur Verfügung steht, dafür zeichnet die **Stadtbaudirektion** in hohem Maße verantwortlich. Der Stadtentwicklungsplan STEP 2025 bildet den Orientierungsrahmen für die Entwicklung Wiens in den nächsten Jahrzehnten. Der Blick über die Stadtgrenze Wiens in unser gemeinsames Europa ist eine wesentliche Voraussetzung, um diese Herausforderung meistern zu können. Diese Vernetzung auf europäischer Ebene schließt beispielsweise die konkrete Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen anderer europäischer Städte, die aktive Teilnahme in europäischen Netzwerken aber auch jene der regionalen Kooperation mit benachbarten Stadtregionen, wie jene mit Bratislava, mit ein. Und vor allem: Wien versteht sich als Smart City. Neben den Aktivitäten und Projekten der Stadt Wien, welche von der Stadtbaudirektion federführend koordiniert werden und mit denen garantiert werden soll, dass sich Wien im Sinne einer intelligenten Stadt auch weiterhin durch höchste Lebensqualität auszeichnet, ist der Know-How Austausch auf europäischer Ebene ein wesentlicher Eckpfeiler der Erfolgsstrategie „Smart City Initiative Wien“.

Seit mehr als sechs Jahren unterstützt die Magistratsdirektion-Geschäftsbereich Europa und Internationales in Zusammenarbeit mit der NGO ”Austria pro Romania“ den Gesundheits-, Sozial- und Bildungssektor in der rumänischen Stadt Sibiu (dt. Hermannstadt). Durch die Zusammenarbeit mit dem Verein sowie die Koordination mit der Stadt- und Kreisverwaltung von Hermannstadt war es der Stadt Wien in den letzten Jahren möglich, im Rahmen der Humanitären Hilfe kontinuierlich große Kontingente an in Wien nicht mehr benötigten Spitals-, Schul- und Büromöbel zur Ausstattung von Institutionen im Bereich Medizin, Soziales und Bildung zur Verfügung zu stellen.

Die gelieferten Sachgüter aus Beständen der Stadt Wien stärken den öffentlichen und gemeinnützigen Sektor in Rumänien und sind ein sichtbarer und nachhaltiger Beitrag zu einer besseren sozioökonomischen Entwicklung. Bei diesen Projekten ist die Transportlogistik, die es zu meistern gilt, stets eine große Herausforderung. Zu großen Möbelverladungen ist es mittlerweile üblich geworden, dass Arbeiter aus Rumänien nach Wien anreisen und tatkräftig die Demontage- und Verladearbeiten unterstützen. Ob Spital, Altersheim, Kindergarten oder Freiwillige Feuerwehr – die Möbel aus Wien sind überall eine dringende und mit großer Dankbarkeit gesehene Hilfe. Speziell Spitalsbetten, Gehhilfen und Rollstühle für

Stadtansicht Hermannstadt. / © MD-EUI

Laboreinrichtung für städtisches Spital in Hermannstadt. / © MD-EUI

Hermannstadt (rumänisch Sibiu, ungarisch Nagyszeben) ist eine Stadt im Kreis Sibiu in Siebenbürgen (Rumänien), die bis zum Jahr 1918 zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte. Die Stadt zählt heute ca. 150.000 EinwohnerInnen, von denen 18 Prozent einen Hochschulabschluss haben. Zusammen mit Luxemburg war Hermannstadt 2007 Kulturhauptstadt Europas. Hermannstadt wurde in den Jahren 2000–2014 von Bürgermeister Klaus Johannis, einem Angehörigen der deutschen Minderheit, regiert. Am 16. November 2014 wurde er zum Präsidenten Rumäniens gewählt.

pflegebedürftige Personen stellen für viele eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität dar, die sonst auf Grund der eigenen Einkommenssituation nicht leistbar wäre.

Die Volumina an Humanitärer Hilfe aus Wien können sich dabei sehen lassen: Im Jahr 2014 konnten 14 Sattelschlepper mit Hilfsgütern nach Rumänien gebracht werden. Im Jahr zuvor waren es 180 Tonnen an Spitals- und Schulmöbeln.

Jugendliche werden zu Köchinnen ausgebildet. / © MD-EUI

Verladung von Spitalsbetten. / © MD-EUI

In zahlreichen anden Projekten im Kreis Sibiu, die teilweise mit Wiener Unterstützung stattgefunden haben, konnten bei der Berufsausbildung und bei der Integration von marginalisierten Menschen in das Berufsleben sichtbare Erfolge erzielt werden. Allen voran steht das Dorferneuerungsprojekt in Stejarisu (Probstdorf), bei dem es gelungen ist, der Bevölkerung ein Einkommen in der Landwirtschaft, in der Obstverwertung, durch Blumenbinden usw. zu ermöglichen. Viele Wohnhäuser wurden liebevoll renoviert, die Kirchenburg ist mittlerweile ein Schmuckstück der Region geworden. Mit dem Vermieten von Ferienzimmern mit Möbeln aus ehemaligen Stadt Wien Beständen können bisher in Armut lebende Familien ein kleines Einkommen im Tourismus erwirtschaften. Selbst gebrauchte Fahrräder aus Wien leisten einen erheblichen Beitrag: Viele DorfbewohnerInnen können damit Ausbildungs- und Arbeitsstätten außerhalb der eigenen Gemeinde aufsuchen, die aufgrund fehlender öffentlicher Verkehrsmittel bis dato unerreichbar waren.

Besonders hervorzuheben ist die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit allen Volksgruppen in Siebenbürgen, sei es mit den Rumänen, Ungarn, Sachsen und der altösterreichischen Minderheit der Landler oder den Roma.

Korruptionsbekämpfungsbericht der EU lobt Wien

Die Europäische Kommission beleuchtete im „Anhang Österreich" (Annex 20) ihres am 3. Februar 2014 veröffentlichten „Korruptionsbekämpfungsberichtes der EU" den Stand der Entwicklungen zum Thema Korruptionsprävention und -bekämpfung in Österreich. Grundlage dafür war die Auswertung von Berichten und die Befragung von Auskunftspersonen. Die von Österreich getroffenen Antikorruptionsmaßnahmen wurden dabei international wahrgenommen und gewürdigt, wie z.B. die Tatsache, dass allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung ein Verhaltenskodex zur Korruptionsprävention zur Verfügung steht. Im Bereich der Bundesländer wurde die Ausarbeitung gemeinsamer Standards betreffend Fortbildung, des Verbots der Annahme von Geschenken, Risikomanagement und Zuständigkeiten durch ExpertInnen erwähnt. Wien wurde ausdrücklich als positives Beispiel für die Entwicklung von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen hervorgehoben. Lobende Erwähnung fanden einerseits der Umstand, dass in Wien großes Augenmerk auf Sensibilisierung und Transparenz als Schlüsselinstrumente der Korruptionsbekämpfung gelegt wird und andererseits das seit 2005 von der MD-PR, Gruppe Interne Revision, betriebene Antikorruptionstelefon.

Magistratsdirektion
Gruppe Interne Revision

OSR Dr. Paul Jauernig
paul.jauernig@wien.gv.at

Qualitätssicherung durch internationalen Austausch.

Aus- und Weiterbildung goes Europe.

Kontakt und wichtige Links:

Magistratsdirektion
Gruppe Verwaltungsakademie und Personalentwicklung

Mag.ª Renate Balic-Benzing
renate.balic-benzing@wien.gv.at

www.scepsta.eu

SCEPSTA Stockholm Conference 2014

Die Verwaltungsakademie ist seit 2002 Mitglied der SCEPSTA (Standing Conference of European Public Service Training Agencies), seit 2012 führt Wien den Vorsitz. Ziel von SCEPSTA ist es, für europäische Trainingseinrichtungen auf der Verwaltungsebene eine Plattform für Austausch und Zusammenarbeit zu bieten. Die jährlich stattfindende Konferenz wurde 2014 von 29. Juni bis 1. Juli in Stockholm abgehalten. Gastgeber war das Swedish Institute for Public Administration (SIPU). Teilnehmende kamen von Ausbildungseinrichtungen für Verwaltungen in Schweden, Finnland, Italien, Litauen, Lettland, Deutschland, Malta, Tschechien, Irland und Österreich. Inhaltlich lag diesmal der Schwerpunkt auf dem Thema „Lernen“, insbesondere auf informellen, innovativen und unkonventionellen Formen des Lernens, der Titel der Veranstaltung war „Progress through shared knowledge: Training needs for civil servants in a rapidly changing world”.

© Scepsta Stockholm 2014

Lehrlingsaustausch mit der Stadtverwaltung München

Das Projekt „Lehrlingsaustausch mit der Stadtverwaltung München“ wird seit 2007 vom Lehrlingsmanagement der Stadt Wien in Kooperation mit dem Personal- und Organisationsreferat der Stadt München durchgeführt. Dabei werden jeweils acht bis zehn Lehrlinge der Stadt Wien bzw. Nachwuchskräfte der Stadt München im jeweiligen Gastland ausgebildet. In dem dreiwöchigen Praktikum werden die Lehrlinge der Stadt Wien in Dienststellen der Stadt München eingesetzt und nehmen an berufsbezogenen Veranstaltungen teil. Die Lehrlinge haben die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln und Vergleiche zwischen den Verwaltungen von Wien und München anzustellen. Dadurch erhalten sie Einblick in eine andere europäische Großstadtverwaltung und lernen durch die praktische Mitarbeit in den Abteilungen den Aufbau der Stadtverwaltung und den Arbeitsabläufe kennen. Nach der Rückkehr präsentieren die Lehrlinge das Erlernte im Rahmen einer Veranstaltung im Lehrlingsmanagement. Ziele des Praktikums sind die Verbesserung der Schlüsselkompetenzen wie Flexibilität, Einsatzbereitschaft

und Teamfähigkeit sowie die Erhöhung der Selbstständigkeit.

Im März 2014 absolvierten im Rahmen des von „Erasmus+“ durch die EU geförderten Projekts acht Münchner Nachwuchskräfte ihr Praktikum in Dienststellen der Stadt Wien, im Oktober 2014 zehn Bürokauffrau- und Bürokaufmannslehrlinge in Dienststellen der Stadt München.

Lehrlinge der Stadt Wien lernen in einem dreiwöchigen Praktikum die Stadtverwaltung von München kennen
© Lehrlingsmanagement

Wissensaustausch mit Dublin gestartet

Die Wiener Stadtverwaltung ist so gut wie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aus- und Fortbildung haben deshalb einen sehr hohen Stellenwert. Seit einigen Jahren wird in der Personalentwicklung auch eine verstärkte internationale Perspektive forciert: War es bisher für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien möglich in der Berliner oder Pariser Stadtverwaltung oder im Wien Haus in Brüssel mitzuarbeiten, so wurde dieser internationale Wissensaustausch nun um eine Destination, in der – neben Irisch (Gaeilge) – vor allem Englisch gesprochen wird, erweitert: die Stadt Dublin.

Wiens Bereichsdirektorin für Personal und Revision, Dr.in Martina Schmied, war mit einer kleinen Delegation in der Hauptstadt Irlands, um diese Vereinbarung mit der dortigen Leiterin des Bereiches Human Resources and Corporate Services,Mary Pyne, zu fixieren. „Unsere MitarbeiterInnen können und sollen sich über Lösungsansätze in anden Städten informieren. Es freut mich, dass unsere Initiative in Dublin so offen und positiv angenommen wurde. Denn je qualifizierter unser Personal ist, umso bessere Lösungen werden wir für die Wienerinnen und Wiener anbieten können“, so Martina Schmied. Mary Pyne ist von der Möglichkeit, auf diese Weise Wissensaustausch mit der Stadt Wien zu pflegen, ebenfalls begeistert und hofft, im Frühjahr 2015 bereits eine erste entsandte Person begrüßen zu dürfen.

Kontakt und wichtige Links:

Magistratsdirektion
Geschäftsbereich Personal und Revision
Stabsstelle Wissensmanagement

Maximilian Biwald, BA
maximilian.biwald@wien.gv.at

Sicherheitsfragen im Mittelpunkt des Treffens mitteleuropäischer MagistratsdirektorInnen

Sicherheitsfragen und kommunales Krisenmanagement bildeten den Schwerpunkt bei der Tagung mitteleuropäischer MagistratsdirektorInnen, die 2014 – nach Ljubljana und Wien in den vorangegangenen Jahren – in Prag stattfand. Wiens Magistratsdirektor Erich Hechtner und seine AmtskollegInnen Rastislav Gajarsky (Bratislava), Sárádi Kálmánné (Budapest), Jozka Hegler (Ljulbjana) und Radovan Kostál (Prag) diskutierten bei dem zweitägigen Treffen unter anderem Fragen des Hochwasserschutzes und der Energieversorgung. Seit 2005 treffen die MagistratsdirektorInnen der Stadtverwaltungen der fünf mitteleuropäischen Hauptstädte Bratislava, Budapest, Ljubljana, Wien und Prag in regelmäßigen Abständen zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Kooperationen auf administrativer Ebene zu beraten und gemeinsame Positionen zur Vertretung städtischer Interessen innerhalb der Europäischen Union zu erarbeiten.

Paris

Staat: Frankreich

Koordinaten: 48° 51' N, 2° 21' O

Fläche: 105 km²
Aire urbaine: 17.174 km²

Stadtteile: 20 arrondissements

Einwohner: 2.240.621 (2012)
Aire urbaine: 12.292.895

Bevölkerungsdichte: 21.258 Einw./km²

Postleitzahl: 75001 bis 75020 und 75116

Während die Stadt Paris selbst rund 2,3 Millionen Einwohner zählt, ist die Metropolenregion Paris Île-de-France mit mehr als 12 Millionen Einwohnern die größte Hauptstadt Europas. Sie erstreckt sich über 17.174 km², umfasst neben der Stadt Paris noch sieben weitere Départements und ihre Einwohner sind als Franciliens bekannt.

Im Vergleich der europäischen Hauptstädte lebten die wohlhabendsten Menschen 2013 in Paris (mit einer Kaufkraft von circa 29.000 Euro pro Kopf im Jahr). Trotz der hohen Einwohnerzahl ist die höchste Shopping-Center-Dichte allerdings in Berlin und Moskau (mit je mehr als 4000 m² pro 100 Einwohner) zu finden.

Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport

MA 10 Wiener Kindergärten
MA 11 Amt für Jugend und Familie
MA 13 Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
MA 44 Bäder
MA 51 Sportamt
MA 53 Presse- und Informationsdienst
MA 55 Bürgerdienst – Stadtservice für alle Wienerinnen und Wiener
MA 56 Wiener Schulen

Es berichtet auch:
Modeschule der Stadt Wien

Innovative Partnerschaft in europäischen Netzwerken.

Informationsaustausch und Schaffung gemeinsamer Standards in der Kinder- und Jugendhilfe.

Kontakt und wichtige Links:

MA 11 – Kinder, Jugend und Familie
Fortbildung, Forschung und Entwicklung

Dr. Erwin Rössler
erwin.roessler@wien.gv.at

www.kinder.wien.at

MA 56 – Wiener Schulen
www.schulen.wien.at

Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf
www.modeschule.wien.at

Die **MA 56 – Wiener Schulen** organisierte schwerpunktmäßig Besuche des neuen Bildungscampus Sonnwendviertel am Hauptbahnhofgelände. Heuer konnten internationale VertreterInnen aus dem Kosovo, der Schweiz und Deutschland begrüßt und von der modernen Bildungsinfrastruktur in Wien begeistert werden. Aber auch die fertig sanierten Bestandsgebäude und den technische Ausführungen waren für eine armenische Fachdelegation von großem Interesse.

MAG ELF, das Amt für Jugend und Familie, ist Gründungsmitglied der neu geschaffenen Plattform „Special Youth Care“, die auf europäischer Ebene Hilfestellungen für Jugendliche in speziellen Problemlagen erarbeiten wird.

Bei der vorjährigen Generalversammlung des ENSA Netzwerkes (European Network of Social Authorities) wurde die Gründung einer neuen Plattform beschlossen, die sich auf europäischer Ebene mit dem Bereich „Special Youth Care“ befasst. Darunter sind Aktionsprogramme zu verstehen, die eine Unterstützung für Jugendliche in besonden Problemlagen (Delinquenz, psychiatrische Auffälligkeiten, Schulprobleme) zum Thema haben.

Das zweite Plattformtreffen fand 2014 in Räumlichkeiten der flämischen Jugendwohlfahrt in Brüssel statt. RepräsentantInnen öffentlicher und freier Träger europäischer Jugendhilfe waren dazu eingeladen. Die etwa 30 TeilnehmerInnen vertraten Städte und Regionen aus Belgien, Holland, England, Frankreich, Italien, Schweden, Slowakei,

Tschechien und Österreich. Diskutiert wurden aktuelle Entwicklungen in der europäischen Union und den Einfluss auf die Kinder- und Jugendhilfe der Mitgliedsstaaten. In den nächsten Jahren werden bürgernahe, integrierte und partizipative Serviceangebote („Communitiy Based Services“) an Bedeutung gewinnen. Die Bekämpfung eines vorzeitigen Schulausstieges wird vordringlich zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut gesehen.

Bei einem weiteren Treffen der Plattform in Dietzenbach (Kreis Offenbach, D) wurden die Herausforderungen durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die aktuellen Lösungsansätze der verschiedenen teilnehmenden Mitglieder erörtert. Die nächste Konferenz in Brüssel wird sich mit neuen Ansätzen bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen befassen, die nicht in ihren Familien leben können.

Die MAG ELF war aber auch als Koordinatorin des kürzlich abgeschlossenen Projektes **„CHAIN“** (Austausch zu Modellen und Ausbildungsstandards im Bereich früher Hilfen) erfolgreich und ist nun auch im Planungskomitee eines Folgevorhabens aktiv. In den nächsten Jahren sollen gemeinsam mit Partnerorganisationen Trainingsmodule für die Ausbildung von Expertinnen und Experten auf dem Feld früher Förderung entwickelt und wissenschaftlich evaluiert werden. Die Schaffung eines übergreifenden europäischen Qualitätsstandards in diesem Bereich wäre ein wichtiger Schritt für die effiziente Unterstützung der ratsuchenden Familien.

Wiener Modeschule
auf internationalem Parkett aktiv.

Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Information
und Sport

Am Eastbourne College nahmen Hetzendorfer Modeschülerinnen gemeinsam mit den College-Studentinnen an einem Kreativ-Workshop teil. Modeschule Hetzendorf. / © Modeschule Hetzendorf (Wolfgang Simlinger)

Kontakt und wichtige Links:

Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf

michaela.zimmermann@wien.gv.at

www.modeschule.wien.at

Das im deutschen Sprachraum einzigartigen Angebot an fünf Ausbildungsschienen und die internationale Orientierung der Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf schaffen nicht nur beste Voraussetzungen für einen qualifizierten Einstieg in die Modebranche oder in weiterführende Ausbildungen, sondern sorgen auch für ein hervorragendes weltweites Renommé. Die Ausbildungen Modedesign/Kleidermachen, Strickdesign, Produktgestaltung Taschen & Accessoires oder Schuhe, Modell-Modisterei und Textildesign vereinen gleichermaßen den künstlerischen, handwerklichen und theoretischen Bereich und bieten eine fundierte Allgemeinbildung. Auf freies, experimentelles Arbeiten, individuelle Betreuung, viel Praxis und internationale Ausrichtung wird besonderer Wert gelegt.

Junge DesignerInnen aus Thailand sowie StudentInnen der Modeschule Prag informierten sich im Schuljahr 2014 über die Ausbildungsschwerpunkte der Modeschule und besichtigten die speziellen Werkstätten im Schloss Hetzendorf. Die Kooperation mit „PEOPLE TO PEOPLE“ ermöglichte elf Studentinnen aus Louisiana (USA), die Modeschule Hetzendorf – einschließlich ihrer jährlichen großen Abschlussmodeschau – kennen zu lernen. Im Rahmen eines SchülerInnenaustausches besuchten auch englische Studentinnen des Eastbourne College die Modeschule Wien. In der Folge werden drei Hetzendorfer Modeschülerinnen eine Woche lang am College-Unterricht in East Sussex teilnehmen. Weiters ermöglichte eine Exkursion nach Norditalien den SchülerInnen der Abteilungen Modell-Modisterei und Produktgestaltung, dort Betriebe der Lederindustrie und des Hutgewerbes zu besuchen und damit ihr Praxiswissen zu vertiefen.

SchülerInnen der Modeschule Hetzendorf zeigten auch bei internationalen Wettbewerben ihr Können: Beim Frankfurt STYLE AWARD 2014 landete Natalie Zipfl vom vierten Jahrgang (Ausbildungsschwerpunkt Kleidermachen) unter den TOP 60 und präsentierte ihre Kreationen bei der großen Finalshow. Sassa Ann van Wyk und Grazia Anita Yasmin Lang vom dritten Jahrgang (Ausbildungsschwerpunkt Modell-Modisterei) gewannen in den Kategorien Handwerkskunst und wirtschaftliche Attraktivität beim britischen Feltmakers' Design Award 2014.

© Wolfgang Simlinger

Verbindungsbüros der Stadt Wien in Mittel- und Osteuropa.

Kommunaler Austausch, mediale Betreuung und Informationsfluss.

Kontakt und wichtige Links:

MA 53 –
Presse- und Informationsdienst

MMag.ª Eva Gassner
eva.gassner@wien.gv.at

www.wien.gv.at/medien/pid/

Eine gemeinsam von den **Büchereien Wien** mit der MD-EUI entwickelte Veranstaltungsreihe widmete sich den jeweiligen Vorsitzländern im Rat der Europäischen Union, welche im Programm der Büchereien Wien mit besonderem Fokus präsentiert wurden. Im Herbst 2014 war so Italien als Vorsitzland sehr erfolgreich durch die Illustratorin Linda Wolfsgruber vertreten.

Die Stadt Wien (MA 53) betreibt über die Firma Compress bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Verbindungsbüros in den elf zentraleuropäischen Städten Belgrad, Bratislava, Bukarest, Budapest, Krakau, Ljubljana, Moskau, Prag, Sarajevo, Sofia und Zagreb. Dieses Städtenetzwerk ist maßgeblich daran beteiligt einen regen Austausch zwischen Wien und seinen befreundeten Städten in allen kommunalen Bereichen zu ermöglichen, Erfahrungen zu diskutieren und gute Beziehungen zu pflegen. Die Büros stehen als Anlaufstelle für Wien-Belange zur Verfügung und unterstützen Journalisten- und Fachdelegationen, Veranstaltungen und Projekte der Stadt Wien vor Ort.

Event des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Prag / © David Bruner · PID

2014 hatten die jährlichen Events der Stadt Wien die „Dienstleistungen der Stadt“ zum Thema. In enger Kooperation mit der Wirtschaftsagentur Wien und dem Wien Tourismus wurde nicht nur das 2015 stattfindende Jubiläum „150 Jahre Wiener Ringstraße“ beworben sondern insbesondere Schwerpunkte wie „start ups“, Lebensqualität, Mobilität oder Stadtentwicklung behandelt. In Prag konnten beispielsweise beinahe 100 hochrangige Gäste im Café Jedna begrüßt werden, die im Rahmen eines Bühnentalks und in persönlichen Gesprächen mit ExpertInnen der Stadt Wien unter dem Motto „Auf dem Weg in die Zukunft“ Informationen austauschen konnten.

Mit rund 10.000 Wien-Meldungen im Jahr 2014 erschienen durchschnittlich in jeder der elf Zielstädte rund 2,5 Artikel pro Tag. Neben der Betreuung von hundertfünfundvierzig Journalisten- und Fachdelegationen sowohl in Wien als auch in Zentraleuropa bildeten 2014 zweiundachtzig Recherchen – sowohl projektbezogene Hintergrundinformationen als auch Unterlagen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Themen – die Grundlage für Entscheidungsfindungen und Projektabwicklungen.

Der CENTROPE-Stiftungspreis ehrt grenzüberschreitende Regionsarbeit.

Die Donauphilharmonie verbindet Völker.

Der CENTROPE-Stiftungspreis wird für herausragende, grenzüberschreitende und völkerverbindende Leistungen in der Großraumregion Mitteleuropa vergeben. Der Preis wurde 2003 von der Stadt Wien und der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien zusammen mit den Botschaften der drei Nachbarländer ins Leben gerufen und ist mit 10.000 Euro dotiert. Die PreisträgerInnen werden von einer Jury bestehend aus den BotschafterInnen der Slowakei, Tschechiens und Ungarns sowie je einem/einer VertreterIn der Stadt Wien und der Raiffeisen-Landesbank NÖ-Wien ausgewählt.

Bereits zum achten Mal wurde 2014 der CENTROPE-Stiftungspreis vergeben und ging diesmal an Agnes Katona. Die Präsidentin des Vereins „Kulturplattform Internationale Donauphilharmonie“ hat mit dem mitteleuropäischen, multinationalen Orchester MusikerInnen aus vielen Ländern vereint und so ein geistiges und kulturelles Netzwerk in der Region geschaffen. Übergeben wurde der Stiftungspreis von Gemeinderätin und der Vorsitzenden des Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten des Wiener Gemeinderates Elisabeth Vitouch sowie von Reinhard Karl, Direktor der Raiffeisen-Landesbank NÖ-Wien.

Die CENTROPE-Initiative wurde im Jahr 2003 ins Leben gerufen und soll zur Intensivierung des grenzüberschreitenden Austauschs und des Ausbaus von grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen der "Vienna Region" (Wien, Niederösterreich, Burgenland) und den Nachbarregionen in Tschechien, der Slowakei und Ungarn beitragen. Die Initiative befasst sich mit Forschung und Ausbildung ebenso wie mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt, mit Regionalentwicklung, Infrastruktur, Kultur, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit.

In der politischen Willenserklärung (Vertrag von Kittsee) wurde vereinbart, den Aufbau von CENTROPE – der Europa Region Mitte zu unterstützen, und daraus eine prosperierende Region im Herzen Europas zu machen. Die vorhandenen Stärken in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sowie die Vielfalt an Sprachen und Kultur werden gemeinsam für eine dynamische Entwicklung gebündelt und genutzt.

Centrope-Preis 2014 an Agnes Katona. V.l.n.r: Reinhard Karl, Ildiko Raimondi, Agnes Katona, Elisabeth Vitouch . / © Jobst · PID

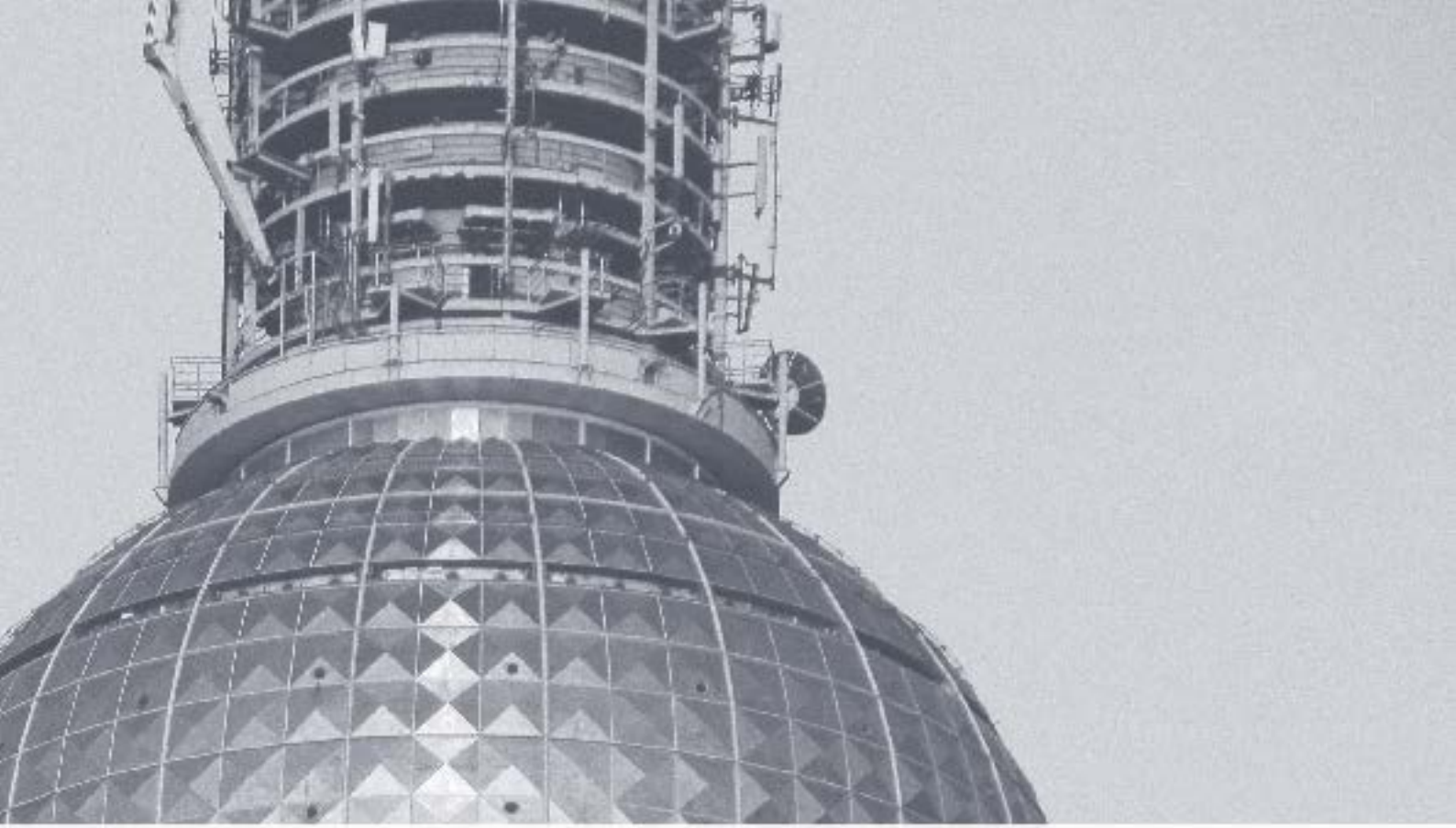
Der **PID (Presse- und Informationsdienst)** sorgte in enger Kooperation mit den jeweils fachlich zuständigen Einheiten und Abteilungen für eine forcierte Berichterstattung über internationale Themen in wien.at-Medien. Thematische Schwerpunkte waren 2014 die EU und der Donauraum. Darüber hinaus wurden Projekte anderer Dienststellen im Magistrat in Sachen Pressearbeit und Kommunikation begleitet, so z.B. Wissensmanagement (MD-PR und MD-VA) und Deli (ein von der EK finanziertes Projekt der Menschenrechts-Koordinatorin DIin Shams Asadi, in das unterschiedlicher Dienststellen der Stadt eingebunden sind).

Der im PID angesiedelte Übersetzungsdienst übernahm 2014 in bewährter Weise die Abwicklung und Vergabe von Übersetzungen und Dolmetschungen. Monatlich werden bis zu 110 Übersetzungen und 15 Dolmetsch-Dienste betreut, wobei neben Englisch und Französisch auch verschiedenste andere Sprachen abgedeckt werden.

Berlin

Staat:	Deutschland
Koordinaten:	52° 31' 10" N , 13° 24' 24" O
Fläche:	892 km²
Stadtteile:	12 Bezirke
Einwohner:	3,562.166 (2014)
Bevölkerungsdichte:	3.872 Einw./km²
Postleitzahl:	10115–14199

Der Berliner Fernsehturm überragt zwar den Wiener Donauturm um gut 100 m, über ein Drehrestaurant verfügen sie aber beide. Doch während der Donauturm, gebaut anlässlich der Internationalen Gartenschau 1964, von Beginn an als Vergnügungs- und Aussichtsturm dienen sollte, war der fünf Jahre jüngere Fernsehturm durchaus als Zweckbau geplant: er sollte die miserable Sendeversorgung Ost-Berlins verbessern. Im Jahr seiner Fertigstellung 1969 war er der zweithöchste Fernsehturm der Welt, heute ist er das vierthöchste freistehende Gebäude Europas.



Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

MA 5 Finanzwesen

MA 6 Rechnungs- und Abgabenwesen

MA 23 Wirtschaft, Arbeit und Statistik

MA 27 Europäische Angelegenheiten

MA 68 Feuerwehr und Katastrophenschutz

Es berichten auch:

Wiener Stadtwerke

Wien Holding GmbH

Wirtschaftsagentur Wien

waff – Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds

20 Jahre Wirtschaftsagentur Wien in Brüssel.

Die Wiener Unternehmen sind in der EU-Hauptstadt gut vertreten.

Kontakt und wichtige Links:

Wirtschaftsagentur Wien.
Ein Fonds der Stadt Wien.
Büro Brüssel

Mag.ª Susanne Strohm
strohm@wirtschaftsagentur.at

wirtschaftsagentur.at

Vernetzung der Gründungsszenen von Wien und Bratislava

Das aus dem Programm Central Europe kofinanzierte **Projekt TwinEntrepreneurs** war eine Initiative zur Stärkung von Start-ups in der Region Wien-Bratislava. Im Fokus standen Unternehmen, die klare Wachstums- und Internationalisierungsziele verfolgen. Praxisorientierte Workshops, Coachings und Netzwerkevents in Wien und Bratislava ermöglichten einen grenzüberschreitenden Know-how- und Erfahrungsaustausch. Mit der Unterstützung von erfahrenen Expertinnen und Experten aus der österreichischen und slowakischen Start-up-Szene wurden gemeinsam Wachstumsstrategien erarbeitet, um die teilnehmenden Unternehmen einen Schritt nach vorne zu bringen.

Der **departure-Ideenwettbewerb City Hype** suchte auf internationaler Ebene kreative Projekte für die smarte Stadt der Zukunft. „Die Zukunft mitgestalten" lautete das Motto für die TeilnehmerInnen aus der Kreativwirtschaft. 162 Projekte, wurden schließlich eingereicht.

cityhype.departure.at

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 erforderte auch eine Positionierung der Bundesländer in Brüssel. Bereits 1994 wurde ein Büro der Wirtschaftsagentur Wien (damals Wiener Wirtschaftsförderungsfonds) in Brüssel eingerichtet sowie die Möglichkeiten einer Vertretung der Stadt Wien sondiert und vorbereitet. Gemeinsam mit dem Verbindungsbüro der Stadt Wien zog das „Büro Brüssel" der Wirtschaftsagentur Wien im Jänner 1996 in das sogenannte „Wien-Haus" ein.

2014 wurde somit das 20-jähriges Bestehen des Büro Brüssel gefeiert. Aus diesem Anlass fand in Brüssel ein Abendempfang und eine Podiumsdiskussion mit Vizebürgermeisterin Renate Brauner statt, bei der vor mehr als 150 Gästen die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in Europa thematisiert wurden.

© Fred Beard Photography

Für eine moderne europäische Fördereinrichtung wie die Wirtschaftsagentur Wien ist bis heute die Präsenz vor Ort in Brüssel in vielfältiger Hinsicht von großer Bedeutung. Durch die so gewährleisteten direkten Kontakte zu den EU-Institutionen sowie zu unterschiedlichen europäischen Netzwerken und den „best practices" werden laufend Beiträge zur Optimierung der eigenen Angebote am Standort Wien geliefert.

2014 ging erstmals der „Content Award Vienna" mit Brüssel als erster Destination „on tour". Das Wiener Unternehmen OMAi stellte seine Sieger-App des CA 2013 vor und konnte dabei wertvolle Kontakte auf EU-Ebene knüpfen. / © Julie Moreau de Bellaing

Sehr wertvoll ist in diesem Zusammenhang der Austausch mit anden in Brüssel vertretenen regionalen Fördereinrichtungen und Vertretungen. Die Anwesenheit vor Ort bietet der Wirtschaftsagentur Wien auch die Möglichkeit, eigene Aktivitäten und Projekte auf europäischer Bühne vor den Vorhang zu holen und damit den Wirtschaftsstandort Wien zu bewerben.

Das inhaltliche Arbeitsspektrum des Büro Brüssel ist breit gestreut. Es umfasst die Themen europäische Förderprogramme, KMU & Unternehmertum, Forschung, Innovation, Umwelt, Regionalpolitik und Beihilferecht. Das Büro Brüssel steht den Wiener Betrieben auch als direkter Ansprechpartner bei unternehmerischen Belangen zur Verfügung. Die Wirtschaftsagentur Wien sieht sich dadurch in die Lage versetzt, Unternehmen maßgeschneiderte Unterstützung in sämtlichen Themenstellungen mit EU-Bezug anbieten zu können.

Projekte zur Mobilität von morgen.

Die Wiener Stadtwerke und der Wiener Hafen testen neue Wege.

Hafen Wien / © Pietschmann

Mit der Teilnahme an internationalen Mobilitätsprojekten setzt Wien den Grundstein für den Verkehr der Zukunft: die Errichtung der „Grünen Autobahn" zwischen Wien und Bratislava schafft eine ökologische Verbindung zwischen den beiden Nachbarländern, die Ausweitung der Umschlagkapazitäten des Wiener Hafens macht ihn zu einer innovativen multimodalen Verkehrsdrehscheibe.

Der **Hafen Wien** liegt etwa auf halbem Weg zwischen Nordsee und Schwarzem Meer. Seine wachsende Bedeutung als internationaler Binnenhafen und multimodale Verkehrsdrehscheibe zeigt sich unter anderem an imposanten Zahlen bei Container- und Schiffsverkehren sowie im Güterumschlag. Dank der erfolgreichen Kooperationen mit den Nordseehäfen wie Hamburg, Rotterdam aber auch mit den nordadriatischen Häfen wie Koper, Triest und Venedig hat sich der Hafen Wien in den letzten Jahren als verlässlicher Hinterlandpartner etabliert. Stolz ist man im Wiener Hafen auch auf die erfolgreiche Akquisition einer EU-Förderung in Höhe von über fünf Millionen Euro, die im Zusammenhang mit der Landgewinnung 2014/2015 im Hafenbecken steht.

In internationalen Pilotprojekten geht der Wiener Hafen innovative neue Wege:

Das Projekt **Neutrale Internetplattform** ermöglicht VerladerInnen, Speditionen, Reedereien, SchiffsmaklerInnen und SchiffsbesitzerInnen, Industrie und Häfen die Bündelung von Ladungen.

Ziel des Sondierungsprojektes **IMPALA** ist es abzuklären, in wieweit sich intermodale Knotenpunkte wie Binnenhäfen oder Bahnterminals als urbane Logistikzentren unter Einbeziehung elektrisch betriebener Lieferfahrzeuge für die regionale Feinverteilung eignen.

Am Fallbeispiel Hafen Wien wird im Rahmen des Projektes **Optihubs** ein standardisiertes Optimierungssystem mit innovativen Simulationsalgorithmen für multimodale Logistikknoten entwickelt.

Die **Wiener Stadtwerke** wiederum erproben in EU-kofinanzierten Kooperationsprojekten zukunftsweisende Mobilitätsformen:

Mit dem 2011 gestarteten Projekt **VIBRATE Twin City Region Vienna Bratislava** soll die Benutzerfreundlichkeit von Elektrofahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehrsalltag demonstriert werden. Das Projekt schafft die Rahmenbedingungen für die Ladung der Fahrzeuge, aber auch die problemlose technische und wirtschaftliche Abrechnung des genutzten Stroms über die Landesgrenzen hinaus. 2014 wurde nunmehr die erste Schnellladestation am Flughafen Wien Schwechat errichtet sowie die automatische Abrechnung zwischen unterschiedlichen Tankkartensystemen realisiert.

Im Industriegebiet Liesing wird im Forschungsprojekt **e-delivery on demand** das Konzept eines Liefer- und Reparaturverkehrs mittels Elektrofahrzeugen entwickelt. Bedarfsgerecht und kostengünstig – und mit dem wesentlichen Vorteil der Emissionsverringerung – stellt dieses Logistik-Pooling-Modell den ansässigen Betrieben Kleintransportfahrzeuge mit Elektromobilität zur Verfügung.

Mit der Beteiligung am Gemeinschaftsprojekt für Eisenbahnforschung **SHIFT2RAIL** arbeiten die Wiener Linien mit an der Entwicklung einer besseren Nutzung der Potenziale des Bahnwesens für das Verkehrssystem insgesamt.

Kontakt und wichtige Links:

Wiener Stadtwerke Holding AG
Stabstelle Koordination, Strategie, EU & International Affairs

peter.szmrtics@wienerstadtwerke.at

www.wienerstadtwerke.at

Hafen Wien

www.hafen-wien.com

Auch in der Strukturfondsperiode 2014–2020 stehen dem **waff** als sogenannte „Zwischengeschaltete Stelle" **Mittel des Europäischen Sozialfonds** zur Verfügung. Insgesamt können in Wien 101 Mio. zur „Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung der Armut und jeglicher Diskriminierung" verwendet werden, wobei der ESF-Anteil 50 Prozent beträgt. 2014 war vorrangig dem Aufbau der administrativen Kompetenzen im Rahmen des neuen EU-Regelwerks gewidmet.

www.waff.at

e-delivery der erste Botendienst in Liesing mit Elektrofahrzeugen. / © Helmut Mitter

Wiener Feuerwehr hilft im Katastrophenfall.

Bisher größter internationaler Einsatz der Berufsfeuerwehr.

Kontakt und wichtige Links:

MA 68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz

pressestelle@ma68.wien.gv.at

www.feuerwehr.wien.at

Im Mai 2014 waren die südosteuropäischen Staaten erneut von Naturereignissen betroffen. Diesmal ersuchten Serbien und Bosnien Herzegowina um Unterstützung im Rahmen des EU-Mechanismus. **Überschwemmungen** hatten Teile der Länder überflutet und es wurden leistungsfähige Pumpen, sowie Boote zur Versorgung eingeschlossener Bereiche, aber auch zur Evakuierung benötigt. Nach Rückgang des Hochwassers wurde um Hilfsmittel wie Schmutzwasser- und Schlammpumpen, Heizkanonen und Entfeuchter gebeten. Die **Berufsfeuerwehr Wien** konnte diverse Hilfsgüter beistellen. Geschäftsführung, MitarbeiterInnen und Betriebsrat der **Wiener Stadthalle** konnten einen LKW der Wiener Stadthalle mit dringend benötigten Hilfsgütern wie Baby-Hygieneartikel, medizinische Masken sowie Einweg-Geschirr füllen und nach Belgrad bringen, wo die Belgrader Arena rund 1.000 Kinder, Frauen und Männer, die in Folge der Flutkatastrophe ihr Zuhause verloren hatten, beherbergte.

© Stadthalle Wien

Für den Fall von Katastrophen haben sich seit dem großen Erdbeben von Armenien 1988 Hilfsmechanismen zur Koordination internationaler Zusammenarbeit und Organisationen entwickelt. Das erste System entstand unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, als nächstes jenes im Rahmen der NATO Partnership for Peace und als jüngstes das auf Europa fokussierte Programm des Civil Protection Mechanism der EU. Um erfolgreich in diesen Systemen agieren zu können, wurden Führungskräfte der Wiener Feuerwehr zu von den drei Programmen angebotenen Ausbildungskursen und Übungen entsandt.

Das Frühjahr 2014 war geprägt durch Extremwetterlagen vor allem in den Ländern Südosteuropas. Als Folge eines Eisregensturmes brach in Slowenien das überörtliche Stromnetz zusammen und etwa 80.000 Haushalte waren ohne Strom. Nicht nur die Versorgung der Bevölkerung, sondern auch die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Aufgaben stellten ein großes Problem dar. Dem Hilfeersuchen Sloweniens im Rahmen des EU-Mechanismus um Beistellung mobiler

© MA 68

Neue Strukturfonds-Förderperiode 2014–2020

Ansprechpersonen in der MA 27 – Europäische Angelegenheiten

Programm Investitionen in Wachstum und Beschäftigung:

DI Heinz Weber
heinrich.weber@wien.gv.at
eu.wien.at

Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)

Grenzüberschreitende und transnationale Kooperationsprogramme:
Interreg V-A Slowakei – Österreich
Mag.ª Petra Wallner
petra.wallner@wien.gv.at

Interreg V-A Österreich – Ungarn
Mag.ª Andrea Schwecherl
andrea.schwecherl@wien.gv.at

Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich–Tschechien
Mag.ª Andrea Schwecherl
andrea.schwecherl@wien.gv.at

Interreg CENTRAL EUROPE
DIin Christiane Breznik
christiane.breznik@wien.gv.at

Notstromaggregate wurde u.a. auch von der Feuerwehr der Stadt Wien entsprochen: Sie bereitete ein Hilfsangebot vor, das mobile Notstromaggregate der Berufsfeuerwehr und der Wiener Netze kombinierte, wobei die jeweiligen Anschlussleistungen im Bereich von 40 kVA bis zu 320 kVA lagen. Zehn Freiwillige der Berufsfeuerwehr Wien und des Katastrophenhilfsdienstes des Wiener Landesfeuerwehrverbandes, ein Kommandoelement, ein Gruppenfahrzeug und fünf Notstromaggregaten schlossen sich im Einsatzraum bei Logatec und Postojna dem schon vor Ort befindlichen österreichischen Kontingent an und wurden dank ihrer Qualität trotz der geringen Stärke rasch in den Führungsstab eingegliedert.

Zum Aufbau eines Inselnetzwerkes wurden lokale Transformatorstationen durch Techniker der slowenischen Stromversorger von den lokalen Verteilern getrennt und an diesen Punkten die mobilen Notstromaggregate angeschlossen. So konnten ein Altenheim, ein Tierspital, ganze Häuserblöcke und auch Gehöftgruppen mit Strom versorgt werden. Als besonders bedeutend erwies sich das 40 kVA Notstromaggregat: Dieses war mobil genug einen entlegenen Sender, über den die Funkkommunikation der slowenischen Einsatzkräfte lief, zu versorgen. Das Freimachen von Wegen zu entlegenen Orten aber

© MA 68

auch der Schutz der Aggregate und Verteiler vor Überflutungen durch Schmelzwasser zählte ebenfalls zu den Aufgaben des Wiener Kontingents.

Rund 14 Tage lang funktionierte die Zusammenarbeit mit den örtlichen Kräften, aber auch den anden internationalen Teams hervorragend. Der Einsatz und die Hilfe wurden mit großer Dankbarkeit durch die betroffene Bevölkerung (Briefe wurden an den Notstromaggregaten hinterlassen), aber auch durch die Politik aufgenommen und gewürdigt. Erfolgreich konnte der größte internationale Einsatz der Berufsfeuerwehr am 18. Februar 2014 mit der Rückverlegung des Kontingents abgeschlossen werden. Zwei Notstromaggregate wurden auf Ersuchen Sloweniens noch im Einsatzraum belassen und schließlich im Mai rückgeführt.

TINA Vienna stellte Wien und den **Wiener Ansatz zur Smart City Strategie** bei einer Vielzahl von internationalen Veranstaltungen vor: u.a. in Berlin (Euroforum Urban Technologies), Bratislava (Sustainable Development Symposium), London (Smart Energy UK, Smart Future Cities), München (IFAT), Göteborg (Impacts Konferenz), Hong Kong (Future Cities Asia) oder Dublin (Smart Cities Konferenz). Die Ausstellung der TINA Vienna in diesem Themenbereich war u.a. auch im Rahmen eines Symposiums mit Stadtrat Dr. Michael Ludwig in der Türkei zu sehen.

www.tinavienna.at

Drei **Ausstellungen des Jüdischen Museums Wien** waren 2014 **auf Auslandstourneen** in Europa im Einsatz. Schon seit 2012 tourte die Ausstellung „Jude sein – Being Jewish. Vienna Jewish Identity Project" durch viele verschiedene Städte. 2014 wurde sie zunächst in den österreichischen Kulturforen in Rom und Mailand gezeigt. Anschließend wurden die Fotografien in Berlin, Prag und in der Österreichischen Botschaft in Athen präsentiert.

Die Ausstellung „Alle MESCHUGGE? Jüdischer Witz und Humor" absolvierte bisher zwei Stationen in Deutschland: Berlin und Mainz.

Auch die Fotodokumentation „Heute in Wien 2012. Fotografien zur jüdischen Gegenwart von Josef Polleross" war 2014 bereits in Zagreb auf Tour.

www.jmw.at

Mit der Broschüre
„Wien in Europa 2014"
zeigt die MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik, die Bedeutung Wiens im EU-Raum auf.

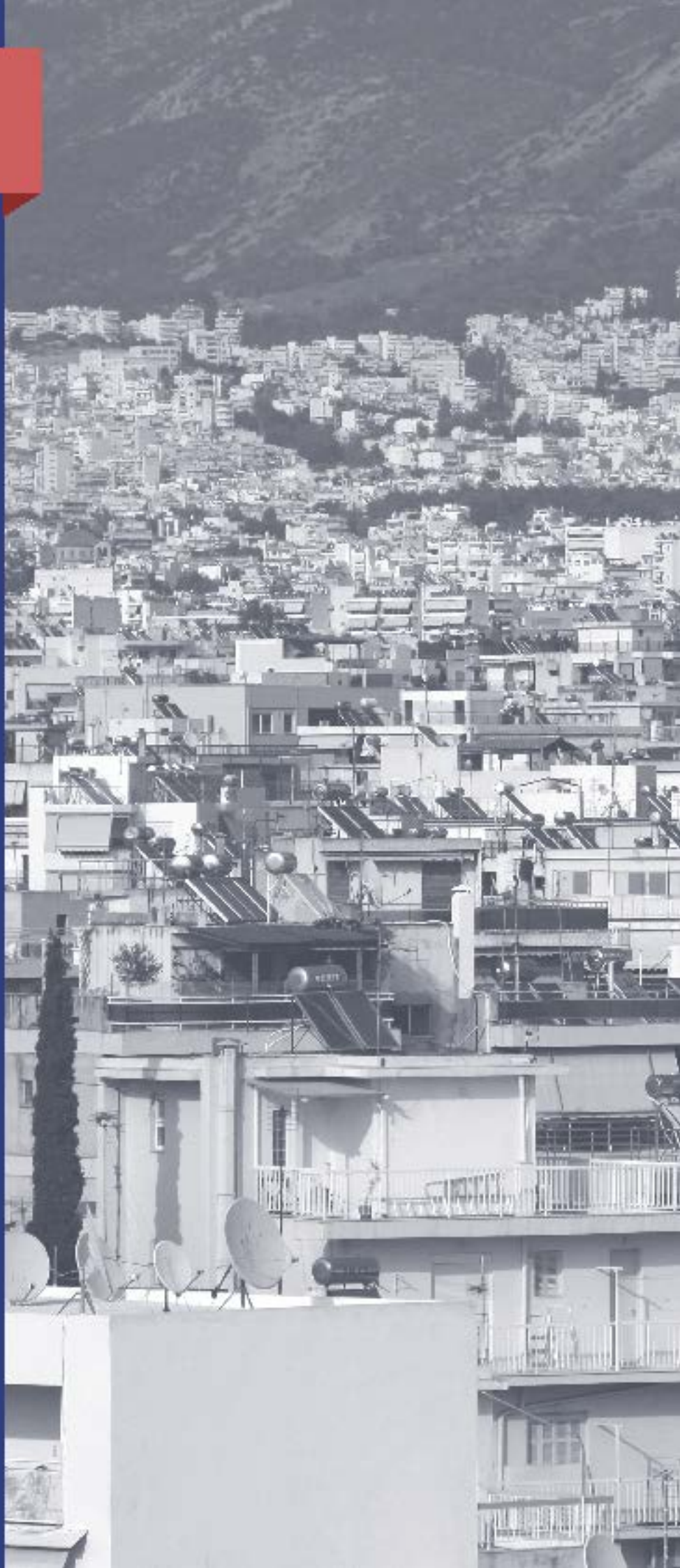
www.wien.gv.at/statistik/publikationen/wien-in-europa.html

Jüdisches Museum, MESCHUGGE Mainz / © Alfred Stalzer

Athen

Staat:	Griechenland
Koordinaten:	7° 59' N, 23° 43' O
Fläche:	39 km²
Stadtteile:	7 επαρχίες
Einwohner:	664.050 (2011)
Bevölkerungsdichte:	17.043 Einw./km²
Postleitzahl:	10431–11855, 16121

Wahrscheinlich ist Athen die geschichtsträchtigste europäische Hauptstadt, reicht ihre Entstehung doch rund 7.500 Jahre, also bis in die Jungsteinzeit zurück. Steine prägen auch heute noch das touristische Bild der Stadt: das strahlende Weiß der Akropolis dominiert die Ansichtskarten, auch wenn heutzutage Athen oft mit dem neudeutschen Unwort Schuldenschnitt gleichgesetzt wird. Hauptstadt Griechenlands ist Athen erst seit 1834, noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten nicht mehr als 200.000 EinwohnerInnen in der Stadt. Auch heute noch zählt sie – trotz weit zurückreichender Vergangenheit – zu den kleinsten Hauptstädten Europas.



Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales

MA 15 Gesundheitsdienst der Stadt Wien

MA 24 Gesundheits- und Sozialplanung

MA 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht

MA 70 Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

Sucht- und Drogenkoordination Wien

Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser

Wiener Gesundheitsförderung gemeinnützige Ges.m.b.H

ELGA GmbH

Kuratorium für Psychosoziale Dienste

Wiener Krankenanstaltenverbund - Generaldirektion

Es berichtet auch:

Fonds Soziales Wien (FSW)

Support Patients Through E-Service Solutions: der Wiener Beitrag.

Mehr Lebensqualität für Menschen mit Demenz-Erkrankungen.

Kontakt und wichtige Links:

Fonds Soziales Wien

www.fsw.at

www.spes-project.eu

Wiener Krankenanstaltenverbund – Generaldirektion

Mag. Gerhard Pöschmann
gerhard.poschmann@wienkav.at

Die **Mitarbeit an der Focus Group zur Umsetzung der Vergaberichtlinien** des Rates der Gemeinden und Regionen Europas **(RGRE)** unterstützt den Wiener Krankenanstaltenverbund bei der Erreichung seines erklärten Ziels der Wahrung ökonomischer Interessen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

„Mit den Touchscreen-PCs können wir verschiedene Sinne der Menschen gleichzeitig ansprechen: das Sehen, das Hören, das Tasten. Dies unterstützt die Kommunikation mit demenzkranken Menschen sehr gut."

Friederike Grill, MA, Leiterin des Tageszentrums Oriongasse und Validationslehrerin, FSW-Wiener Pflege- und Betreuungsdienste GmbH

Im Wiener Pilotprojekt des EU-Projekts SPES (Support Patients Through E-Service Solutions) wurden in Partnerschaft zwischen dem Fonds Soziales Wien (FSW) und dem Verein Wiener Sozialdienste Technologien zur Unterstützung von Menschen mit Demenz-Erkrankungen erprobt und weiterentwickelt. Insgesamt 98 von Demenz betroffene Personen testeten die Produkte. Mit ihrem Feedback halfen sie, benutzerfreundliche und funktionsfähige Hilfen für den Alltag herzustellen.

Partnerschaft zwischen Technik und Sozialer Arbeit

Der FSW und der Verein Wiener Sozialdienste arbeiteten eng mit den Universitäten Wien und Prag zusammen, um Lösungen für Alltagsprobleme von Menschen mit Demenz-Erkrankungen zu finden und zu entwickeln. Diese umfassten Erinnerungshilfen im Alltag, Stimulations- und Bildungsangebote sowie technische Hilfsmittel für Menschen in fortgeschrittenen Stadien der Demenz.

Einbeziehung von NutzerInnen – benutzerfreundliche Ergebnisse

Mit insgesamt 98 Frauen und Männern mit Demenz-Erkrankungen im Alter zwischen 56 und 91 Jahren wurden – je nach Interesse und Möglichkeit – Tests mit Lokalisierungsgeräten, Sensoren und speziellen Software-Applikationen durchgeführt. Die Testpersonen waren KundInnen von Tageszentren und Sozialen Diensten oder wohnten in Wohngemeinschaften für SeniorInnen. Sie nahmen mit großem Interesse an den Test-Aktivitäten teil. Durch die Mitwirkung potenzieller künftiger NutzerInnen konnten zahlreiche Erfordernisse erkannt und berücksichtigt werden: Welche Farben und Kontraste sind auf Bildschirmen gut sichtbar? In welcher Geschwindigkeit sollten persönliche Erinnerungsfunktionen reagieren? Welche Lautstärke und Frequenz eignet sich am besten für akustische Signale? Wie können Menschen mit Demenz-Erkrankungen das Internet nützen und welche Möglichkeiten bietet es ihnen? Wie kann die Technologie auch Angehörige und Unterstützungspersonen entlasten?

Partnerschaft zwischen Technik und Sozialer Arbeit

Der FSW und der Verein Wiener Sozialdienste arbeiteten eng mit den Universitäten Wien und Prag zusammen, um Lösungen für Alltagsprobleme von Menschen mit Demenz-Erkrankungen zu finden und zu entwickeln. Diese umfassten Erinnerungshilfen im Alltag, Stimulations- und Bildungsangebote sowie technische Hilfsmittel für Menschen in fortgeschrittenen Stadien der Demenz.

Einbeziehung von NutzerInnen – benutzerfreundliche Ergebnisse

Mit insgesamt 98 Frauen und Männern mit Demenz-Erkrankungen im Alter zwischen 56 und 91 Jahren wurden – je nach Interesse und Möglichkeit – Tests mit Lokalisierungsgeräten, Sensoren und speziellen Software-Applikationen durchgeführt. Die Testpersonen waren KundInnen von Tageszentren und Sozialen Diensten oder wohnten in Wohngemeinschaften für SeniorInnen. Sie nahmen mit großem Interesse an den Test-Aktivitäten teil. Durch die Mitwirkung potenzieller künftiger NutzerInnen konnten zahlreiche

Erfordernisse erkannt und berücksichtigt werden: Welche Farben und Kontraste sind auf Bildschirmen gut sichtbar? In welcher Geschwindigkeit sollten persönliche Erinnerungsfunktionen reagieren? Welche Lautstärke und Frequenz eignet sich am besten für akustische Signale? Wie können Menschen mit Demenz-Erkrankungen das Internet nützen und welche Möglichkeiten bietet es ihnen? Wie kann die Technologie auch Angehörige und Unterstützungspersonen entlasten?

Testpersonen im Tageszentrum Floridsdorf der Wiener Pflege- und Betreuungsdienste GmbH des FSW beim Testen des Touchscreen PCs und der Software für den Testcase „Stimulation des Denkens, Wahrnehmens und Erinnerns“. / © Marek Lenart

Resultate und Erkenntnisse für die soziale Praxis

Im Testcase ‚Stimulation des Denkens, Wahrnehmens und Erinnerns‘ wurden je nach Interessen und Vorlieben der Testpersonen persönliche elektronische Erinnerungsbücher aus Bildern, Musik, Filmen und Texten zusammengestellt. Die Testpersonen arbeiteten mit diesen Büchern auf Touchscreen-PCs. Im Laufe dieser Aktivitäten begannen viele von ihnen, sich erstmals für die Möglichkeiten des Computers zu interessieren: Spezielle musikalische Vorlieben, Sprachkenntnisse und Orte aus der Vergangenheit wurden über das Internet wieder lebendig. So brachte das Projekt für zahlreiche Menschen mit Demenz-Erkrankungen neue Impulse zur Kommunikation und half gleichzeitig, den „Digital Divide“ zwischen den Generationen zu überwinden.

Techniker der Universität Prag und des Vereins Wiener Sozialdienste entwickelten in diesem Kontext eine Software-Applikation für Menschen mit Demenz-Erkrankungen, die es ihnen ermöglicht, mit wenigen Bildschirmberührungen Erinnerungsbücher, bevorzugte Seiten im Internet, Musik, Filme, Uhr, Wetterbericht und persönliche Termine abzurufen. Diese sogenannte wow-Applikation steht nun als Open Source Technologie zur Verfügung.

Für die Testcases „Gefährlichen Situationen vorbeugen“, „Sprechender Schlüssel“, und „Gegenstände wieder finden“ wurden Prototypen aus aktiven RFID-Sensoren und einer speziellen Software entwickelt. All diese Systeme funktionieren ohne aufwändige Installation, durch einfaches Befestigen der Sensoren im Raum.

Die Funktion „Gefährlichen Situationen vorbeugen“ ermöglicht Betreuungspersonen, individuell auf Menschen mit Demenzerkrankungen einzugehen, wenn diese im Begriff sind, ihren Sicherheitsbereich, z.B. das Tageszentrum, zu verlassen. Im Einvernehmen mit der Heimbewohnervertretung wurde dieser Prototyp daher im Tageszentrum für Menschen mit Demenzerkrankungen installiert.

Die beiden Anwendungen „Sprechender Schlüssel“ und „Gegenstände wieder finden“ richten sich an Menschen, die auch mit ihrer Demenz-Erkrankung selbständig in der eigenen Wohnung leben, und bestimmte Alltagsrisiken, z.B. den Schlüssel zu vergessen oder wichtige Gegenstände zu verlegen, minimieren wollen.

Mit dem Testcase „Orientierungshilfe“ wurde es möglich, Personen, die sich verirrt haben, eine Art Tele-Assistenz anzubieten, also ihnen im Bedarfsfall rasch zu Hilfe zu kommen. Das Projekt wurde Ende Juni 2014 abgeschlossen.

Kontakt und wichtige Links:

Wiener Gesundheitsförderung

Mag.ª Ursula Hübel
ursula.huebel@wig.or.at

www.euro.who.int

Gesunde Städte Netzwerk der WHO

Die Stadt Wien gestaltet seit Ende der 1980er Jahre die Gesunde Städte Bewegung der WHO aktiv mit. Seit März 2009 ist die Wiener Gesundheitsförderung Koordinationsstelle für das WHO Projekt: „Wien – Gesunde Stadt“.

Das Gesunde-Städte-Netzwerk ist in Fünf-Jahres-Phasen gegliedert. Die Grundsätze, Ziele und Themen der aktuellen Phase VI (2014–2018) orientieren sich an der Europäischen Strategie „Gesundheit 2020“, die im September 2012 durch alle 53 europäischen Mitgliedsstaaten der WHO verabschiedet wurde. Als übergeordnete Ziele werden gesundheitliche Chancengerechtigkeit sowie Verbesserung von Führung und partizipatorischer Steuerung für die Gesundheit angestrebt. Schwerpunktthemen sind: Lebensverlaufansatz und Empowerment; Bekämpfung der großen gesundheitlichen Herausforderungen; Stärkung von bürgernahen Gesundheitssystemen und Kapazitäten in den öffentlichen Gesundheitsdiensten; Schaffung widerstandsfähiger Gemeinschaften und stützender Umfelder.

Die jährliche Netzwerktagung, widmete sich den Errungenschaften und Visionen der Gesunden Städte Bewegung auf europäischer und globaler Ebene.

Das Social Affairs Forum von EUROCITIES als Plattform urbaner Kooperation.

Soziale Inklusion im europäischen Kontext.

Kontakt und wichtige Links:

Fonds Soziales Wien

Christine Petioky, MA
christine.petioky@fsw.at

www.eurocities.eu

MitarbeiterInnen des Fonds Soziales Wien FSW vertraten auch 2014 die Stadt Wien im Social Affairs Forum des Städtenetzwerks EUROCITIES. Dabei ging es darum, Erfahrungen aus dem Wiener Sozialbereich mit europäischen Diskursen zu verbinden. Europäisch betrachtet, reicht ‚Soziales' von Bildung und Beschäftigung über Wohnen und Wohnungslosigkeit, Gesundheit und Pflege bis hin zu Migration und Integration. Der gemeinsame Überbegriff des Netzwerks lautet Soziale Inklusion, das gemeinsame Anliegen ist die Mitwirkung der Städte bei der Lösung europäischer

Auseinandersetzung mit EU-Positionen

Das Social Affairs Forum organisiert seine Tätigkeit in Forum-Meetings, thematischen Arbeitsgruppen und anden Kooperationsformen. Die inhaltliche Arbeit erfolgt auf der Grundlage von Erfahrungsberichten aus den Mitgliedsstädten und von Strategien der EU. diesen Empfehlungen der EU. Dabei wurden auch Organisations- und Finanzierungsinstrumente für soziale Dienstleistungen, Programme und Strategien, wie Social Impact Bonds, Berechnung und Darstellung des Social Return of Investment und

Das Social Affairs Forum bei seinem Herbstmeeting in Newcastle, UK, 20.–22.Oktober 2014. / © Eurocities

Das sogenannte Social Investment Package der EU gilt derzeit als eines der Schlüsseldokumente im europäischen Sozialbereich. Es empfiehlt Umgestaltungen sozialer Dienstleistungen und definiert sie als Investitionen in Menschen und Gemeinwesen, um sozialen Problemen vorzubeugen. Ergänzt durch Überlegungen, wie Sozialstandards auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten aufrechterhalten werden können, beschäftigte sich das Social Affairs Forum ausführlich mit verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltungen, NGOs und Unternehmen erörtert. Die im Social Affairs Forum und seinen Arbeitsgruppen tätigen Wiener MitarbeiterInnen trafen einander vor Meetings zur Aufbereitung dieser Themen. Auf dieser Basis konnten Zusammenhänge zwischen europäischen Themen und aktuellen Sozialen Diensten der Stadt Wien hergestellt und die Mitwirkung im Social Affairs Forum gestaltet werden.

Die European Hospital and Healthcare Federation ist eine nichtstaatliche europäische Vereinigung, ihr Akronym ist **HOPE** (Hospitals for Europe). Eines der wichtigsten Ziele von HOPE ist der Austausch von Erfahrungen und Fachwissen innerhalb der Europäischen Union. Seit 1996 nimmt der Wiener Krankenanstaltenverbund regelmäßig am HOPE-Austausch-Programm teil. 2014 stand der Austausch unter dem Motto „Quality First – Challenges in the changing hospital and healthcare environment".

Um die Zusammenarbeit bei Themen von gemeinsamem Interesse auf europäischer Ebene zu vertiefen, fand im September 2014 ein Treffen zwischen der Europäischen Arbeitgebervertretung für Kliniken und Gesundheitswesen **(HOSPEEM)** und HOPE statt. Aus dem gemeinsamen Arbeitsprogramm zwischen HOSPEEM und der Europäischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (EPSU) für die Jahre 2014 bis 2016 wird seitens der Europäischen Kommission ein Projekt kofinanziert, das sich mit muskuloskelettalen Erkrankungen sowie psycho-sozialen Risiken und Stress beschäftigt.

KAV – Generaldirektion

gabriela.hanzl@wienkav.at
www.hope.be

KAV – Generaldirektion

ulrike.neuhauser@wienkav.at
www.hospeem.eu

Wohnungslosigkeit: intensive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Homelessness“ wirkte der FSW an einer Peer Review unter dem Titel „Everyone belongs“ in Newcastle mit. Dabei bestätigte sich die Wichtigkeit der Delogierungsprävention zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Außerdem sind hohe Standards, Professionalität und niedrigschwellige Bildungs- und Kreativitätsangebote in Einrichtungen für wohnungslose Menschen entscheidend für den Chance auf dauerhaft selbständiges Wohnen.

Gesundheit und Pflege: Beiträge zu einer Studie

Die Arbeitsgruppe „Health Inequalities“, setzte sich als neuen Schwerpunkt das Thema „Altersfreundliche Städte“. Als erste Aktivität wurde unter der Leitung von Barcelona eine vergleichende Studie über Evaluierungssysteme für Leistungen privater Träger-Einrichtungen im Pflegebereich in Auftrag gegeben. Der FSW beteiligte sich an dieser Studie. Darüber hinaus wurden Verbindungen zum WHO-Netzwerk für altersfreundliche Städte hergestellt.

Beschäftigung: Integrative Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen

Die Wiener Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie gilt in Europa als Beispiel guter Praxis. Hinsichtlich der Organisation sozialer Dienstleistungen empfiehlt das Social Affairs Forum seit Langem integrative Herangehensweisen und die Überwindung von Segmentierungen im Sozialbereich. Bezugnehmend auf diese beiden Themen präsentierte die Mitarbeiterin des Fonds Soziales Wien das Wiener Koordinationsbüro Jugend-Bildung-Beschäftigung, das der FSW gemeinsam mit dem WAFF, dem AMS und dem Sozialministeriumservice steuert.

Mehr als 80 VertreterInnen lokaler Gebietskörperschaften aus ganz Europa diskutierten in Wien auf Einladung des European Social Network in Zusammenarbeit mit der MA 24-Gesundheits- und Sozialplanung zum Thema „Sozialplanung – Mehr Kohäsion in lokalen Gemeinschaften fördern“.

Die Sucht- und Drogenkoordination Wien arbeitet aktiv in der EUROCITIES Arbeitsgruppe "Meeting with Expert Strand on Substance Abuse Prevention (ESSAP)" mit.

www.eurocities.eu/eurocities/activities/working_groups/Health-inequalities&tpl=home

„In these times of austerity, cities must demonstrate that people can rely on us. Our local strategies need to connect with and respond to the needs of the people.“

Henk Kool, Vizebürgermeister von Den Haag und Vorsitzender des Social Affairs Forums bis Oktober 2014

Zagreb

Staat:	Kroatien
Koordinaten:	45°48' 37" N ,15° 58' 41" O
Fläche:	641 km²
Stadtteile:	17 četvrti
Einwohner:	790.017 (2011)
Bevölkerungsdichte:	1.232 Einw./km²
Postleitzahl:	10.000

Zagreb, seit der kroatischen Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1991 die Hauptstadt Kroatiens, ist 1850 aus den beiden mittelalterlichen Siedlungen Gradec und Kaptol, auf zwei benachbarten Hügeln, hervorgegangen. Offiziell gegründet wurde die Stadt 1850 mit der administrative Vereinigung der beiden Siedlungen.

Zagreb ist ein eher untypischer Wintersportort, trotzdem wird die Stadt einmal im Jahr zur Weltcup-Austragungsstätte: sie liegt am Fuße des Bärenbergs, der rund vier Pistenkilometer und somit die Grundvoraussetzung für Schirennen bietet. Nach den Rennen geht's auf einen Kaffee in die Schanigärten der Innenstadt – die müssen in Zagreb nicht eingewintert werden.

Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal

MA 1 Allgemeine Personalangelegenheiten

MA 2 Personalservice

MA 3 Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung

MA 14 Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie

MA 17 Integration und Diversität

MA 26 Datenschutz, Informationsrecht und Personenstand

MA 35 Einwanderung und Staatsbürgerschaft

MA 38 Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien

MA 54 Zentraler Einkauf

MA 57 Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten

MA 59 Marktamt

MA 62 Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

MA 63 Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Es berichtet auch:

Wiener Antidiskriminierungsstelle
für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen

FemCities – ein Europäisches Frauen-Städte-Netzwerk.

Gleichstellung und lokale Frauenpolitik entlang der Donau.

Kontakt und wichtige Links:

FemCities

femcities@femcities.at

www.femcities.at

FemCities Konferenzdokumentation 2014:
www.femcities.at/files/cms/141013_FC-conf_graz_final.pdf

FemCities ist ein europäisches Frauen-Städte Netzwerk, das seit 1997 von der MA 57 – Frauenabteilung der Stadt Wien koordiniert wird. Mit FemCities bietet die Frauenabteilung ein internationales Forum zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Fragestellungen. Ziel des Netzwerkes ist der Auf- und Ausbau von Verwaltungsstrukturen, die Frauen und Gleichberechtigung fördern, sowie die Vernetzung zwischen Fachverwaltungen (Gleichstellung/Chancengleichheit/Frauen).

FemCities Danube Region

Das Projekt „FemCities Danube Region" besteht aus vier Modulen und wird im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) umgesetzt.

Modul 1 – FemCities Danube Netzwerk hat das Ziel, früherer und neue Kontakte in Städten des Donauraums zu beleben und aufzubauen. Als Folge der Vernetzungsbemühungen konnten auch im Jahr 2014 weitere (assoziierte) FemCities PartnerInnen-Organisationen aus dem Donauraum gewonnen werden.

Modul 2 widmet sich der **Einrichtung eines eigenen Bereichs auf der FemCities Website zur Donauraumstrategie.**

Modul 3 – „FemCities goes Vienna Girls' Day" wurde bereits zum dritten Mal im Rahmen der FemCities-Donauraumstrategie erfolgreich umgesetzt. Um die Durchführung eines Töchtertags zur Förderung einer diversifizierteren Berufswahl von Mädchen jenseits traditioneller Rollenbilder über die Grenzen von Wien hinausgehend zu unterstützen, wird seit 2012 je einer Stadt (Fachverwaltungsstelle) im europäischen Raum mit Know-how bei der Durchführung ihres ersten Töchtertags geholfen. 2014 besuchte eine Delegation aus Sarajevo die MA 57-Frauenabteilung, um sich u.a. über Gender Mainstreaming und den ersten Wiener Gleichstellungsmonitor auszutauschen, sowie das Büro des Töchtertages, um Einblick in die Organisation des Töchtertages zu bekommen. Außerdem wurden Töchtertag-Workshops der Wiener Feuerwehr, der Telekom Austria, des Hafen Wien sowie der WAFF besucht.

Nermina Suljević, Stadtdienst Sarajevo, Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, Dragana Solakovic, Stadtdienst Sarajevo. / © Alexandra Kromus

Besuch einer Delegation aus Sarajevo beim gemeinsamen Töchtertag von Hafen Wien und via donau. / © Eva Kelety

Modul 4 – FemCities media hat als wichtigstes Ziel die Sensibilisierung von Medien als wichtige PartnerInnen für Gleichstellung (Verwendung gendersensibler Sprache; gendersensitive Berichterstattung bei Gewalt).

Bei der **FemCities Konferenz „Auf dem Weg zur Geschlechtergleichstellung: Instrumente auf dem Prüfstand"** in Graz (ko-organisiert mit der MA 57) wurden die European Charter für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene als Instrument diskutiert und Good Practice-Beispiele von verschiedenen Kommunen vorgestellt. An der Konferenz nahmen fast 60 VertreterInnen aus 19 Städten und sieben Staaten in Europa teil.

Rainbow Cities Netzwerk.

Arbeitstreffen in Wien legt die Basis für weitere Kooperation.

Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal

Das „Rainbow Cities Netzwerk“ hat sich 2013 anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie und Transphobie (IDAHOT) in Den Haag gegründet. Die Stadt Wien war durch die Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen (WASt) vertreten und ist dem Netzwerk beigetreten.

Ziele dieser Vernetzung sind, kommunale Ansätze in der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Transgenderpersonen und intersexuelle Menschen auszutauschen, gemeinsame Strategien für eine lokale Antidiskriminierungsarbeit zu entwickeln, durch den internationalen Austausch zusätzliche Impulse im Einsatz für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung in den einzelnen Regenbogenstädten zu setzen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstädten zu intensivieren.

TeilnehmerInnen am Rainbow Cities Netzwerktreffen in Wien. / © Alexandra Kromus/PID

Auf Einladung von Stadträtin Sandra Frauenberger und der WASt konnte das erste Arbeitstreffen des „Rainbow Cities Netzwerkes“ am 13. und 14. November 2014 im Wiener Rathaus stattfinden. VertreterInnen von 11 Regenbogenstädten und eine Vertreterin des niederländischen Bildungsministeriums haben teilgenommen. Derzeit sind 21 Städte im Netzwerk vertreten. Bei diesem sehr erfolgreichen Arbeitstreffen wurden die Regeln und Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit im Netzwerk diskutiert und festgelegt.

Zu den wichtigen Ergebnissen zählen folgende Punkte:

- Die Mitgliedsstädte unterzeichnen eine gemeinsame Grundsatzerklärung (Memorandum of Understanding): Mit dieser Erklärung verpflichten sich die Städte, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsmaßnahmen für LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/Transsexual and Intersexed)-BürgerInnen durchzuführen und weiter zu entwickeln.
- Das Netzwerk trifft sich einmal pro Jahr: Arbeitssprache ist Englisch; die Mitgliedsstädte verpflichten sich, an diesen Treffen teilzunehmen, sich aktiv in die Diskussionen einzubringen und haben die Möglichkeit, über Erfolge und Aktivitäten im vierteljährlich erscheinenden Newsletter zu berichten.
- Für die jährlichen Treffen stellen die Mitglieder einen Kurzbericht (one pager) über ihre Arbeit und Aktivitäten zur Verfügung.

Kontakt und wichtige Links:

www.movisie.com/news/european-cities-start-rainbow-cities-network

Die MA 14 beteiligt sich am aus EU-Mitteln geförderten **Projekt „IScope“.** Im Rahmen von IScope werden Methoden und Prototypen für Webanwendungen entwickelt die Menschen mit eingeschränkter Mobilität die elektronisch unterstützte Planung von möglichst barrierefreien Wegen durch die Stadt zeigen kann. Die Stadt Wien erprobt dabei in Kooperation mit anden EU-Städten die Anwendungen auf ihre Tauglichkeit für die Praxis.

Die **OECD** führt alle zwei Jahre eine **Wirtschaftsländerprüfung** zu Österreich durch. Die daraus resultierenden Berichte sind jeweils mit einem Schwerpunktthema versehen. 2014 war der **Prüfschwerpunkt Gender Equality/Gender Balance.** Bei den ExpertInnengesprächen wurde die Stadt Wien durch die MA 57-Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten vertreten.

EU-Rahmenstrategie zur Integration der Roma.

Dialogplattformen auf nationaler Ebene als Basis für europäische Zusammenarbeit.

Kontakt und wichtige Links:

MA 17 – Integration und Diversität

Dr.in Karin König
karin.koenig@wien.gv.at

Iovanca Gaspar
iovanca.gaspar@wien.gv.at

Mehr Informationen:
www.bundeskanzleramt.at/site/7656/default.aspx

ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/roma-summits/index_de.htm

Der **EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020** wurde durch die Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union am 19. Mai 2011 angenommen und vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 23. und 24. Juni 2011 gebilligt. Im selben Jahr koordinierte das österreichische BKA die Erstellung einer österreichischen Strategie, politische und rechtliche Maßnahmen in Österreich, zur Umsetzung der EU-Rahmenstrategie in Österreich. Für die Stadt Wien ist die MA 17 an diesem Maßnahmen- und Dialogprozess beteiligt. Im Juni 2013 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten und eine Mitteilung über weitere Schritte zur Umsetzung der nationalen Strategien vor.

Die im **Open Government Data Portal der Stadt Wien** von der MA 14 aufgebaute und bereitgestellte Geo-Webservice-Infrastruktur genießt weiterhin Vorbildwirkung und höchste Anerkennung, die sich auch in einer **Einladung zum Geospatial World Forum 2014** in Genf ausdrückte.

Für die Stadt Wien nimmt die MA 17 – Integration und Diversität am Prozess zur Erstellung der nationalen Strategie für Österreich und den regelmäßig stattfindenden Dialogplattformen, beides koordiniert vom BKA, teil. Sie wird dabei unterstützt von weiteren für thematische Schwerpunkte zuständige Abteilungen und Fonds der Stadt Wien.

Bislang fanden zwölf Dialogplattformen statt, die der breiten Einbeziehung, dem Wissensaustausch, der Kompetenzerweiterung sowie der Sensibilisierung und Aufklärung aller TeilnehmerInnen dienen. Neben den VertreterInnen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Interessensvertretungen sind dies nichtstaatliche Organisationen, insbesondere der Roma, bzw. solche, die sich mit den die Roma betreffenden Brennpunktthemen, beschäftigen und ihre Aktivitäten und Anliegen einbringen.

Themen, die Schwerpunkte der EU-Rahmenstrategie sowie der nationalen Strategien bilden und bisher bei den Dialogplattformen behandelt wurden, waren u. a.: Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen, Diskriminierung, Medien.

Auf Wiener Ebene stellt der Bildungsbereich, insbesondere Lernhilfeprogramme für SchülerInnen sowie Elternarbeit, einen Fokus der Arbeit mit und für Angehörige/n der Roma Community dar. Die MA 17 Regionalstelle Süd arbeitet intensiv mit einer Plattform von Roma MigrantInnen Vereinen zusammen, unterstützt den Anliegen, Projekte und Mitarbeit bei den Dialogplattformen der Roma Strategie.

Bisher wurde am Themenschwerpunkt „Integriertes Rromani“ und Mehrsprachigkeit gearbeitet sowie muttersprachlicher Begleitunterricht und Roma-Assistenz an Schulen gefördert. 2014 stand im Zeichen der Menschenrechtsstadt Wien und des Antidiskriminierungsschwerpunktes, an dem sich Roma Vereine intensiv beteiligten.

Auch werden regelmäßig Fortschrittsberichte an die EU-Kommission erstellt, der dritte wird derzeit vom BKA vorbereitet. Weiters wird im Rahmen des Dialogprozesses an Projekten und Maßnahmen gearbeitet, die im Rahmen der neuen ESF-Förderperiode 2014–2020 unter dem Roma-Schwerpunkt finanziert werden könnten. Sie sollen der Vertiefung von Integrations- und Diversitätsstrategien für Roma in Österreich dienen.

4. EU Roma Summit

Am 4. EU Roma Summit in Brüssel im April 2014 nahmen für Wien Gemeinderätin Anica Matzka-Dojder und die MA 17 Mitarbeiterin Iovanca Gaspar teil. Die Europäische Kommission veranstaltet alle

Roma Abschlussfest Projekt „Menschenrechte versus Roma und Sinti?!“ Statement Alexander Diepold (München), 13. Juli 2014, Wien.

zwei Jahre europäische Roma-Gipfel, die Gelegenheit bieten, Roma-Angelegenheiten auf der höchsten Entscheidungsebene der EU-Behörden sowie nationaler und regionaler Behörden unter Einbeziehung der Bürgergesellschaft zu diskutieren. Beim Gipfel im April 2014 wurde eine Standortbestimmung zum Thema soziale Inklusion der Roma in Europa vorgenommen. Es wurde außerdem diskutiert, wie die bestehenden Strategien besser und vertieft vor allem auf lokaler Ebene umgesetzt werden können. Der Fokus des Gipfels war „Going local on Roma inclusion both in the EU as well as in enlargement countries“ und befasste sich auch mit dem Thema, wie EU-Förderungen die lokale Ebene und Behörden in ihrem Bemühungen um die Integration der Roma unterstützen können.

Es nahmen rund 500 VertreterInnen der EU-Institutionen, u. a. Kommissionspräsident Barroso, Vize-Präsidentin Reding und die Kommissare für Beschäftigung und Soziales sowie für Erziehung, Kultur und Jugend, teil. Als key speakers trugen der rumänische Präsident Basescu, Open Society Institute (OSI) Vorsitzender George Soros und einige Minister aus Mitgliedsstaaten und Erweiterungsländern vor.

Workshop zum Recht auf Nichtdiskriminierung für Romavereine, Klagsverband für die Rechte der Opfer von Diskriminierung, Wien, Mai 2014.

Die MA 17 – Integration und Diversität nimmt als strategische Partnerin am **EU-Forschungsprojekt „Imagination - Governance of urban implications of CEE migration“**, das sich den Auswirkungen der Zuwanderung aus Ostmittel- und Osteuropa auf Stadtregionen widmet, teil.

Die zentralen Forschungsfragen lauten:

- Welche Typen von Zuwanderung aus CEE-Ländern gibt es?
- Welche sozialen Konsequenzen hat die Zuwanderung aus Ostmitteleuropa auf ausgewählte Stadtregionen der teilnehmenden Länder?
- Welche politischen Maßnahmen, aber auch Maßnahmen von NGOs und anden Institutionen widmen sich der Integration dieser Gruppen von MigrantInnen?

www.project-imagination.eu

Die MA 14 vertritt die Stadt Wien in **Euritas (European Association of Public IT Service Providers)**, in den Rahmen VertreterInnen der öffentlichen Verwaltung Lösungsansätze für die zukünftigen Herausforderungen der IKT wie eDemocracy, Big Data und Open Government Data diskutieren. Die MD-OS/PIKT und die MA 14 – ADV nehmen an der **Open Government DATA DACHLI Kooperation** (Deutschland, Österreich, Schweiz, Lichtenstein) teil. Ziele sind die Förderung der Zusammenarbeit im Open Government Data (OGD) Bereich zwischen den deutschsprachigen Ländern, der Erfahrungsaustausch und die Nutzung von Synergien.

Rom

Staat:	Italien
Koordinaten:	41° 53' N, 12° 29' O
Fläche:	1.285,306 km²
Stadtteile:	4 distretti
Einwohner:	2.228 Einw./km²
Bevölkerungsdichte:	1.009 Einwohner je km²
Postleitzahl:	00100 (allgemein) und 00121–00199

Rom beheimatet so manch bemerkenswertes: mit dem Vatikan nicht nur den einzigen Staat der Welt, der sich innerhalb der Grenzen einer Stadt befindet, sondern auch den profitabelsten Brunnen der Welt. Aus dem Trevi Brunnen werden pro Jahr Münzen im Wert von weit über 600.000 EUR gefischt. Der Legende nach sichert der Wurf einer Münze über die Schulter dem Besucher die Rückkehr nach Rom. Spätestens nach Fellinis Film „La dolce Vita“ ist er der populärste Brunnen Roms. Und Grund für die hohen Brunneneinnahmen sind nicht nur großzügige BesucherInnen der Ewigen Stadt, sondern auch die strenge Bewachung des Brunnen: Wer Geld aus dem Becken zu holen versucht, kann festgenommen werden.

Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft

MA 7 Kultur

MA 8 Wiener Stadt- und Landesarchiv

MA 9 Wienbibliothek im Rathaus

Es berichtet auch:

Wien Museum

Simmeringer Heide und Erdberger Mais in Brünn …

… europäische Vergangenheit in Wien.

Kontakt und wichtige Links:

MUSA Museum Startgalerie Artothek

Felderstraße 6-8, 1010 Wien
(neben dem Rathaus)

www.musa.at

Öffnungszeiten:

Di, Mi, Fr 11-18 Uhr | Do 11-20 Uhr
Sa 11-16 Uhr

So, Mo und Feiertage geschlossen

Eintritt frei

Die Museen der Stadt Wien sind am derzeit laufenden EU-kofinanzierten Projekt **„Europeana Fashion“** (Laufzeit März 2012-Februar 2015) beteiligt. Aus Projektmitteln der EU erhalten die Museen an Förderungen EUR 62.200,- zur Durchführung der notwendigen Arbeiten. In Summe erbringen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Museen Eigenleistungen im Wert von ca. EUR 100.000,–.

Zahlreiche Ausstellungsprojekte des MUSA haben im Vorjahr Wiener KünstlerInnen in Nachbarstädte und internationale KünstlerInnen nach Wien gebracht. Das **MUSA Museum Startgalerie Artothek** ist das Museum für die Sammlung zeitgenössischer Kunst der Kulturabteilung der Stadt Wien und umfasst den Präsentationsbereich der Sammlung, die Startgalerie für junge Wiener Kunstschaffende am Beginn ihrer Karriere und die Artothek, die grafische Arbeiten an Wiener Privatpersonen verleiht. Das MUSA präsentiert eine der größten Sammlungen ihrer Art in Österreich und umfasst derzeit 35.000 Objekte sämtlicher Kunstsparten von etwa 4.500 KünstlerInnen. Die Werke wurden im Rahmen von Förderankäufen ab 1951 von der Kulturabteilung erworben und bieten einen veritablen Querschnitt durch die Wiener Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte. Auf Basis der Sammlung werden jährlich drei Themenausstellungen auch in Kooperation mit internationalen Institutionen verwirklicht.

Das MUSA war mit einer **Personalausstellung über Elfriede Mejchar,** eine der bedeutendsten Fotografinnen Österreichs, zu Gast im **Haus der Kunst der Stadt Brünn.** „Elfriede Mejchar. Minulost | Vergangenheit“ präsentierte mehrere Schwarzweißfotografie-Serien der letzten Jahrzehnte aus der Sammlung des MUSA, darunter auch Elfriede Mejchars legendärer Zyklus „Simmeringer Heide und Erdberger Mais“. Die im Zeitraum 1967–1976 entstandenen Fotografien von der Simmeringer Heide und dem Erdberger Mais zeigen die Randzonen im Südosten Wiens, die den Übergang von Stadt und Land, Natur und Kultur, markieren. Diese und zahlreiche andere Werkserien wie z.B. jene über die Chemiefabrik Victor Alder oder ihre unprätentiöse Porträtserie „Künstler bei der Arbeit“ (1954–1961) gelten heute als Ikonen der österreichischen Nachkriegsfotografie. „Unspektakuläre“ Motive haben Elfriede Mejchar zu einem Zeitpunkt fasziniert, als von einem diesbezüglichen Trend in der Fotografie noch keine Rede war. Was sie dabei angetrieben hat, war das persönliche Bedürfnis, Dahinschwindendes zu bewahren, indem sie es fotografiert.

Im Gedenken des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges und des Todes der ersten Friedensnobelpreisträgerin, Bertha von Suttner, vor 100 Jahren realisierte das Team des MUSA zusammen mit der Nationalgalerie von Bosnien und Herzegowina in **Sarajevo** und dem Haus der Kunst der Stadt **Brünn** das Ausstellungsprojekt: **„Der Menschheit Würde…“,** das dem Begriff „Würde“, ihrem Verlust, ebenso aber auch ihrer Verteidigung

Untitled 5, from the sarajevo series 2009. / © Scheynius Lina

Alle Fotos © MUSA

nachgeht. Die Generationen der ZeitzeugInnen, der Opfer und TäterInnen, die über die wohl würdeloseste Zeit der Menschheit, jene der beiden Weltkriege, noch berichten können (oder könnten), werden nicht mehr lange unter uns weilen. Eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung empfindet die Vorstellung eines Krieges, der ihren Kontinent ganzheitlich betreffen könnte, als utopisch. Doch – ist dem so? Welche Indikatoren des menschlichen Würdeverlustes begegnen uns im Alltag? Welche Strategien bieten sich an, um dieses humanistische Grundprinzip gegen Instrumentalisierungen und Kommerzialisierungen zu verteidigen und zu schützen? Die Aufweichung und Zerstörung jener Rahmenbedingungen, die für das Konstrukt „Würde" im Zusammenhang mit menschlichen Lebensformen als konstitutiv erachtet werden, bilden Ansatzpunkte für künstlerische Überlegungen, die in dieser Kooperation der Städte Wien, Sarajevo und Brünn erörtert werden.

2014 fand bereits zum sechsten Mal Österreichs größtes Fotofestival, „**Eyes On – Monat der Fotografie Wien",** statt. Es ist eingebettet in das internationale, im Zeichen der europäischen Fotografie und ihrer globalen Wahrnehmung stehende Netzwerk „Europäischer Monat der Fotografie" (EMoP), das aus acht Partnerstädten besteht: Berlin, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Luxemburg, Paris, Wien und seit 2014 Athen. In der gemeinsamen Schau **„Memory Lab. Photography Challenges History"** wurde der Wert der Erinnerung im fotografischen Bild kritisch hinterfragt. Beladen mit einem schweren historischen Erbe setzen sich KünstlerInnen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Vergangenheit ihrer (Heimat-)Länder auseinander. „Memory Lab" wurde neben dem MUSA u.a. im Martin-Gropius-Bau in **Berlin** und in der **Budapest** Galéria ausgestellt.

Die MA 9 – Wienbibliothek beteiligt sich an internationalen Ausstellungen:

„Frederick Kiesler – El escenario explota" (La Casa Encendida, Madrid), 03.10.2013–12.01.2014

„Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell" (Institut Mathildenhöhe, Darmstadt), 13.10.2013–26.02.2014

„Österreichs Antwort. Hugo von Hofmannsthal im Ersten Weltkrieg" (Freies Deutsches Hochstift / Frankfurter Goethe-Haus, Frankfurt am Main), 08.04.–03.06.2014

„Focus on Reality. Pioneers of Sound" (WINZAVOD Centre for Contemporary Art, Moskau), 19.12.2014–01.02.2015

Das Referat für kulturelles Erbe der MA 7 ist Mitglied des **Réseau Art Nouveau Network** (Europäisches Jugendstilnetzwerk). Dieses wurde 1999 von europäischen Städten mit umfangreichem Jugendstil-Kulturerbe gegründet. Das Netzwerk hat sich die Erforschung, Erhaltung und angemessene Präsentation des Jugendstils in Europa zum Ziel gesetzt. Es will sowohl WissenschaftlerInnen unterstützen und informieren, als auch die breite Öffentlichkeit über die Europäische Dimension des Jugendstils aufklären und sensibilisieren.

EU-rechtlicher Einfluss auf Kulturförderungen.

Subventionen der öffentlichen Hand müssen effizient bleiben.

Das Ziel des Projekts **„Österreichisch-Tschechisches Geschichtsbuch“** ist eine wissenschaftlich fundierte Darstellung der gemeinsamen und trennenden Geschichte der beiden Länder und ihrer Gesellschaften mit dem Schwerpunkt auf ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert. Das Projekt wird am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in enger Kooperation mit der Ständigen Konferenz österreichischer und tschechischer HistorikerInnen zum gemeinsamen kulturellen Erbe durchgeführt.

Bereits seit 1994 läuft an der Wirtschaftsuniversität Wien das **Studienprogramm JOSZEF** (Junge ost- und mitteleuropäische Studierende als zukünftige erfolgreiche Führungskräfte), das Studierende der WU gemeinsam mit Studierenden aus Mittel- und Osteuropa auf eine Managementkarriere im Wirtschaftsraum Central and Eastern Europe (CEE) vorbereitet und so den Führungsnachwuchs in Zentral- und Osteuropa fördert. Das JOSZEF-Programm baut auf dem regulären Studium an der Heimuniversität auf und bietet in einem zweisemestrigen Studienprogramm eine praxisnahe wirtschaftliche Ausbildung. Derzeit beteiligen sich 23 mittel- und osteuropäische Universitäten an JOSZEF, die hoch talentierte Studierende für das JOSZEF-Programm an der WU Wien nominieren.

Zu erheblicher Besorgnis führen die letztjährigen Entwicklungen des EU-Beihilfenrechts im Zusammenhang mit der Allgemeinen Freistellungsverordnung der EU-Kommission (AGVO II) und der damit verbundenen steigenden Verbürokratisierung sowie Erschwerung der Subventionstätigkeit der Gebietskörperschaften in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Erhaltung des kulturellen Erbes.

Diese Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt behandelt u.a. auch die Frage, ob Kulturförderungen wettbewerbsverzerrende Beihilfen sind oder nicht. Auch wenn das Prinzip der Territorialität und der Subsidiarität für Kulturförderungen gilt und kulturelle Dienstleistungen primär der Bildung, Freiheit der Kunst und dem Kulturgüterschutz dienen, daher von großem allgemeinen Interesse sind und gar nicht in den Anwendungsbereich des Wettbewerbs- und Beihilferechts fallen, werden Kulturförderstellen der öffentlichen Hand in vielen Fällen durch Erstellung von Listen über Vorhaben umfangreich und mit großem Aufwand nachweisen müssen, ob ein Beihilfetatbestand besteht oder nicht.

Bisherige Einwände, nämlich dass Subventionen im Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbereich sowie Fördermaßnahmen zur Wahrung des kulturellen Erbes naturgemäß keine Wirtschaftsförderungen sind und demgemäß auch keinerlei wettbewerbsverzerrenden bzw. wettbewerbsbeeinträchtigenden Charakter oder Auswirkungen haben, wurden bisher in nur sehr unbefriedigendem Ausmaß berücksichtigt. Die Forderung, dass derartige Subventionen der öffentlichen Hand keinen beihilfenrechtlichen Regulierungen oder Meldepflichten unterliegen sollten, wurde seitens der EU nicht erfüllt.

Die österreichischen Bundesländer, allen voran das Land Wien, werden auch in Hinkunft im Interesse einer verwaltungsökonomischen, effizienten und weitgehend unbürokratischen Subventionstätigkeit der öffentlichen Hand nichts unversucht lassen, um auf eine deutliche Deregulierung im EU-Beihilfenrecht hinzuwirken.

Alle Fotos © BEA Uhart/Wienhaus

Qualitätsverbesserung des europäischen Rechts.

Universität Wien fungiert als Sekretariat.

Das im Jahr 2011 gegründete **European Law Institute (ELI)** verfolgt den Zweck, die Qualität des Rechts in Europa zu verbessern. Dieses Ziel – vornehmlich durch ELI Projekte und Veranstaltungen, aber auch durch die Etablierung eines Netzwerks – soll von ELI Mitgliedern erreicht werden.

Kontakt und wichtige Links:

European Law Institute (ELI)

www.europeanlawinstitute.eu

Aufbauend auf der Fülle der unterschiedlichen Rechtstraditionen ist das Institut bestrebt, die Gemeinschaft europäischer JuristInnen zu stärken, die Errungenschaften der verschiedenen Rechtskulturen zu integrieren, den Nutzen aus den Vergleichen zu ziehen und eine paneuropäische Perspektive zu entwickeln. ELI organisiert den Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Rechtsgebieten und den Austausch juristischer Praxis zwischen den verschiedenen europäischen Rechtssystemen durch Projekte, an denen JuristInnen aus ganz Europa beteiligt sind.

Zu den bereits abgeschlossenen Projekten der unterschiedlichen Arbeitsgruppen des ELI zählen ein Statement zum Vorschlag der Kommission für ein gemeinsames europäisches Kaufrecht und ein Statement betreffend die übermäßige Arbeitsbelastung am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Im Jahr 2014 finalisierte eine ELI Arbeitsgruppe unter der Leitung der Professoren Reto Hilty und Axel Metzger eine Stellungnahme, die im Rahmen der im Dezember 2013 publizierten, öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Überprüfung der Regeln zum europäischen Urheberrecht eingebracht wurde.

Seit 15 Jahren gehört die **Wiener Vorlesung in Brüssel** immer im Wintersemester zu den internationalen Ausflügen der Wiener Vorlesungen. Bei diesen Brüsseler Wiener Vorlesungen stand immer wieder die Auseinandersetzung mit Aspekten und Facetten der europäischen Identität auf dem Programm. Im Jahr 2014 sprach der Planer der Wiener Vorlesungen, Hubert Christian Ehalt, mit dem Historiker Oliver Rathkolb zum Thema „Authentische Klage gegen den Krieg: Die letzten Tage der Menschheit von Karl Kraus als zeithistorische Quelle besonderer Art".

Amsterdam

Staat:	Niederlande
Koordinaten:	52° 22' N, 4° 53' O
Fläche:	219 km²
Stadtteile:	7 districten
Einwohner:	809.892 (2014)
Bevölkerungsdichte:	3.698 Einw./km²
Postleitzahl:	1011–1109

Venedig ist ja bekannt dafür, auf Pfählen gebaut zu sein, Amsterdam gilt jedoch als die weltweit größte Pfahlbautensiedlung: Rund elf Meter tief wurden hunderttausend Fichtenpfähle in den schlickigen Untergrund gerammt, denn erst dort gibt es eine Sandschicht, die stabil genug ist, um die Häuser zu tragen. Der Schlick darüber – ehemaliger Meerboden – hat die Konsistenz eines festen „Puddings“, auf dem kein Gebäude lange gerade stehen würde. 40 waren für ein einziges Haus nötig, 13.600 für den Königlichen Palast. Das Stadswaterkantoor, das städtische Wasserbüro, wacht über einen ausbalancierten Wasserstand, denn würden die Pfähle mit Luft in Kontakt kommen, würden sie innerhalb weniger Jahre verrotten und die Stadt in sich zusammenstürzen.

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung

MA 19 Architektur und Stadtgestaltung

MA 20 Energieplanung

MA 21 Stadtteilplanung und Flächennutzung

MA 28 Straßenverwaltung und Straßenbau

MA 29 Brückenbau und Grundbau

MA 33 Wien Leuchtet

MA 41 Stadtvermessung

MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

MA 65 Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

MA 67 Parkraumüberwachung

Die Stadtentwicklung profitiert von internationalen Forschungsprojekten.

Mobilität im Zentrum von innovativen Lösungen und Pilotprojekten.

Kontakt und wichtige Links:

MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung

urbanAPI
DI Helmut Augustin
helmut.augustin@wien.gv.at

www.urbanapi.eu

RAILHUC
DI Manuel Pröll
manuel.proell@wien.gv.at

www.railhuc.eu/

PUMAS
DI Gregory Telepak
gregory.telepak@wien.gv.at

www.pumasproject.eu/pumas.fernuni-hagen.de/

SETA
DI Gregory Telepak
gregory.telepak@wien.gv.at

www.seta-project.eu/

PASTA
Ing. Thomas Berger
t.berger@wien.gv.at

www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/international/pasta.html

Die Stadt Wien ist Partnerin in zahlreichen länderübergreifenden Projekten, die sich mit innovativen Lösungsansätzen für die Herausforderungen der künftigen urbanen Mobilität und städtischen Entwicklung beschäftigen. Der internationale Austausch, die Möglichkeit mehrfacher Erprobung neuer Ideen unter unterschiedlichen Voraussetzungen und nicht zuletzt die Kofinanzierung seitens der Europäischen Union gehören zu den Pluspunkten der internationalen Kooperation.

urbanAPI – Interactive Analysis, Simulation and Visualisation Tools for Urban Agile Policy Implementation

Mit Ende 2014 konnte dieses – durch das 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) der Europäischen Kommission kofinanzierte – Projekt aus dem Bereich Mobilitätsanalyse mit Mobilfunkbewegungsdaten und 3D-Visualisierung abgeschlossen werden. Die Auswertung von Mobilfunkbewegungsdaten von etwa einer Millionen NutzerInnen in der Stadtregion Wien stellt eine wesentliche Verbesserung der Datenbasis für die Stadt- und Verkehrsplanung dar. Selbstverständlich wird ausschließlich mit vollständig anonymisierten, aggregierten Daten gearbeitet.

Das stadtplanerische Interesse liegt nicht im Nachvollziehen der Aktivitäten Einzelner, sondern im Erkennen von Bewegungsmustern der Gesamtbevölkerung. So ist es möglich, die Veränderung der Bevölkerungsdichte im Tagesverlauf darzustellen. Ein anderer Anwendungsfall ist das Darstellen der Verflechtung des Umlandes mit der Kernstadt. Das urbanAPI 3D Tool ermöglicht – ohne Spezialsoftware und ergänzt durch eigene Architekturmodelle – die anschauliche Darstellung der ausgewerteten Daten.

RAILHUC – Förderung des Eisenbahnverkehrs in CENTRAL EUROPE

Das Projekt „Railway Hub Cities and TEN-T network“ (RAILHUC) wurde im Rahmen des EU-Programmes CENTRAL EUROPE von 2011 bis 2014 durchgeführt und vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung kofinanziert. Die ProjektpartnerInnen kommen aus Deutschland, Österreich, Polen, Ungarn, Slowenien, der Slowakei sowie der Tschechischen Republik und beschäftigten sich mit folgender Problemstellung: Während Hochgeschwindigkeits- und InterCity-Verbindungen in vielen CENTRAL EUROPE-Staaten modernisiert werden, ist dies bei Bahnen und Verkehrssystemen von regionaler und örtlicher Bedeutung nicht der Fall. Im Sinne des generellen Ziels einer Verbesserung des Bahnverkehrs im CENTRAL

creativity103.com

EUROPE-Gebiet war RAILHUC bestrebt, die Zulauffunktion großer Bahnknoten-Städte und derer Regionen zu verbessern, die funktionale Integration und multimodale Kooperation zwischen Verkehrsknotenpunkten zu unterstützen sowie Know-how und innovative Lösungen auf andere EU-Staaten und Regionen zu übertragen.

PUMAS – Planning Sustainable Regional-Urban Mobility in the Alpine Space

Pilotaktivitäten zur nachhaltigen Mobilitätsplanung in städtischen Räumen stehen im Zentrum dieses EU-kofinanzierten Projekts. Im wechselseitigen Austausch und basierend auf dem durch die Europäische Kommission unterstützten SUMP (Sustainable Urban Mobility Planning)-Planungsprozess implementieren die ProjektpartnerInnen insgesamt sieben Pilotaktivitäten, die sich an den gemeinsam erarbeiteten Werkzeugen und Planungsansätzen orientieren. Im Raum Wien wird ein administrative Grenzen überschreitendes Mobilitätskonzept für den Korridor Schwechat-Wien-Flughafenregion entwickelt. Dieses untersucht u.a. die Möglichkeiten der künftigen Optimierung der Anbindung des Flughafens Wien im öffentlichen Verkehr. Ebenso werden Schnittstellen des grenzüberschreitenden Radwegenetzes Wien-Niederösterreich im Wiener Südraum abgestimmt. Die 2014 unterzeichnete PUMAS-Deklaration und die virtuelle Plattform (AS-Community) bilden die gemeinsame Basis aller ProjektpartnerInnen.

PUMAS: Arbeiten an einer raumgroßen Karte.

SETA – South East Transport Axis

Das Projekt SETA untersuchte Verbesserungsmöglichkeiten auf dem Schienenweg von Wien über Bratislava und Westungarn nach Zagreb beziehungsweise an die nördliche Adria. Das Projekt wurde aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert und 2014 nach 3 Jahren Bearbeitungszeit abgeschlossen. Ein wichtiges Ergebnis des Projekts SETA ist der „Corridor Development Plan“. Dieser zeigt u.a. kostengünstige Möglichkeiten auf, wie die gegenwärtige Fahrzeit zwischen Wien und Zagreb von über sechs Stunden bis zum Jahr 2020 auf vier Stunden reduziert werden kann. Im Entwicklungsplan wurde darüber hinaus ausgearbeitet, welche Möglichkeiten bestehen, Unterstützungen der EU für die Umsetzung zu nutzen.
Die Machbarkeit wurde teilweise bereits im Verlauf des Projekts demonstriert: Ein in Zagreb abgefahrener Sonderzug kam unter Nutzung der optimierten Organisationsabläufe nur fünf Stunden später in Wien an.

PASTA – Physical Activity through Sustainable Transport Approaches

Das FP7-Projekt PASTA verfolgt das Ziel, aktive Mobilität – wie zu Fuß gehen und Rad fahren – systematisch zu evaluieren und zu fördern. Auch in Verbindung mit der Nutzung des öffentlichen Verkehrs soll unter dem Gesundheitsaspekt körperliche Aktivität im täglichen Leben jedes einzelnen Individuums initiiert und integriert werden. Unter dieser Prämisse werden in sieben europäischen Teststädten Maßnahmen und Initiativen zur Förderung aktiver Mobilität untersucht und unter Entwicklung eines anwenderfreundlichen Bewertungsinstrument (HIA [Health Impact Assessment]-Tool) im Hinblick auf gesundheitliche und wirtschaftliche Auswirkungen evaluiert. ExpertInnen und ForscherInnen aus den Bereichen Gesundheit, Mobilität und Nachhaltigkeit aus acht europäischen Ländern sind am Projekt beteiligt. Projektkoordinator ist das Institut für Verkehrswesen der Universität für Bodenkultur Wien, die Stadt Wien dient als eine der „Case Study Cities“.

www.pastaproject.eu

Transformation zu klimaneutralen Stadtteilen.

Internationale Kooperationen der Smart City Wien.

Kontakt und wichtige Links:

Magistratsabteilung 18
Projektleitung „Smart City Wien“

DI[in] Ina Homeier
ina.homeier@wien.gv.at

Mag.[a] Pia Hlava
pia.hlava@extern.wien.gv.at

www.clue-project.eu/

www.urbantransform.eu

Das Modellprojekt **Standpunkt Liesing** soll die Attraktivität des Betriebsgebiets erhöhen und es in einen Vorzeigestandort ressourcenschonenden Wirtschaftens entwickeln. Als Vorgänger des Projekts gilt das EU-kofinanzierte Urbact-Projekt REDIS – Restructuring Districts into Science Quarters, das 2010 das Industriegebiet Liesing bereits daraufhin untersuchte, wie dieses als ökoholisitisches Betriebsgebiet positioniert werden könnte.

www.standpunkt-liesing.at

© Pamer

Wie sieht der Fahrplan für die Realisierung einer Smart City aus? Welche Rahmenbedingungen sind zu schaffen? Welche Strategien sind zu verfolgen, welche Methoden einzusetzen? Mehrere Projekte der Wiener Stadtplanung beschäftig(t)en sich mit konkreten Umsetzungsoptionen einer Smart City.

CLUE – Climate Neutral Urban Districts in Europe

Klimaneutrale Stadtbezirke verbessern ihre CO_2-Bilanz durch den Einsatz innovativer, neuer Technologien und Bautechniken. Doch dies allein, reicht oftmals nicht aus: Bisherige akademische Studien über Instrumente und Methoden zur Messung, Überprüfung und Evaluierung von klimaneutralen Lösungen im Bereich der Stadtentwicklung konzentrierten sich meist auf einige wenige Aspekte dieses umfassenden Themengebietes.

– systemische Verkehrsplanung

wurden im Rahmen von CLUE praxisbezogene Leitlinien erarbeitet. Diese sollen die Erreichung der ambitionierten Ziele von Klimaneutralität und Energieeffizienz in der Stadtteilentwicklung maßgeblich unterstützen und proaktiv beeinflussen. Damit wurden aktuelle

Anders das Projekt CLUE: Die Projektidee “Climate Neutral Urban Districts in Europe” zielte darauf ab, integrative und gesamtheitliche stadtentwicklungspolitische Rahmenlösungen zu definieren, welche die strategischen Weichen zur Realisierung von klimaneutralen und energieeffizienten Stadtteilen schaffen können. Durch die Diskussion bzw. den Austausch einschlägiger Erfahrungen, Innovationen und Strategien sowie auf Basis von ausgewählten Case Studies und Good Practices aus den Bereichen

– legislativer Rahmen, Recht, Rechtsordnung,
– Partizipation/ Stakeholder-Prozesse,
– strategische Instrumente,
– technologische Systeme für Heizen, Kühlen und Energieeffizienz sowie

Systemlösungen zur Umsetzung klimaneutraler oder sogar klimapositiver Stadtbezirke untersucht und evaluiert, um einen entsprechenden Benchmarking-Standard zu schaffen. Ziele des CLUE-Projekts waren somit die Generierung einer gemeinsamen Perspektive für klimaneutrale Stadtbezirke sowie die Entwicklung entsprechender handlungsorientierter politischer Strategien, um die Umsetzung und Beurteilung neuer Lösungen und Technologien zur Förderung von kohlenstoffarmen energieeffizienten Stadtgebieten zu begünstigen.

Das Projekt wurde 2014 abgeschlossen, Projektpartner waren neben Wien die Städte Rom, Turin, Barcelona, Malopolska und Paggiao, die Projektleitung hatte Stockholm inne.

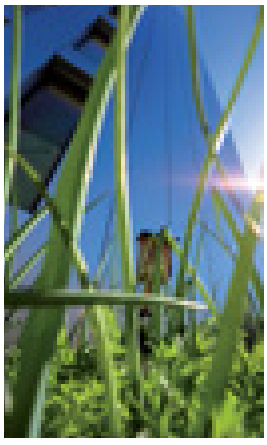
TRANSFORMation Agenda for Low Carbon Cities

Durch umsetzungsorientierte Strategieentwicklung sollen mit dem Projekt TRANSFORM Städte bei der Transformation zu einer Smart City unterstützen werden. Hierzu werden gesamtstädtische Strategien und Transformationsagenden erarbeitet. Diese werden anhand ausgewählter Stadtteile der Partnerstädte, den so genannten Smart Urban Labs, in einen den speziellen Anforderungen der Stadtteile entsprechenden Kontext eingebettet, um daraus individuell abgestimmte konkrete Umsetzungspläne zu erstellen. Der Fokus liegt auf Energie und Klimaschutz in der Stadtentwicklung, wie im europäischen SET (Strategic Energy Technology) Plan und den Zielen bis 2050 thematisiert. Wien legte die Schwerpunkte in der Bearbeitung auf Energieraumplanung, energierelevante Daten und Planungsprozesse, sowie auf Partizipation der Bevölkerung. Durch innovative Arbeitsprozesse im Rahmen des Projekts sollen Erfahrungen und Methoden für erfolgreiche Stakeholder-Prozesse gewonnen werden.

Die Wiener Parkraumbewirtschaftung wurde von der MA 65 – rechtliche Verkehrsangelegenheiten in Sofia, Bulgarien, vorgestellt.

Darüber hinaus soll TRANSFORM Wissen zur Erstellung von – für die Smart City Entwicklung essentiellen – integrierten Datensystemen generieren, um quantitative Daten und Analysemethoden für ökonomisch besser fundierte Transformationsszenarien einsetzen zu können. Die Ergebnisse sollen breit anwendbar sein und für Umsetzungskampagnen auf professioneller und politischer Ebene eingesetzt werden können. Teil der Dissemination ist die Zusammenarbeit mit europäischen „Buddy Cities“ und ein Memorandum zwischen den Städten im Zuge der Einbringung von Handlungsschwerpunkten auf europäischer Ebene.

Als Ergebnisse des Projekts sind sechs Transformation Agenden für sechs Städte, sechs Umsetzungspläne (für ausgewählte Stadtteile), ein qualitatives und ein quantitatives Decision Support Modell sowie Datensets, ein „Smart Energy City Handbuch“ und ein politisches Memorandum geplant.



© Christian Führtner

Best practice-Beispiele und die Ergebnisse des Austausches mit ExpertInnen fließen in die sieben Wiener Energiethesen ein. Auf Initiative der **MA 20 – Energieplanung** wurden zukunftsweisende Projekte in Vorarlberg und der Schweiz besucht. Zweck der Delegationsreise war die Erkundung von energieeffizienten Bauweisen und zukunftsorientierten Wärmeversorgungskonzepten mit dem Ziel, von innovativen Beispielen aus anden Städten und Regionen Impulse mitzunehmen und den Meinungsaustausch voranzutreiben. Neue Informationen und Erkenntnisse zum inhaltlichen Kontext zwischen Energieversorgung und neuer Architektur aber auch zum Konzept der Energieverbünde konnten zurück nach Wien mitgenommen werden.

www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energieplanung/pdf/energiethesen.pdf

Das **Städtenetzwerk CUPA** (Co-operative Urban Planning Approaches) dient der Zusammenarbeit in stadtplanerischen Angelegenheiten mit dem Ziel auch wirtschaftliche Kontakte zu fördern. Partner sind neben Wien, vertreten durch die MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung, derzeit: Bratislava SK, Novi Sad SRB, Krakau PL, Lemberg (Lviv) UA, Odessa UA, Zagreb HR und Braşov (Kronstadt) RO. Im Rahmen des CUPA Workshops 2014 wurde der Wintersportort Poiana Braşov analysiert und ein Konzept erarbeitet, wie aus der über Jahre hinweg entstandenen amorphen, tourismusbasierten Siedlungsstruktur ein nachhaltiges städtebauliches Gefüge entwickelt werden kann.

Ljubljana

Staat:	Slowenien
Koordinaten:	46° 3' 5" N, 14° 30' 20" O
Fläche:	275 km²
Stadtteile:	17 četrtnih skupnosti
Einwohner:	277.554 (2014)
Bevölkerungsdichte:	1.009 Einwohner je km²
Postleitzahl:	1000

Seit 2010 vergibt die Europäische Kommission den Titel „European Green Capital“, 2016 darf ihn ein Jahr lang die slowenische Metropole tragen. Ein wesentlicher Grund für die Entscheidung der zwölf von der EU ausgewählten ExpertInnen war die neue Ausrichtung der Stadtplanung und Mobilität in Ljubljana. War die Stadt früher vom Autoverkehr dominiert, wird jetzt vermehrt auf Alternativen gesetzt und die Nachhaltigkeitsstrategie „Vision 2025“ realisiert: der öffentliche Nahverkehr, Fußgänger- und Radfahrnetze werden ausgebaut, mehr als 12.000 Baumneupflanzungen allein im Jahr 2015 sollen die Stadt ergrünen lassen.

Geschäftsgruppe Umwelt

MA 22 Umweltschutz

MA 31 Wiener Wasser

MA 36 Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen

MA 42 Wiener Stadtgärten

MA 45 Wiener Gewässer

MA 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

MA 49 Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

MA 58 Wasserrecht

MA 60 Veterinärdienste und Tierschutz

Wien Kanal (WKN)

Grenzüberschreitende Bioabfall- und Kompostwirtschaft.

BIORES – Verwertungsoptimierung biogener Ressourcen in Westungarn, Wien und dem Burgenland.

Kontakt und wichtige Links:

MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

Strategie und abfallwirtschaftliche Grundlagenplanung

DI Wojciech Rogalski
wojciech.rogalski@wien.gv.at

www.abfall.wien.at

Das Projekt BIORES wurde im Rahmen des Programms Europäische Territoriale Zusammenarbeit „creating the future" von der Europäischen Union gefördert. Dadurch konnte die angewandte wissenschaftliche Arbeit des Instituts Bioforschung Austria und die bisherigen Langzeitversuche mit Anwendung von Wiener Kompost fortgesetzt werden.

creating the future
AT-HU 2007-2013

Bei den biogenen Abfällen handelt es sich immer mehr um Wertstoffe, die nicht „entsorgt" sondern „verwertet" werden sollten. Eine der besten Möglichkeiten dies zu erreichen, ist die Einführung einer getrennten Bioabfallsammlung und die Erzeugung hochqualitativer Komposte aus so gesammelten Bioabfällen, die in weiterer Folge sowohl im Gartenbau als auch in der Landwirtschaft eingesetzt werden können. Ziel des 2014 abgeschlossenen Projekts „BIORES" war die Entwicklung von Konzepten zur optimalen Verwertung von biogenen Abfällen.

Die Kompostierung von biogenen Abfällen vermeidet direkt und indirekt Treibhausgasemissionen und führt Pflanzennährstoffe und Kohlenstoff wieder in den natürlichen Kreislauf zurück. Die Nutzung von Stickstoff, Phosphor und Kalium (gestiegene Rohstoffpreise), Kohlenstoffspeicherung im Humus (Klimaschutz), Bodenverbesserung (Humus, Fruchtbarkeit, Erosionsschutz) sowie Grundwasserschutz stellen weitere Vorteile dar. Das Projektgebiet (Wien und Győr) ist eine naturräumliche Einheit (gleiches Klima, gleiche Böden). Somit war es naheliegend, in grenzüberschreitender Kooperation gemeinsame Verwertungskonzepte zu erstellen, die Kompostqualität zu verbessern, verbesserte Verfahren zur Reifegrad- und Pflanzenverträglichkeitsfeststellung sowie Konzepte für neue Anwendungsgebiete (Weinbau, Pflanzsubstrate etc.) zu entwickeln. Schlussendlich wurde ein besseres Management von natürlichen Ressourcen zu erreicht („Nutzen statt Entsorgen"), um den Umwelt- und Klimaschutzzielen noch besser gerecht zu werden. Kooperative Forschung und Innovation wurde durch das einander ergänzende Know-how der Partner ermöglicht.

Dank der Projektergebnisse können Hindernisse für die Kompostanwendung beseitigt und neue Anwendungsgebiete erschlossen werden. Die im Projekt entwickelten Strategien zur Verwertungsoptimierung können in Versuchen getestet und auf ihre Umwelt- und Klimaauswirkungen überprüft

© Felicitas Matern

sowie ökonomisch und zusammenfassend bewertet werden. Wichtige weitere Projektziele waren die Netzwerkbildung zwischen den Akteurinnen und Akteuren und der Öffentlichkeitsarbeit.

Auf österreichischer Seite waren neben der Bio Forschung Austria als Leadpartnerin, die MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark und das Bundesamt für Wasserwirtschaft in Petzenkirchen (NÖ) Partner. Die Westungarische Universität in Mosonmagyaróvár – Fakultät für Landwirtschafts- und Lebensmittelwissenschaft sicherte als weitere Projektpartnerin die grenzüberschreitende Kooperation.

Mit der EU das Freizeitparadies Alte Donau schützen!

3,6 Mio. Euro für Öko-Maßnahmen.

Das rund 1,6 km² umfassende Natur- und Freizeitparadies Alte Donau ist ein wertvoller ökologischer Lebensraum, den die Stadt Wien streng schützt. Klimawandel und der steigende Nutzungsdruck als Badegewässer stellen aber große Herausforderungen an die Alte Donau dar.

EU-Projekt LIFE+ Alte Donau (2013 bis 2017)

Ziel des vierjährigen Projekts LIFE+ Alte Donau ist es, mittels eines sogenannten integrativen Gewässermanagements die Alte Donau sowohl als ökologisch wertvolles Kleinod als auch als beliebtes Naherholungsgebiet nachhaltig zu sichern. Bis 2017 werden 3,6 Mio. Euro in zahlreiche Maßnahmen investiert, die Hälfte davon fördert die Europäische Union.

Und das wurde 2014 an der Alten Donau realisiert (Auswahl):

- Noch umwelt- und kostenschonendere Pflege der Unterwasserpflanzen (Makrophyten), verbunden mit größtmöglicher Schonung des Fischbestands:
  Die Mähboote wurden mit einer computerunterstützten GPS-Steuerung ausgerüstet. Dies ermöglicht eine punktgenaue Mahd auf Basis digitaler Mäh-Pläne.

- Detail-Planungen für den Einbau eines biologischen Bodenfilters am Wasserpark:
  Über einen biologischen Bodenfilter wird ab Frühjahr 2016 nährstoffarmes Wasser aus der Neuen Donau in die Alte Donau eingeleitet. Durch die künstliche Wasserzufuhr wird die fehlende Grundwasserdynamik der Alten Donau ausgeglichen. Die Bauarbeiten starten im Herbst 2015.

Veranstaltungen, Umweltbildung und Informationsangebote:

- Erlebnisorientierte Angebote für Schulen, Familien, Kinder und Jugendliche vom Verein Umweltspürnasen.

- Von Expertinnen und Experten geführte Stadtspaziergänge an der Alten Donau.

- Wiener Wasserweg – neue App:
  Alles Wissenswerte rund um die Alte Donau an 21 virtuellen Stationen.
  www.wiener-wasserweg.at

Neben der Abteilung MA 45 – Wiener Gewässer sind weitere Magistratsabteilungen der Stadt Wien, Bezirksvorstehungen und Unternehmen mit der Nutzung und Pflege der Alten Donau befasst. Verschiedene Zielgruppen im In- und Ausland profitieren von dem Projekt.

Kontakt und wichtige Links:

MA 45 – Wiener Gewässer

DI Dr. Thomas Ofenböck
Projektleiter LIFE+ Alte Donau
thomas.ofenboeck@wien.gv.at

www.gewaesser.wien.at

www.life-altedonau.wien.at

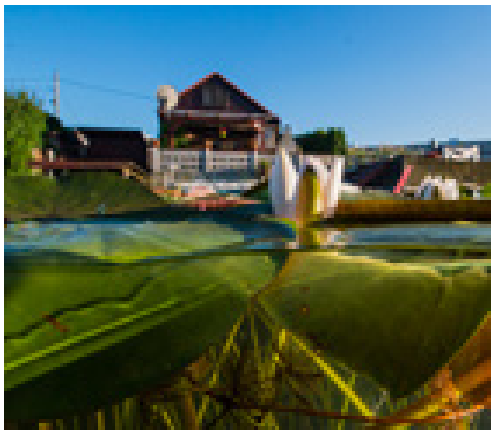
ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm

MA 22 – Umweltschutz schließt EU-kofinanzierte Projekte erfolgreich ab:

- **Urban heat islands** erforschte die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensqualität, den Umweltschutz und die Gesundheit in der Stadt. Der erarbeitete Leitfaden schlägt Maßnahmen vor, zeigt die involvierten städtischen Steuerungsebenen auf und wird im Frühsommer 2015 vorgestellt.

  www.eu-uhi.eu

- **D-AIR** half mit, europäische Flughäfen zu ökologischen und nachhaltigen Drehscheiben im Transportwesen zu machen.



Wiener Wildnis / © MA 45

Von Streunerkatzen und Wasserwerken.

Nachbarländer tauschen Wissen und Erfahrung aus.

www.tierschutzinwien.at

www.tieranwalt.at

MA31 – Wiener Wasser

DI Walter Kling
walter.kling@wien.gv.at

www.wien.gv.at/wienwasser/

www.danube-water-program.org/

Internationales Treffen der Landestierschutzbeauftragten und Tierschutzombudsleute in Stuttgart

Am 30. Jänner 2014 fand in Stuttgart auf Einladung der Landesbeauftragten für Tierschutz in Baden-Württemberg, Frau Dr. Cornelia Jäger, ein Treffen mit den Tierschutzombudsleuten aus Österreich, dem bisherigen Tieranwalt des Schweizer Kantons Zürich, den Landesbeauftragten für Tierschutz aus Hessen, Berlin und dem Saarland sowie weiteren TierschutzexpertInnen aus Niedersachsen und Bayern statt.

Im Vordergrund stand das Vorstellen der unterschiedlichen Organisationsformen in den einzelnen Ländern sowie die sich daraus ergebenden Arbeitsabläufe und Möglichkeiten der Intervention in Tierschutzangelegenheiten. Weitere Schwerpunkte waren der Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Problematik des internationalen Welpenhandels, der Streunerkatzenproblematik, der zunehmenden Haltung von sogenannten Exoten durch wenig bis kaum sachkundige TierhalterInnen sowie die Tierschutzrelevanz der routinemäßigen Eingriffe an landwirtschaftlichen Nutztieren.

DWP – Danube Water Programm

Dieses von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaueinzugsgebiet (IAWD) und Weltbank gemeinsam durchgeführte Programm zur Kapazitätsentwicklung von Wasserwerken im Donauraum ist seit 2014 in vollem Umfang tätig, mit einem finanziellen Volumen von fünf Millionen Euro. In Abstimmung mit der EU-Donauraumstrategie werden in einer Vielzahl von Veranstaltungen wichtige Inhalte der Siedlungswasserwirtschaft vermittelt. Schwerpunkte sind Asset-Management, Benchmarking, Energieeffizienz aber auch die Entwicklung leistungsfähiger Strukturen von Wasserwerksvereinigungen in den elf Zielländern des Programms. Die Hauptveranstaltung des DWP ist die IAWD Danube Water Conference bei der auch VertreterInnen der kommunalen Verwaltung und Politik in Wien eingeladen wurden. Unter Beteiligung der österreichischen Interessensverbände, der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach ÖVGW und des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbands ÖWAV, findet auch ein runder Tisch der IAWD statt. Damit wird gewährleistet, dass die bewährte Organisation der Siedlungswasserwirtschaft im deutschsprachigen Raum auch in den Donauländern erfolgreich angewendet wird.

Das Projekt der MA 49 - Forstamt „urbANNAtur“ wurde als erfolgreichstes Projekt im Rahmen des Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit „Slowakische Republik – Österreich 2007–2013“ ausgezeichnet.

Grenzüberschreitende Kooperation gegen Kernenergie.

Die WUA als Atomschutzbeauftragte für Wien.

In ihrer Eigenschaft als Atomschutzbeauftragte der Stadt Wien nahm die Wiener Umweltanwaltschaft (WUA) auch im Jahr 2014 an den regelmäßigen Treffen mit ExpertInnen im Rahmen der bilateralen Nuklearinformationsabkommen sowie den Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Städtenetzwerks gegen Kernenergie intensiv teil. Das Hauptziel ist ein Europa ohne Atomkraftwerke! So engagiert sich die WUA für die Schließung von veralteten Atomkraftwerken, gegen weitere Neubauten von Reaktoren und für einheitliche Sicherheitsstandards in Europa.

Im Zuge der Treffen zu den jeweiligen bilateralen Nuklearinformationsabkommen wurden Änderungen in den rechtlichen Bestimmungen und der Austausch der Daten der nationalen Strahlenüberwachung besonders bei den Staaten mit Ausbauprogrammen für die Kernenergie diskutiert. Insofern kam den Treffen mit Slowenien (KKW Krsko), Tschechien (KKW Temelin 3 & 4, Ausbau KKW Dukovany) und Ungarn (KKW Paks 2) eine besondere Bedeutung zu. In allen Nachbarstaaten ist in diesem Jahr die Umsetzung der Abfallrichtlinie 2011/70/EURATOM im Gang.

Die WUA beteiligt sich aber auch am gegenwärtig stattfindenden grenzüberschreitenden UVP-Verfahren eines Brennstofflagers am Standort Bohunice/Slowakei sowie jenem zur Stilllegung des KKW Isar 1 in Deutschland. Die Stilllegung des Reaktors ist auf Grund der direkten Verbindung über den Wasserpfad (Isar und Donau) von besonderem Interesse für die Stadt Wien. Die WUA drängt im Rahmen der Diskussion auf eine schnelle Brennstofffreiheit der Anlage um das resultierende Risiko für Wien raschest möglich zu beseitigen.

Kontakt und wichtige Links:

Wiener Umweltanwaltschaft

post@wua.wien.gv.at

www.wua-wien.at

Die Stadt Wien kooperiert im Rahmen des **Antiatomnetzwerkes CNFE (Cities for a Nuclear Free Europe)** mit 17 großen europäischen Städten. Durch den regelmäßigen Informationsaustausch sowie das gemeinsame Auftreten des Netzwerks gegen die Entscheidung der Europäischen Kommission zur Förderung neuer Kernkraftwerke setzt sowohl CNFE als auch das Netzwerk **NFLA (Nuclear Free Local Authorities)** deutliche Zeichen.

www.cnfe.eu

Aktuelle Studie der WUA zu **Förderungen im nuklearen und erneuerbaren Bereich:**

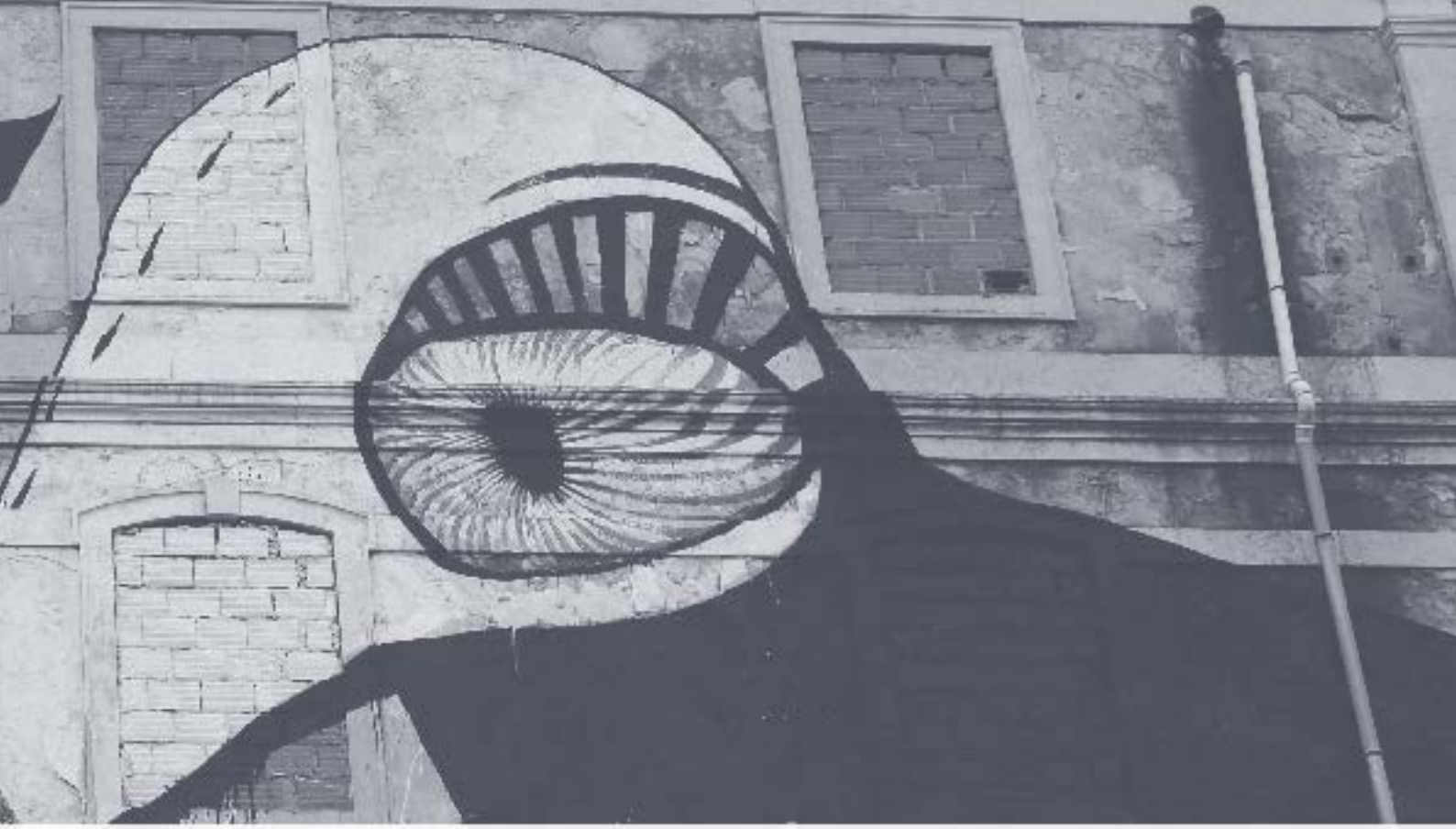
www.wua-wien.at/images/stories/publikationen/renewable-energy-versus-nuclear-power.pdf

23 Fachdelegationen aus 14 EU-Mitgliedstaaten sowie aus zwei Kandidatenländern mit insgesamt rund 250 Personen interessierten sich für Vorträge und Führungen durch die **modernen abfallwirtschaftlichen Anlagen der MA 48.**

Lissabon

Staat:	Portugal
Koordinaten:	38° 43' N , 9° 10' W
Fläche:	85 km²
Stadtteile	4 distritos
Einwohner:	545.245 (2011)
Bevölkerungsdichte:	6.421 Einw./km²
Postleitzahl:	1000–1990

Bereits 1901 verkehrte die elektrische Straßenbahn in Lissabon und 1950 erreichte das Netz mit 27 Linien seine größte Ausdehnung. In Wien verkehren heute 29 Straßenbahnlinien, in Lissabon nur mehr fünf. Kein Wunder, denn die modernen ULFs – mit einer Länge von bis zu 35 Metern – hätten in den engen, verwinkelten und steilen Lissaboner Gassen ein Problem ob ihrer Länge und mangelnden Wendigkeit. In Portugals Hauptstadt wird einzig eine Linie mit einer Niederflurstraßenbahn befahren und kann als modern bezeichnet werden. Die anderen Strecken werden nach wie vor mit den alten, zweiachsigen Triebwagen mit Rollenstromabnehmer bedient.



Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

MA 25 Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser

MA 34 Bau- und Gebäudemanagement

MA 37 Baupolizei

MA 39 Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten

MA 50 Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten

MA 64 Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

MA 69 Liegenschaftsmanagement

Es berichten auch:

Stadt Wien – Wiener Wohnen
Wohnservice Wien
Wohnfonds Wien

The Vienna Model – Housing for the 21st Century City.

Eine Ausstellung trägt Wiens sozialen Wohnbau durch Europa.

Kontakt und wichtiger Link:

wohnen.wien.at

Der Wiener Weg des sozialen Wohnbaus wird international beachtet, er ist vorbildlich für viele Städte und Länder. Wien zählt daher weltweit zu den wichtigsten Ansprechpartnern für Wissensaustausch, Know-how-Transfer und Forschung. Die Präsentation der Wohnbau-Ausstellung „The Vienna Model – Housing for the 21st Century City" begeisterte 2014 ein internationales Publikum in drei wichtigen europäischen Städten bzw. Metropolen.

Sofia / © Privat

Die ambitionierte internationale Ausstellungsroute begann im Sofioter Architektenclub (Sofia, Bulgarien: 7.–28. März 2014), ging weiter ins Rathaus nach Riga (Riga, Lettland: 11.–27. April 2014) und schließlich ins Österreichische Kulturforum in Istanbul (Istanbul, Türkei: 17.–27. Oktober). Darüber hinaus wurde in Istanbul am 16.10.2014 das „Smart City Wirtschaftsforum – Wiener Lösungen im Wohnbau- und Infrastrukturbereich" erfolgreich durchgeführt.

Die Ausstellung rückt die großen Errungenschaften der Stadt Wien im aktuellen und kürzlich erstellten Wohnbau in den Vordergrund. Quer über die Stadt verteilt entstanden nicht nur neue Bauten mit bahnbrechender Architektur und urbaner Anbindung, sondern auch Grätzelvitalisierungen und

Riga / © Privat

Ausstellung „The Vienna Model – Housing for the 21st Century“

Sofia, Bulgarien	**7.–28. März 2014**	**Sofioter Architektenclub**
Riga, Lettland	**11.–27. April 2014**	**Rathaus, Riga**
Istanbul, Türkei	**17.–27. Oktober 2014**	**Österreichisches Kulturforum, Istanbul**

Empfang im Stadtparlament von Istanbul mit hochrangigen Regierungsvertretern / © Cemil Baskaisler/Stadt Wien

ganz neue Viertel. Diese Projekte berufen sich zwar historisch auf das „rote Wien“, stehen aber auch für neue, dynamische Möglichkeiten, modellhafte Architektur und für die Fortschritte im Wohnbau einer modernen, wachsenden Metropole.

Stadtrat Michael Ludwig beim Arbeitsgespräch mit Vize-Gouverneur Ismail Gültekin / © Cemil Baskaisler/Stadt Wien

Internationale Delegationen

2014 konnte das Referat „Wohnbauforschung internationale Beziehungen“ Delegationen aus zahlreichen EU-Ländern und Städten, wie z.B. aus unterschiedlichen Städten Deutschlands, Riga, Prag, Helsinki, Göteborg, Mailand und Warschau, zu Fachgesprächen sowie zu Exkursionen in Sachen Wohnbau und Stadterneuerung begrüßen.

Auch die Wohnhausverwaltung Wiener Wohnen war das Ziel mehrerer internationaler Delegationen, um Gedanken zum Thema kommunaler Wohnbau auszutauschen.

Mit Vorträgen in Zürich und Prag wurde das Wissen zum Wiener Wohnbau in internationalen Konferenzen eingebracht.

Die Ausstellung „Gemeinde bau(t)“, – eine Ausstellung über die Geschichte und die Zukunft des sozialen Wohnbaus in Wien – die im Jahr 2013 an mehreren Standorten in Wien zu sehen war, ist 2014 europaweit auf Tour gegangen. Gezeigt wurde die Ausstellung in Berlin, Triest und Brüssel. / © Wiener Wohnen

Lobbying für den geförderten Wohnbau auf EU-Ebene.

30 europäische Städte unterstützen bereits Wiens Resolution.

Kontakt und wichtiger Link:

www.eurocities.eu

Der soziale Wiener Wohnbau und der Wiener Gemeindebau im Besonden gelten weltweit als herausragendes Beispiel für eine gelungene Wohnungspolitik. Für viele Europäische Kommunen ist er ein Vorbild, dessen Bedeutung gerade in Zeiten der internationalen Finanzmarktkrise zunehmend verstärkt wurde. Um diesen erfolgreichen Wiener Weg auch in Zukunft fortzuführen und vor Eingriffen zu schützen, startete die Stadt Wien vor rund einem Jahr eine eigene Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa.

„Wir stellen uns entschieden gegen neoliberale Lobbyisten, den Ziel ausschließlich die persönliche Gewinnmaximierung ist. Wir machen uns für ein soziales und verantwortungsvolles Europa stark."

Dr. Michael Ludwig,
Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadtentwicklung

Zwischenzeitlich haben BürgermeisterInnen – der unterschiedlichsten politischen Fraktionen – von 30 europäischen Metropolen mit mehr als 33 Millionen EinwohnerInnen die Wiener Resolution unterzeichnet. Die zentrale Forderung darin: Auch in Zukunft muss sicher-

Lobbying für den geförderten Wohnbau auf EU-Ebene.
© PID/C. Jobst

gestellt sein, dass die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleibt. Darauf aufbauend haben sich nunmehr europaweit wichtige Entscheidungsträger und Organisationen zusammengeschlossen und eine – unter starker Federführung der Stadt Wien – eigens ausgearbeitete Charta für erschwinglichen Wohnraum und eine nachhaltige Stadtplanung unterzeichnet. Diese "European Declaration on Responsible Housing" (Europäische Deklaration zu verantwortungsbewusstem Wohnbau) wurde von Wohnbaustadtrat Michael Ludwig in Brüssel unterschrieben.

Dabei hob Wohnbaustadtrat Michael Ludwig hervor, dass Wien für eine soziale Wohnungspolitik steht – auch auf europäischer Ebene. Der geförderte Wohnbau ist eine wesentliche Säule des sozialen Zusammenhalts, auch im Sinne der Europa 2020-Ziele. Zu einem sozialen Europa gehört gutes und bezahlbares Wohnen. Wien setzt sich für ein sozial gerechtes Europa ein. Europa – und gerade der Bereich des Wohnens und der Daseinsvorsorge – darf nicht ausschließlich dem Markt und gewinnorientierten Unternehmen überlassen werden.

Ausstellungseröffnung im Europäischen Parlament

Großer Andrang herrschte auch bei der Eröffnung der Ausstellung „Wiener Wohnbau 1920–2020" durch Wohnbaustadtrat Michael Ludwig im Europäischen Parlament. Die multimediale Wanderausstellung zeigt die Geschichte des sozialen Wohnbaus in Wien von seinen Anfängen in den 1920er Jahren bis heute. Evelyn Regner, Mitglied des Europäischen Parlamentes, fungierte als Schirmherrin der Ausstellung im Europäischen Parlament.

Nominierung ,,Social Responsibility Housing Awards Ceremony" / © Wiener Wohnen

Arbeitsgruppe Housing von EUROCITIES

Durch den Vorsitz in der EUROCITIES Working Group „Housing" leistet Wien engagiertes Lobbying für einen sozialen Wohnbau auf europäischer Ebene. Die Arbeitsgruppe hat die Zielsetzung, einerseits als Plattform für Wissensaustausch und Ideengenerierung zu fungieren und andererseits als Lobbying-Instrument gegenüber den europäischen Institutionen zu dienen.

Nominierung "Social Responsibility Housing Awards Ceremony"

Dass die Arbeit von Wiener Wohnen auch international anerkannt wird, zeigte nicht zuletzt die Würdigung bei der "Social Responsibility Housing Awards Ceremony", bei der Wiener Wohnen unter den besten fünf Hausverwaltungen Europas für den Bereich "good governance" nominiert war. Ebenfalls in Brüssel hat die Direktor-Stellvertreterin Karin Ramser im Rahmen der Konferenz „Housing Finance – Property Bubbles or Social & Ecological Resilience – It's a choice!" den Wiener Weg des sozialen und kommunalen Wohnbaus erläutert.

Bratislava

Staat:	Slowakei
Koordinaten:	48° 9' N, 17° 9' O
Fläche:	368 km²
Stadtteile	5 okresy
Einwohner:	417.389 (2013)
Bevölkerungsdichte:	1.135 Einw./km²
Postleitzahl:	800 00–899 00

Bratislava ist eine der jüngsten Hauptstädte in Europa, erst seit 1. Jänner 1993 hat sie diese Stellung inne. Nur 56 Kilometer trennen die beiden am engsten beieinander liegenden Hauptstädte Europas Wien und Bratislava. Seit zehn Jahren verbindet der Twin City Liner die beiden Städte, bis zu fünf Mal täglich pendeln zwei Schiffe im Linienbetrieb auf der Donau. Seit dem Start im Jahr 2006 waren fast 1,2 Millionen Passagiere mit den Schiffen unterwegs. Der Twin City Liner ist jedoch nicht nur Publikumsmagnet, sondern auch Musterbeispiel dafür, dass die beiden Städte Wien und Bratislava immer stärker zu einer Region zusammenwachsen.

Stadtrechnungshof Wien

Arbeitsbesuche und Studienaufenthalte …

… garantieren den Austausch weit über die Stadtgrenzen hinweg.

Die **„Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens" (EURORAI)** ist ein Kooperationsprojekt von regionalen Einrichtungen der öffentlichen Finanzkontrolle in Europa. Dieses Projekt bietet u.a. einen Rahmen für den internationalen Erfahrungsaustausch von regionalen Kontrolleinrichtungen. Schwerpunkte bilden u.a. der Austausch und die Behandlung von internationalen Standards zur Durchführung von speziellen Gebarungsprüfungen und auch die Möglichkeit zur Teilnahme an internationalen Austauschprogrammen und Fortbildungskursen für Bedienstete der Mitglieder von EURORAI. Im Berichtsjahr trat die Stadt Wien, vertreten durch den Stadtrechnungshof Wien, der EURORAI bei und ist derzeit mit sechs weiteren österreichischen Landesrechnungshöfen in diesem Gremium als Mitglied vertreten.

Der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit Kontrolleinrichtungen auf internationaler Ebene werden vom Stadtrechnungshof Wien schon seit vielen Jahren gepflegt und wurden im Jahr 2014 in gewohnter Weise fortgesetzt und auch ausgeweitet. Neben Arbeitsbesuchen bei den Kontrollämtern Zagreb und Bratislava sowie bei der Internen Revision der Stadtverwaltung der Stadtgemeinde Ljubljana, besuchte der Stadtrechnungshof Wien erstmals den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg. Einen Erstbesuch stellte auch der Empfang des Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes der Republika Srpska bei der Wiener Kontrolleinrichtung dar. Darüber hinaus absolvierte eine Mitarbeiterin des Stadtrechnungshofes Wien einen vierwöchigen Aufenthalt bei der Inspection Générale de Paris.

Arbeitsbesuch beim Zagreber Kontrollamt

Anfang Jänner 2014 besuchte eine Delegation des Stadtrechnungshofes Wien das Kontrollamt der Stadt Zagreb. Gegenstand dieses Treffens waren primär Vorträge und Diskussionen über die Finanzierung des Sportsektors in Zagreb und Wien, eine Präsentation über Prüfungen von Sportsubventionen seitens des Kontrollamtes Zagreb sowie ein Abstimmungsgespräch zur geplanten gemeinsamen Prüfung der Sportsubventionen. Diese geplante gemeinsame Prüfung (Parallelprüfung) basiert auf einer Vereinbarung zwischen dem Kontrollamt der Stadt Zagreb und dem Stadtrechnungshof Wien, die Sportförderungen in beiden Städten gleichzeitig zu prüfen.

In der Folge fand Anfang September 2014 ein Arbeitstreffen zwischen dem Kontrollamt Zagreb und dem Leiter des Stadtrechnungshofes Wien statt. Gegenstand war u.a. die Präsentation und Evaluierung der Ergebnisse der gemeinsamen Prüfung (Parallelprüfung) zum Thema Sportförderung. Darüber hinaus wurde eine Präsentation zum Bericht des kroatischen Rechnungshofes über die „Finanzielle Prüfung der Stadt Zagreb für das Jahr 2013" von der stellvertretenden Kontrollamtsdirektorin des Zagreber Kontrollamtes durchgeführt.

Arbeitstreffen Ljubljana im Februar 2014

Eine Delegation des Stadtrechnungshofes Wien besuchte in Begleitung des Stadtkontrolleurs von Bratislava die Interne Revision der Stadtgemeinde Ljubljana. Inhalt dieses Arbeitstreffens war die Vorstellung des „Systems der internen Revision der öffentlichen Finanzen in Slowenien" sowie des „Gemeinsamen Dienstes für Interne Revision in der Stadtgemeinde Ljubljana". Die Eröffnung eines Erfahrungsaustausches von Kontrolleinrichtungen der Städte Ljubljana und Bratislava auf Initiative des Wiener Stadtrechnungshofes stand ebenfalls im Vordergrund der Gespräche.

Internationales Treffen von Kontrolleinrichtungen

Anfang Mai 2014 empfing der Stadtrechnungshof Wien erstmalig vier ausländische Kontrolleinrichtungen zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Im Wappensaal des Wiener Rathauses wurde mit VertreterInnen der Kontrollämter Zagreb und Bratislava, der Internen Revision der Stadtgemeinde Ljubljana sowie der Kontrolleinrichtung der Stadt Paris, der Inspection Générale de Paris, eine Fachtagung zu Themen wie

„Whistleblowing“, Korruptionsprävention, Unabhängigkeit von Kontrolleinrichtungen oder der Finanzierung des Sports abgehalten.

Arbeitsbesuch beim Rechnungshof Hamburg

Ebenfalls im Mai 2014 war eine Delegation des Stadtrechnungshofes Wien zu einem Arbeitsbesuch im Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg geladen. Im Rahmen des dreitägigen Treffens wurden die Rechtsstellung und Organisation der Prüfeinrichtung, der Jahresberichtsprozess, die Kooperation des Rechnungshofes der Hansestadt mit dem deutschen Bundesrechnungshof sowie der „Bürgerhaushalt“ erörtert. Das System der Hamburger „Vorprüfungsstellen“, die Problematiken rund um kostenstabiles Bauen (Elbphilharmonie) sowie die Prüfung von Subventionen im Bereich Kultur, Sport und Wirtschaft bildeten einen weiteren Schwerpunkt.

Besuch beim Rechnungshof Hamburg. / © Stadtrechnungshof Wien

Delegation der Republika Srpska im Stadtrechnungshof Wien

Der Stadtrechnungshof Wien empfing eine Delegation des Rechnungshofes der Republika Srpska (Bosnien-Herzegowina) am 11. Juni 2014 zum Gedankenaustausch. Neben allgemeinen Erörterungen zu Aufbau und Organisation der beiden Einrichtungen wurde seitens des Stadtrechnungshofes Wien die „Prüfarchitektur Österreichs“ vorgestellt und ein Überblick über die bisherigen Aktivitäten des Wiener Stadtrechnungshofes im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten präsentiert. Die Gäste aus Bosnien-Herzegowina bekundeten Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit.

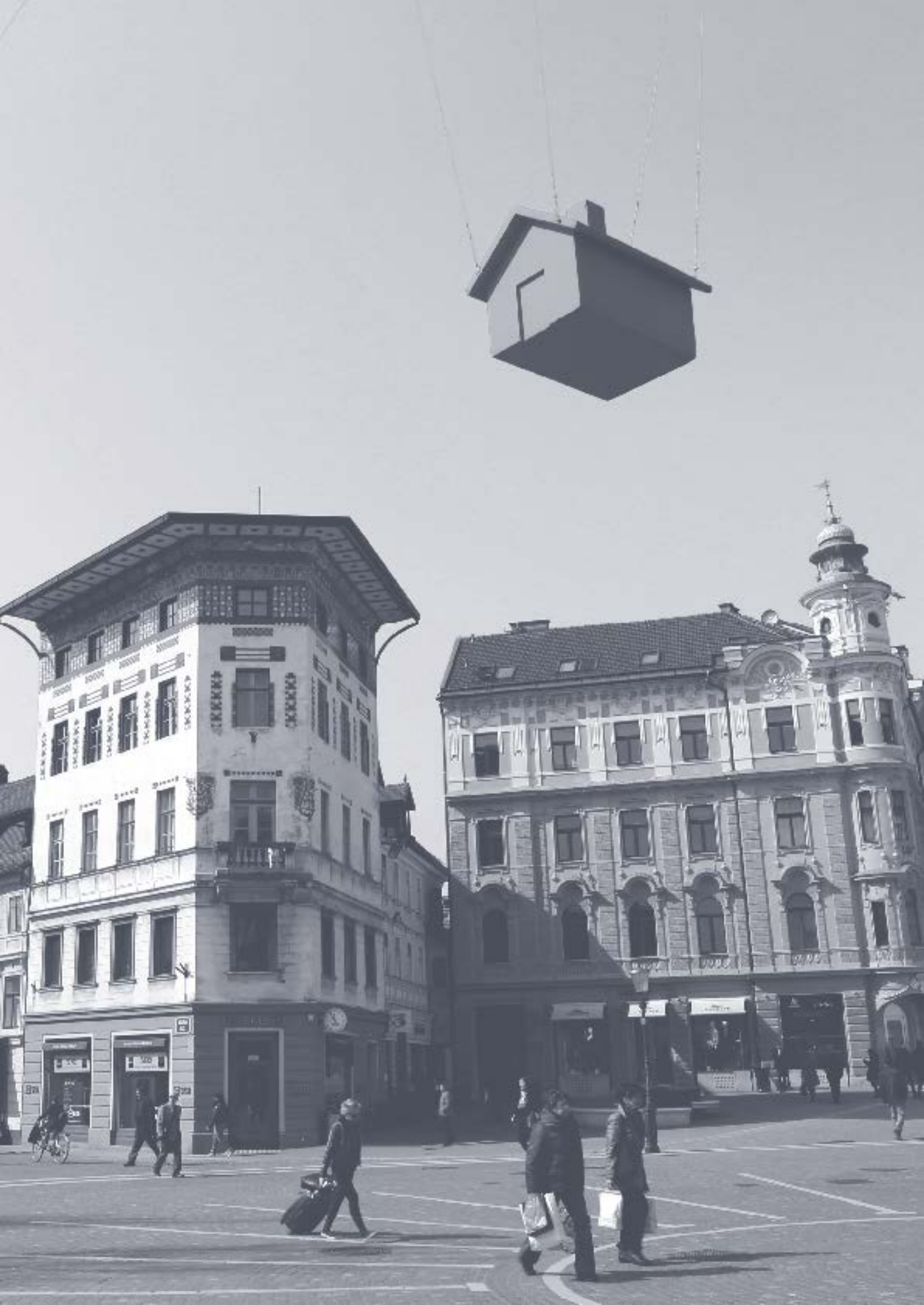
Arbeitstreffen Bratislava Oktober 2014

Zum Thema „Beteiligungsmanagement“ fand am 21. Oktober 2014 ein Arbeitstreffen der Kontrolleinrichtungen der Städte Bratislava und Wien statt. An den Gesprächen nahmen u.a. der Vize-Bürgermeister der slowakischen Hauptstadt, die beiden Leiter der städtischen Kontrolleinrichtungen sowie der Leiter der Kontrolleinrichtung auf Ebene des Selbstverwaltungskreises Bratislava teil.

Fachbesuch in der Finanzdirektion der Stadt Paris

Vom 12. Mai bis 6. Juni 2014 hatte eine Prüferin des Stadtrechnungshofes Wien Gelegenheit die Arbeits- und Funktionsweise des „Bureau des Sociétés d’économie mixte (SEM)" in der Finanzdirektion der Stadt Paris kennenzulernen. Im Zuge dieses vierwöchigen Aufenthaltes wurden rechtliche Aspekte und die Tätigkeiten des Büros des SEM im Zusammenhang mit dem Verwaltungsrat und den Fachdirektionen erörtert sowie der Besuch ausgewählter SEM-Einrichtungen vorgenommen. Einblicke über die Vorgehensweise bei der Veröffentlichung von Prüfergebnissen der Inspection Générale de Paris im Zusammenhang mit SEM bildeten weitere Schwerpunkte.

Internationales Treffen im Rathaus Wien. / © PID



DOSSIER: Europäische Städtepolitik – Urban Europe

Latest News

Zwei aktuelle OECD-Studien, „Governing the City“ und “The Metropolitan Century. Understanding Urbanisation and its Consequences” bieten sich als vertiefende Lektüre zum Thema an. Sie gehen davon aus, dass Städte im Jahr 2050 sechs Milliarden EinwohnerInnen zählen werden, zu Beginn des nächsten Jahrhunderts werden neun Milliarden erwartet. Diese Zahlen sind noch beeindruckender, wenn man bedenkt, dass die städtische Bevölkerung 1950 nur rund eine Milliarde betrug. Wir leben derzeit im „Jahrhundert der Metropolen“, die funktionierende Verwaltung der urbanen Agglomerationen hat entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung und die Lebensqualität rund der Hälfte der Weltbevölkerung, die in den 300 Metropolregionen mit mehr als 500.000 EinwohnerInnen lebt. Die StudienautorInnen gehen davon aus, dass zwei Drittel der Metropolregionen weltweit bereits über spezielle Organisationsformen („metropolitan governance bodies“) verfügen, die für die abgestimmte Gesamtentwicklung der Metropole verantwortlich sind.

„However, metropolitan governance arrangements come with great diversity and are rarely binding. Four main types of arrangements emerge from OECD experience: informal/soft co-ordination (52% of OECD etropolitan areas that have a metropolitan governance body); inter-municipal authorities (24%); supra-municipal authorities (16%); and a special status of “metropolitan cities” (8%). There is considerable diversity among (and sometimes even within) these four categories in terms of legal status, composition, power, budget and staff. For example, less than one quarter of OECD metropolitan areas has a governance body that can impose regulations.” (OECD (2015), Governing the City, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264226500-en).

Das gute Funktionieren der Metropolen ist für mehr als die Hälfte des weltweit erarbeiteten BIPs verantwortlich, sind sie doch die Zentren von Produktivität und Innovation und stellen für die umgebende Region Waren und Dienstleistungen zur Verfügung. „While innovation can happen anywhere, it occurs especially in highly urbanised areas. Cities are thus crucial in pushing out the productivity frontier, thereby becoming positive spillover effects on the economic performance of surrounding regions that is measurable up to a distance of 200 – 300 kilometres.” (OECD (2015), The Metropolitan Century: Understanding Urbanisation and its Consequences, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264228733-en).

Auch die Frage, was – neben einem guten Funktionieren – eine Stadt nun erfolgreich macht, stellen sich die AutorInnen: *„Successful cities typically attract population, have high levels of economic activity and are well organised. What are the secrets behind the success of these cities? The economic performance of a city is influenced by a complex set of policies at the national and local level, but one can identify some broad patterns regarding economic performance that hold across most cities. For example, the productivity levels of cities (and thus their gross domestic product, GDP) depend on their population size. Larger cities are generally more productive. A large share of highly educated people also has important benefits for productivity levels. Also the governance structure of a metropolitan area matters. The fragmentation of a metropolitan area into a large number of municipalities is negatively reflected in its economic strength.”* (OECD (2015), The Metropolitan Century: Understanding Urbanisation and its Consequences, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264228733-en).

Bevor Sie weiterlesen …

Das Schwerpunktthema dieses Europaberichts ist ehrgeizig: „Urban Europe“ geht von Maltas Hauptstadt Valletta bis nach Hammerfest nördlich des Polarkreises. Es umfasst Millionenmetropolen wie Paris und London, aber auch Pilsen, die europäische Kulturhauptstadt 2015 mit ihren knapp 170.000 EinwohnerInnen. Das „städtische Europa“ sieht sich mit den unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert. Rotterdam gilt als größter Seehafen Europas und bedeutendster Umschlagplatz der Weltwirtschaft, Millionen Tonnen von Erdöl kommen hier jährlich an, was die Stadt zu einem der riskantesten Plätze Europas macht. Malmö hingegen hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 klimaneutral zu sein. Mobilität, Wohnen, Daseinsvorsorge sind Schlagworte, die jede Stadt zur Genüge kennt. Soziale Inklusion, Klimawandel und Wettbewerbsfähigkeit zählen genauso zu den Topthemen der Städtepolitik.

In diesem Sinn ist es unmöglich, dem urbanen Europa im Rahmen einer einzigen Publikation gerecht zu werden. Zu vielfältig sind die relevanten Themenkomplexe, zu kontrovers manche Herangehensweisen. Trotzdem wollten wir versuchen, der europäischen Städtepolitik zumindest den Ansatz jenes Platzes einzuräumen, der ihr zusteht. Schließlich sind Städte die Brennpunkte jeder Entwicklung, nehmen vieles vorweg, erleben das meiste in einer fokussierten Form. Die europäische Städtepolitik hat bereits eine recht lange Geschichte mit vielen Auf und Abs, Erfolge, aber auch Rückschlägen. Sie werden auf den folgenden Seiten nicht nur die Möglichkeit haben, einen geschichtlichen Abriss zur Städtepolitik der EU, sondern auch eine sehr anschauliche Schilderung ihres Kompetenz- und Organisationsgefüges zu lesen. Den vielen aktuellen Themen und Herausforderungen europäischer Städte sind weitere Beiträge gewidmet. Städtekooperation, organisiert in Netzwerken oder punktuell zu aktuellen Problemstellungen, steht Städtekonkurrenz um wirtschaftliches und politisches Pouvoir gegenüber. Wien sieht sich dabei manchmal in der privilegierten Position, anden als Vorbild oder Meinungsführer dienen zu können: der Wiener Smart City Ansatz unterscheidet sich in seiner sozialen Ausrichtung von so manch anderem, Wiens Engagement für den sozialen Wohnbau findet europaweit Unterstützung, die Lebensqualität in Wien steht seit Jahren an erster Stelle entsprechender Rankings. Städtische, nationale und internationale ExpertInnen stellen in ihren Beiträgen ihr Wissen und ihre Überlegungen zur Verfügung, es sind nur Blitzlichter auf das urbane Europa, aber sie sind durchaus erhellend.

© Media Wien

Es bleibt der MA 27 – Europäische Angelegenheiten als Herausgeberin des Europaberichts jetzt nur noch, Ihnen eine interessante und aufschlussreiche Lektüre zu wünschen!

Cities as engines of sustainable competitiveness.

Autor:

Hans Verdonk
EU Representative of the City of Rotterdam
h.verdonk@G-4.eu

In the running up towards the Dutch EU presidency in the first half of 2016 the city seems to have been rediscovered. The places where the majority of Europeans live, where solutions for today's' challenges have to be found, and where EU policies and legislation come together and are being implemented on the ground. City administrations and many of their partners are obviously aware of these facts, but strangely enough the use of their knowledge and experiences has been mostly incidental or limited to the early stages of European decision making.

www.rotterdamimagebank.nl / Oben: © Ossip van Duivenbode, unten: © Jan Bijl

www.rotterdamimagebank.nl / © Ossip van Duivenbode

Already in 1986 the mayors and leaders of six so-called second cities met in Rotterdam to discuss the study "Cities: engines behind economic recovery" [1]. At this occasion the EUROCITIES network was founded. Starting with six founding fathers, today the organisation represents the interests of over 130 of Europe's largest cities and 40 partner cities to the European institutions and is acting as the platform for exchange of knowledge and cooperation of these cities.

During EUROCITIES' 25th Anniversary the researchers of the 1986 study, who founded in 1988 the European Institute for Comparative Urban Research EURICUR, and representatives of the city of Rotterdam felt the time was right for a follow-up study to provide a scientific boost to the urban debates. The idea for "Cities as engines of sustainable competitiveness" was born. This study was conducted in two parts. The first is looking back at the developments over the last 25 years in eight European cities and includes an in-depth overview of 50 years of urban policies in Europe. The second part focuses on innovative city strategies in these cities to deliver sustainable competitiveness. By working closely together with PwC and the Institute for Housing and Urban Development Studies (IHS) this part of the study was extended by one European city and fifteen non-European cities on all continents. The results of both studies were presented at the iUrban conference in April 2014 in Rotterdam. At the same time the first part of the study was officially published by Ashgate Publishing limited. The second part of the study is currently being edited for publication later this year.

The next article is part of this extensive research and highlights the main findings from the overview of 50 years of EU policies. Subsequently you will find the 'Summary and key takeways' part of the Summary report of the second part of the study.

1) Klaasen, Van den Berg, Van der Meer, The City, engine behind economic recovery, Aldershot, Avebury, 1989.

Fifty years of EU urban policies.

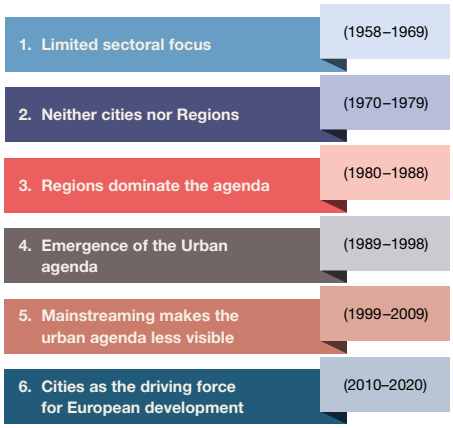
Hans Verdonk

This article is based on the chapter “Urban policies in Europe” by H. Verdonk, published in “Cities as engines of sustainable competitiveness. European urban policy in practice” by Van den Berg, Van der Meer, Carvalho (editors), Ashgate Publishing Limited, 2014, pages 11–3.

Last year it seemed the cities were prominently put on the European agenda. The Cities of Tomorrow conference in February. The consultation on a future Urban Agenda starting in July. The first gathering of the Urban Development Network in October. And let’s not forget the reinstatement of the Urban Intergroup at the European Parliament. It finally seemed to have paid of to have a Commissioner really knowing what the city is all about. Unfortunately, the new Commission took several steps back by refocusing its efforts on a rather limited amount of major issues, the urban agenda not being one of them. This situation seems rather similar to the year 1998 when the results of the very successful first Urban Forum, organised in Vienna’s City Hall were not followed up by the wide range of actions concluded. However, this time the upcoming Dutch EU presidency in the first half of 2016 might ensure a more robust urban agenda will be implemented in the near future.

To appreciate the current debates it is useful to see where these are coming from. Traditionally, research has focused on regional policy taking the region, not the city as its starting point. This research often finds its basis in EU regional policy and explains for example the rationale behind it: how it has been constructed, what the results in the various EU regions are, and how its governance works. Researchers of the urban dimension of these policies have traditionally followed the same approach and describe how the position of cities in regional policy has evolved over the funding cycles by indicating how much of the budget is available to cities. A good example of this approach is the insightful article “Urban policy in Europe. Where have we been and where are we going” by professor Michael Parkinson in Europaforum Wien’s 2005 publication “European Metropolitan Governance. Cities in Europe – Europe in the cities”[1].

Almost 10 years and two budget cycles later it seemed necessary to look behind these overviews and identify the politics behind the policy and budget preparations and the increased involvement of cities in this process. In the research “Urban Policies in Europe” the original documentation of the European Institutions has been used and by comparing the proposals with the adopted versions and how these were actually implemented on the ground. This has resulted in six stages of urban policies in Europe.



Stage 1 – limited sectoral focus (1958–1969)

Although the primary European concern during the early 1950s was not an urban one, a programme for low cost urban housing was already initiated in 1953. As part of the European Community on Coal and Steel it was clearly limited to the urban areas in coal and steel regions. At that time the European cooperation was however still very fresh and limited to specific fields. After the Treaty of Rome entered into force in 1958 and economy was added to the European Community a broader view slowly developed, including attention to local and regional questions. “It was felt that the approach of the experts to regional policy was too technical and neglected the human aspects of the problems affecting persons living in the regions concerned. Europe can not have regions which are systematically neglected. Therefore permanent liaison must be established with local authority organisations in order to ensure closer contact between Community bodies and those representing the regions”[2]. As a result a Joint Study Group for regional and local questions was set up by the European Parliament in 1961.

Three years later the Commission of the European Communities (hereafter Commission) published three reports on the problems of regional development, one of them including the renovation of urban structures as an option for regional conversion. It was stated that “all concerned, including the various local bodies, must play an active part in the planning and execution of policy in each region”[3]. The report furthermore described the need for subsidiarity more than 25 years before it was included in the Treaty of Maastricht, identified town planning and public utilities as areas of investment and suggested to study the costs of excessive urban concentration. The Commission’s regional policy that was finally proposed in 1969 included the urban dimension identified in the report of 1964. It furthermore concluded that “the vast majority of people in all the Community

1) Antalovsky, E., et at, 2005, Vienna and Liverpool.

2) European Parliament, Report on the communication from the Commission of the European Communities to the Council(Doc. 183/77) concerning guidelines for Community regional policy. EP document 307/77 of 10 October 1977 Strasburg.

3) Commission of the European Communities, regional Policy in the European Community: 1st Memorandum by the Common Market Commission to the Council of Ministers on regional policy in the EEC, SEC(65)1170 of 11 May 1965, Brussels, page 7.

countries are turning towards an urban way of life, so this is a considerable problem of common interest"[4]. However, these views did not result in the recognition of urban regions in the legal text proposed at that time.

Stage 2 – Neither cities nor Regions (1970–1979)

The enlargement of the EU in the 1970s paved the way for a regional policy. The focus of this policy was to "ensure that efforts to attract new development in the problem regions are accompanied by "decongestion" arrangements … and encourage decentralisation of these industries and of other activities towards regions which need them"[5]. Even though the term regional policy was used, it was primarily the Member States and the Commission deciding on the projects. The Commission's legal text stated that European aid "shall be limited to those aided areas established by Member States in applying their systems of regional aid"[6]. As a result the idea, what a region was, differed considerably. The Regional Policy Committee, set up to coordinate the regional policies of the Member States concluded already in October 1975 that "Member States should prepare these programmes by regions and areas or by groups of regions taking into account in particular the institutional framework and the statistics available"[7].

From the start of the new policy there were questions on its effectiveness. The European Parliament considered that "these regional programmes should be worked out and implemented with the active participation of local and regional authorities and the social partners concerned"[8]. In European social policy it was already recognised that "in so far as public authorities have a share in this operation, has prompted the Commission to define the term "public authority" in its proposal in a way that covers the very many sources of public financing and encourage coordination of efforts at the most suitable level"[9]. Furthermore, in preparing for a new programming period it was included that the aim of the Social Fund "was to stimulate and encourage new initiatives at regional and local level"[10]. In the same period the regional policy reform focused at a shift from the support of individual projects to integrated programming. Testing this new approach several pilots were started, the first two being aimed at the urban areas of Naples and Belfast[11]. In its 1979 annual report the Commission stated that the new programmes should be developed in "co-operation between its departments for the Regional Fund and national government departments at central, regional or local level"[12].

Even though regional economic and social policy traditionally receive the most attention, it was in fact the Community's environmental policy that probably had the strongest urban dimension, already since the first Community action plan of 1972. Improving air quality in urban areas, reducing transport and traffic noise and supporting town planning were considered crucial elements[13]. As a result specific legislation was prepared to reduce pollution by sulphur dioxide from industry and energy production and lead from transport fuels. Furthermore, the second environmental action plan for the period 1979–82 added a research agenda on several urban waste related issues to the actions.

Stage 3 – Regions dominate the agenda (1980–1988)

In the first evaluations of the renewed regional policy an apparently rather limited recommendation actually resulted in a major shift in focus. The NUTS-II level was considered as the most appropriate geographical level for analysis (as more detailed data was not available EU-wide) which resulted in European regional policy shifting its focus from the Member States to regional authorities. This all occurred against the background of a further enlargement of the Community with countries seriously behind in economic development, and substantially increased EU budgets. The focus of regional policy shifted further to integrated programming, but with limited urban involvement. The two pilots in Naples and Belfast encountered difficulties in their implementation and new so-called Integrated Mediterranean Programmes specifically excluded the large Italian and French cities[14].

More successful was the shift from the "reimbursing Member States for national programmes" approach to multi-annual programming, based on five communitywide objectives, a "partnership between the Commission and national, regional and local authorities in the development process", and "reinforcing the complementarity of Community structural interventions with national, regional and local sources of

4) Commission of the European Communities, A regional policy for the Community, COM(69)950 of 15 October 1969, Brussels, page 40.

5) Commission of the European Communities. Communication on the regional problems in the enlarged Community, COM(73)550 of 3 May 1973, Brussels, page 5.

6) Council of the European Communities, Council Regulation 75/185/EC of 18 March 1975 setting up a Regional Policy Committee, Official Journal of the European Communities L73 of 21-3-1975, pages 47–48.

7) Commission of the European Communities, Outline for Regional Development Programmes, Official Journal of the European Communities C36 of 9-2-1979, pages 10–11.

8) European Parliament, Second report on the proposals from the Commission of the European Communities to the Council (Doc. 152/73) for I. a decision on the creation of a Committee for Regional Policy, II. A financial regulation relating to special provisions to be applied to the European Regional development Fund, III. A regulation establishing a Regional Development Fund, EP PE34.405 fin of 13 November 1973, Strasburg, point 13.

9) Commission of the European Communities, Reform of the European Social Fund: the Commission proposes the implementing regulation, Press Release P/12/71 of March 1971.

10) Commission of the European Communities, Fifth report on the activities of the European Social Fund. 1976 Financial Year, COM(77)398 of 28 July 1977, Brussels, point 58.

11) Commission of the European Communities, European Development Fund, Fifth annual report, COM(80)460 of 29 July 1980, Brussels-Luxemburg.

12) Ibid 11, point 19.

13) Commission of the European Communities, Communication from the Commission to the Council on a European Communities' programme concerning the environment, SEC(72)666 of 22 March 1972, Brussels.

14) Commission of the European Communities, The Integrated Mediterranean Programmes, European File 1/86 of January 1986.

financing and thus increasing their efficiency and impact"[15]. The principles for these reforms were included in the Single European Act which went into force on 1 July 1987. The regional policy's legal texts included employment areas and "urban communities with an unemployment rate of at least 50% above the Community average which have recorded a substantial fall in industrial employment"[16] as areas for intervention. The fund specific regulation furthermore identified "investment relating to the regeneration of areas suffering from industrial decline, including inner cities"[17] as a funding opportunity. And finally within the Communities social policy stronger focus was put on the role of local employment initiatives in particular in delivering the employment objectives for long term and youth unemployment[18].

Environmental policy was also specifically included in the Treaties providing a basis for further improving environmental and health issues through dedicated environmental action programmes. In particular the fourth programme (1987–92) included several new urban themes even though it was recognised that the investments required were too substantial for the Commission to support[19].

15) Commission of the European Communities, European Regional Development Fund, Ninth annual report (1983), COM(84)522 of 27 September 1984, Luxemburg, point 33.

16) Commission of the European Communities, Council Regulation 2052/88/EC of 24 June 1988, Official Journal of the European Communities L185 of 15-7-1988, page 14, article 9).

17) Council of the European Communities, Council Regulation 4254/88 EEC of 19 December 1988 laying down provisions for implementing Regulation (EEC) 2052/88 as regards the European Regional Development Fund, Official Journal of the European Communities L374 of 31-12-1988, pages 15–20.

18) Commission of the European Communities (CEC 1989e), Guidelines concerning European Social Fund intervention in respect of action against long-term unemployment and occupational integration of young people, Official Journal of the European Communities C45 of 24-2-1989, pages 6–9.

19) Council of the European Communities (1987a), Resolution of the Council of the European Community and of the representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council of 19 October 1987 on the communication and implementation of a European Community policy and action programme on the environment (1987-1992), Official Journal of the European Communities C328 of 7-12-1987, pages 1–44.

Despite the focus on the (administrative) regions, the interest in the working of cities was slowly increasing and fuelled by several studies. Of particular interest is the Cheshire report of 1987 on urban problems and regional policy that identified that "The Community already has responsibility for policy in a number of areas such as environmental problems, industrial decline and spatial disparities, which have specific urban manifestations. At present, however, these policies are not co-ordinated at the urban level. One of the distinguishing features of urban problems is the complexity of policy objectives and the need to co-ordinate a wide range of policy instruments to secure the objectives of urban policy"[20].

Stage 4 – Emergence of the Urban agenda (1989–1998)

In the early 1990s several other studies were being commissioned by the European Institutions that further strengthened the foundations for an urban dimension to the Union's policies. Two should be particularly mentioned. The Europe 2000 report stated that it might "seem appropriate that the Community should take more responsibility for problems of urban poverty and deprivation"[21]. The Parkinson report "Urbanization and the function of cities in the European Community" highlighted that "The current eligible areas exclude a number of cities which have experienced substantial decline in their port-related or heavy manufacturing sectors and have suffered a variety of economic, social and environmental problems. (…) the Commissions' goal of increasing the economic and social cohesion of the regions could lead it to greater concentration on urban problems and opportunities which shape, and are shaped by, the economic and social performance of the regions"[22]. The Commission itself concluded in its first report on economic and social cohesion that "Many of the problems of adjusting to change appear to have fallen on some of the Union's major urban areas. There is a very real danger of a further fragmentation within European cities, rising unemployment and social exclusion being accompanied by a deepening of social divide between haves and havenots. In some Member States, the urban problem is already regarded as the major challenge to national cohesion and they have designed and implemented new integrated urban policies. A more focused approach may also be necessary at Union level"[23].

Within the directorate-general for regional policy it was recognised that the requirement to limit EU regional policy support to 15% of the overall population in most of the regions, many European cities, in particular the larger ones, could not benefit of the increased EU attention for their problems. Of the 58 cities with more than 200.000 inhabitants, 36 were excluded from support. Commissioner Millan acknowledged this while referring to "the special problem of inner cities, especially those not covered by the list of eligible areas, which had to be limited in view of the need to concentrate resources"[24]. To tackle these black spots in "rich" cities a specific programme was set up to fund small scale and innovative Urban Pilot Projects and since 1994 by the dedicated Community Initiative URBAN allowing for more substantial interventions.

In the same time period it was "proposed in the context of the revision of the Treaties in 1991, the inclusion of "urban decline" in the definition of the objectives of the European

20) Cheshire, P., et al, Urban problems and regional policy in the European Community, 1988, Luxemburg, page 12.

21) Commission of the European Communities, Europe 2000 Outlook for the development of the Community's Territory, COM(91)452 final of 7 November 1991, Brussels, page 202.

22) Commission of the European Communities, Urbanization and the function of cities in the European Community, Regional development studies 4, Brussels-Luxemburg, 1992, page 25.

23) Commission of the European Communities, First Cohesion report, COM(96)542 final of 6 November 1996, Brussels, page 124.

24) Commission of the European Communities, Mr Bruce Millan in Madrid: "Regional Policy in the 1990s: More important than ever", Press Release IP/89/385 of 30-5-1989.

www.rotterdamimagebank.nl / © Hannah-Anthonysz

Regional Development Fund, but this was not accepted by the European Council in Maastricht"[25]. As a result the discussion on the role of cities in relation to that of the regions continued. Even though the partnership with local authorities was already part of the regional policy approach since the mid 1980s, the Commission's annual reports concluded year after year that "While the involvement of regional authorities has become gradually more generalized, participation by the local authorities and other local actors has proved less common"[26]. In the end the Commission decided in its report over the year 1997 to cancel the section on regional partnerships.

In other policy fields the attention was growing step by step. With the strong focus on "Growth, Competitiveness and Employment", local employment initiatives were of crucial importance. In its "Action for Employment in Europe: a confidence Pact" the Santer Commission called for Territorial Employment Pacts including actions to promote local initiatives for development and employment "to make the local level more and more the appropriate level for activating employment policies"[27]. Another boost was provided for by the Amsterdam Special Action Programme set up by the European Investment Bank in 1997, including amongst others "housing investment components on a prudent basis when they are integrated in well defined urban renewal and development schemes"[28].

On the initiative of member of European Parliament Ken Collins the Commission published a green paper on the urban environment, established an expert group on the urban environment, initiated the sustainable cities project and launched the European sustainable Cities and Towns Campaign. Also other policy fields witnessed an increased urban attention reflected by amongst other the City of Tomorrow action within the research 5th Framework programme, urban mobility, sustainable energy management in the built environment, and second chance education and training in cities.

With this growing attention for urban issues within various policy fields, the need for coordination increased. At the same time the Member States started during the Dutch presidency in 1997 a series of informal Councils. The Noordwijk Council started an Urban Exchange initiative. The 1998 Glasgow informal Council concluded the need for a non-binding framework on urban policy by 2000. In parallel with these ministerial meetings the Commission published its communication "Towards and urban agenda" that "examines possibilities for improving urban development and for increasing the effectiveness of existing Community intervention in urban areas. The intention is not to develop Europe wide urban policies for matters which are best dealt with at local or regional scale. However, since it is clear that cities in the European Union are facing a number of common problems, there are also opportunities at the European scale to share and facilitate potential solutions. This would not require additional powers at the European level. Rather, much can be achieved through a more focused approach using existing instruments at national and Community level and enhanced co-operation and co-ordination at all levels"[29]. This communication was followed by an action plan on "Sustainable urban development in the European Union" which combines a total of 24 actions and was the key document for the first Urban Forum organised in 1998 in Vienna.

Stage 5 – Mainstreaming makes the urban agenda less visible (1999–2009)

The Prodi Commission that started in 1999 did not directly pick up on the results of the Wiener Städtekongress. In several fields progress towards a stronger urban dimension was realised nonetheless. In regional policy a specific strand for "urban areas in difficulty" was added. Where 50% unemployment above the Community average had been the single criterion for qualification, the new period offered more options by requiring only one of the following five criteria; long-term unemployment above the Community average, high level of poverty including precarious housing conditions, a particularly damaged environment, high crime ad delinquency rates, and a low level of education[30]. The European Parliament furthermore ensured that the URBAN community initiative was continued for a new period contrary to the Commission's original proposal to fully mainstream urban matters.

The partnership for regional policy required the mandatory involvement of regional, local and other public authorities within all stages of the programming and even explicitly included local authorities as possible bodies for operational tasks such as managing global grants and even the role of the programme's Managing Authority. Furthermore, within the 2000 guidelines for employment the Commission stated that "the special role and responsibility of local and regional authorities, other partners at the regional and local levels, as well as of the social partners, needs to be more fully recognised and supported. In addition, the role of the public employment services in identifying local employment opportunities

25) Commission of the European Communities, M. Millan at the Eurocities conference Europe: "The challenge of urban democracy" Lisbon 30, October1993, Abstract of Speech, Press Release IP/93/933 of 3-11-1993.

26) Commission of the European Communities, The implementation of the reform of the Structural Funds in 1993. Fifth annual report, 1994, Luxemburg, pages 6–7.

27) Commission of the European Communities, Action for Employment in Europe: a confidence Pact, Supplement 4/96 to the Bulletin of the European Union, pages 11-33, 1996, Luxemburg, page 25.

28) European Investment Bank, Jessica preliminary evaluation study, 2007, Luxemburg.

29) Commission of the European Communities, Towards an Urban agenda in the European Union, COM(97)197 of 6-5-1997, Brussels, page 3.

30) Council of the European Union, Council Regulation 1260/99/EC laying down general provisions on the Structural Funds, Official Journal of the European Communities L161 of 26-6-1999, pages 1–42, article 7.

and improving the functioning of local labour markets, should be fully exploited"[31].

These new possibilities were only marginally picked up as "gaining an appreciation of the urban dimension of the Structural Funds is complicated by the simple fact that few programmes focus solely on urban areas, and, equally, few measures take an explicit urban focus. The exception to this is the Urban Community Initiative"[32]. Similarly, in the employment policies "the urban focus of Objective 3 is largely coincidental – a consequence of where target groups reside rather than positive planning"[33]. This failure to properly include urban issues was mirrored by a general worry about the lack of involvement of partners in European decision making. Ensuring the proper implementation of the Nice Treaty of 2001, the Commission published a white paper on European governance envisaging amongst others stronger interactions with local and regional authorities[34].

At the same time the Lisbon strategy was launched that had to ensure the Union would become "the most competitive and dynamic knowledge based economy in the world capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion"[35]. In particular in the field of sustainable development new opportunities opened up as cities were seen as both part of the problem and the solution. The 2001 white paper on urban transport put forward a large number of proposals. Unfortunately it took till 2007 until these were further developed in a green paper and two years later in an action plan amongst others aiming to set up Sustainable Urban Management Plans. In the field of energy efficiency an action plan identified the large savings potential when decentralising energy management and involving local participation. The 2002 Energy Performance in Buildings Directive is one of the first measures addressing this issue. The Covenant of Mayors initiative that started in 2008 is another main step in acknowledging the crucial role of cities in realising Europe's objectives. Within the field of environment seven thematic strategies were created including those for Waste prevention and recycling, Air Quality, and the Urban environment.

Meanwhile, the intergovernmental cooperation delivered on its commitment to present an informal non-binding framework by presenting the Lille agenda at the November 2000 informal meeting of ministers. The next presidencies each dealt with a specific topic from this agenda, but not much later the focus shifted to the role of municipalities in sparsely populated regions and on islands. The 2004 Dutch presidency gave the debate new energy by putting national urban policies on the agenda. The Rotterdam Urban Acquis started a process leading to the Leipzig Charter on the European Sustainable City in 2007. With this charter "ministers responsible for urban development agreed on guidelines for an integrated urban development policy which covers economical, social and environmental dimensions, represents a fundamental element of a national urban policy and develops strategies for action on socially and economically deprived urban areas as well as on cities as a whole"[36]. In the same period two important institutional changes took place in Brussels. First the European Parliament established the Urban-Housing intergroup in 2005, that developed into the political platform on urban issues. Second the Commission set up an Interservice group on urban development bringing together policy officers from different directorates to:

– Promote integrated sustainable urban development within cohesion policy.

– Identify initiatives under other policies supporting sustainable development of urban areas and ensure the necessary interservice cooperation.

– Ensure partnerships between the institutions and associations of cities[37].

Against this background the Commission decided to refocus its cohesion policies to the Lisbon agenda and mainstream the Community Initiatives such as Urban into the policy's main objectives. The limitation on coverage was dropped, so all of the Union's territory could benefit from structural funds support. As the large number of inhabitants of regions previously not being supported would shift the funding away from the traditionally supported regions, it was decided that no region would face a decrease (or increase) of more than 25% compared to the previous funding period. Within the legal texts a specific article was included for "the development of participative, integrated and sustainable strategies to tackle the high concentration of economic, environmental and social problems affecting urban areas"[38]. Originally the Commission proposed the inclusion of mandatory urban elements. The intention was "to reinforce the place of urban issues by fully integrating actions in this field into the programmes. To carry this out, at the beginning of the next programming period, each Member State would propose a list of urban areas which would benefit from specific action within the programme. (…) Critical to the success of urban actions is the involvement

31) Council of the European Union, Decision 2000/228/EC of 13 March 2000 on guidelines for Member States' employment policies for the year 2000, Official Journal of the European Communities L72 of 21-3-2000, pages 15–20.

32) ECOTEC, ESPON action 2.2.3: Territorial effects of the Structural Funds in urban areas. A final report to the ESPON coordination unit, 2004, Birmingham.

33) Ibid 32, page 71.

34) Commission of the European Communities, European Governance A White Paper, COM(2001)428 of 25 July 2001, Brussels.

35) Council of the European Union, Lisbon European Council 23 and 24 March 2000 Presidency conclusions, 2000, Brussels.

36) Presidency of the European Union, Conclusions of the German EU Council Presidency on the Informal Ministerial Meeting on Urban Development and Territorial Cohesion, 24 and 25 May 2007, Leipzig.

37) European Commission, Inter-Service group on Urban Development, The urban dimension in European Union policies 2010, - Introduction and Part I, Brussels 2010, page 5.

38) Council of the European Union, Regulation 1080/06/EC of 5 July 2006 on the European Regional Development Fund and repealing Regulation (EC) No 1783/1999, Official Journal of the European Communities L210 of 31-7-2006, pages 1–11.

© www.rotterdamimagebank.nl

of the city authorities both in the design of programmes and in the management. It is therefore envisaged that an arrangement involving a sub-delegation of responsibilities to these authorities would be necessary within the regional programmes"[39]. However, in the adopted text the words "where appropriate" were added and as a result there were actually "few signs of direct local involvement in the design of European Regional Development Funds operational programmes"[40].

An equally interesting development was the adding of territorial to economic and social cohesion in the Lisbon Treaty of December 2007. Furthermore, in the Treaty text several types of regions were added, including rural areas, areas affected by industrial transition, and those suffering from severe and permanent natural or demographic handicaps. "In other words almost all types of regions are included except for the urbanised and metropolitan regions"[41]. To further develop the concept of territorial cohesion a green paper was published in 2008. It identifies the role cities play in cohesion, highlights the development of metropolitan bodies and stresses that sectoral policies require improved coordination with territorial policies[42]. So the importance of urban areas was more and more recognised but still not fully reflected in all legal frameworks and actual implementation of policies.

Stage 6 – Cities as the driving force for European development (2010–2020)

The last five years it seemed the cities were finally taking their proper place on the European agenda. The second Barosso Commission that took office in February 2010 continued to build on the more focused approach of the Lisbon strategy. Under the name Europe 2020 the focus was on smart, sustainable and inclusive growth and required that "All national, regional and local authorities should implement the partnership, closely associating parliaments, as well as social partners and representatives of civil society, contributing to the elaboration of national reform programmes as well as to its implementation"[43].

In line with the Europe2020 strategy the research programme was renamed Horizon2020 and included amongst others a budget line for Smart Cities and Communities. These budgets are needed to ensure the ambitious targets of several policies will be met. Especially air quality in urban hot spots, the realisation of nearly zero energy buildings and the renovation of existing buildings, as well as the transition to cleaner and eventually fossil fuel free transport as laid down in the 2011 transport white paper requires new technologies and solutions to be tested and demonstrated.

In preparing for the new financial framework 2014–2020 some interesting urban features were (re)introduced within Europe's regional policy and social cohesion policy. First of all an urban bonus of € 4 per inhabitant per year was proposed for cities with over 250.000 inhabitants, raising a total of € 2.5 billion for Europe's largest cities. Similarly the restriction that no region should receive not less (nor more) than 25% of the budget of the previous period was cancelled. As a result the budget shifted to the regions with most inhabitants although it is finally up to the Member State to decide how these budgets are (re)distributed over its regions. The partnership was to be strengthened by further increasing the role of cities by ways of a Partnership Contract and a European Code of Conduct with minimum requirements on partnerships. Within the European Social Fund "The mobilisation of regional and local stakeholders is necessary to deliver the Europe 2020 strategy and its headline targets. Territorial pacts, local initiatives for employment and social inclusion, community led local development strategies and sustainable urban development strategies may be used and supported to involve more actively regional and local authorities, cities, social partners and non-governmental organisations in the implementation of programmes"[44]. Furthermore, Member States would be required to program at least 5% of regional development funds for integrated urban development by a number

39) Commission of the European Communities, A new partnership for cohesion. Convergence, Competitiveness, Cooperation. Third report on economic and social cohesion, 2004, Luxemburg.

40) Commission of the European Communities, `Fostering the urban dimension. Analysis of the Operational Programmes co-financed by the European Regional Development Fund (2007-2013), Working document of the Directorate-General for Regional Policy, 25 November 2008, Brussels, page 5.

41) H. Verdonk, "Urban policies in Europe", published in "Cities as engines of sustainable competitiveness. European urban policy in practice" by Van den Berg, Van der Meer, Carvalho (editors), Ashgate Publishing Limited, 2014, page 35.

42) Commission of the European Communities, Green Paper on Territorial Cohesion. Turning Territorial Diversity into Strength, COM(2008)616 final of 6 October 2008, Brussels.

43) Commission of the European Communities, EUROPE 2020 A strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010)2020 final of 3 March 2010, Brussels, page 29.

44) Commission of the European Communities, Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council laying down common provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund, the Cohesion Fund, the European Agricultural Fund for Rural Development and the European Maritime and Fisheries Fund covered by the Common Strategic Framework and laying down general provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund and the Cohesion Fund and repealing Regulation (EC) No 1083/2006, COM(2011)615 final of 6 October 2011, Brussels, page 9.

of preselected cities. The budget line for innovative actions that existed in the first half of the 1990s was re-establish and finally an Urban Development Platform would be established to ensure a direct link with those cities benefitting from the various programmes and the Commission.

As could be expected the urban bonus was the first element lost in the negotiations with the Council. Later on the partnership proposals were weakened, by changing it from a contract top an agreement between the Commission and the Member States. The legislative texts for the ESF primarily focus at including the social partners and other stakeholders. Outside the mandatory 5% for integrated urban development the role of cities in the programmes seem to be limited.

At the same time policy development focused on a systematic inclusion of the urban dimension in EU policies. Under the lead of Commissioner Hahn several steps were taken starting within Regional Policy. The 2010 fifth Cohesion report identified "the need for an ambitious urban agenda with financial resources more clearly identified to address urban issues and a stronger role for local authorities in the design and programming of urban development strategies"[45]. A year later the seventh progress report "The urban and regional dimension of Europe 2020" concludes that "When designing regional growth strategies, cities should play an active role. Cities are uniquely placed to promote innovation by offering firms of all sizes the dynamic environments they need to succeed. They are at the forefront in the fight against climate change, creating new models of urban development with even higher resource efficiency. Last but not least, cities have a disproportionate share of social problems and poverty. As the Europe 2020 targets aim to increase employment and reduce poverty and exclusion, cities need to address urban deprivation and the disconnection from the labour market, especially in the EU-15"[46]. Also the cities of tomorrow report called for a strengthened urban development model. To better reflect these views the co-ordinating directorate-general was renamed in "Regional and Urban Policy" on 1 October 2012. The debates further developed during the Cities of Tomorrow conference in February 2014 and culminated in a consultation on a future Urban agenda later that year.

How this acknowledgement of the role of cities as a driving force for European development will develop further still remains to be seen. The Juncker Commission that started on 1 November 2014 has decided to focus its work on a limited number of priorities, the urban agenda not being one of them. The outcomes of the consultation on an urban agenda and the possible ways to shape this agenda have not been published yet, but it seems it will primarily focus on a limited number of concrete topics. At the other hand the European Parliament is supporting "the establishment of a European Urban Agenda in order to anchor the urban dimension more efficiently in European and national policymaking and policy implementation, and thus improve the conditions for sustainable, economic and socially inclusive development of functional urban areas in Europe"[47]. Furthermore the Dutch Government has decided that the upcoming presidency of the Union in the first half of 2016 will include a ministerial conference on urban development to discuss an "Urban agenda for better regulation and innovation"[48]. Time will tell whether this requires the identification of a seventh stage of urban policies in Europe starting in 2015, or cities will continue to be seen as the driving force for European development.

Conclusions

In recent years a new role for cities was put at the European tables. An urban dimension in funding programmes, an equal role for cities in the partnership between Commission, member states and regions, and an urban dimension in all relevant EU policy fields seem all new. But when looking at the past, most of these proposals had been tabled before and were often even formally adopted. However, in practice it often did not result in tangible progress. As a consequence the slightly altered texts were re-introduced years later (often several times over the last 30 years) to try again to strengthen the EU urban dimension.

"In conclusion it must be said that the development of the urban dimension within European policies has not been a straightforward process. Most often the Commission has taken two steps forward, followed by the member states taking at least one step back by watering down the proposals. Or when the proposals survived the negotiations with the Council, their non-compulsory nature have kept the cities effectively out of the partnerships. Cities' participation in EU policy making and implementation of European programmes is, still too often, dependent on the willingness of Member States and later on regional authorities, to allow the cities to participate. With the introduction of the Europe 2020 agenda it seems inescapable to better involve the cities"[49].

In the study it was included that it was too early to tell whether this time there was a difference. Today it seems the usual steps back have again been taken. In first instance by the member states and the regions. However, this time it also appears that the Commission is reconsidering the way forward. Power and politics seem to have the lead over policies and responsibilities.

45) Ibid 41, page 58.

46) Commission of the European Communities, The urban and regional dimension of Europe 2020 Seventh progress report on economic, social and territorial cohesion, November 2011, Luxemburg, page 17.

47) European Parliament, Draft report on the urban dimension of EU policies (2014/2213(INI)), PE549.165v01-00 of 6 February 2015, point 3.

48) Letter of the minister of International Affairs to the Dutch Parliament on the preparations for the Dutch presidency of the European Union in 2016, 28 January 2015 (only available in Dutch).

49) Ibid 41, page 68.

Viele Köche, viele Küchen, viele Töpfe.

Wie wird eine europäische Städtepolitik schmecken?

Autor:

DI Michael Roth

Bundeskanzleramt, Abteilung Koordination Raumordnung und Regionalpolitik

www.bundeskanzleramt.at

Die Stadt steht seit einigen Jahren wieder ganz oben auf den Menüs der Raumentwicklungs- und Strukturpolitik. Das Thema Stadtentwicklung hat deutlich an Popularität gewonnen und zahlreiche Zuschreibungen erfahren: die Städte als Wachstumsmotoren, als soziale Laboratorien für die Gesellschaft der Zukunft, als umwelt- und ressourcenschonende Alternative aber auch als Kristallisationspunkt sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. Diese Ambivalenz ist dabei wohl weniger der Grund des zunehmenden Interesses am Thema Stadtentwicklung, sondern vielmehr die Dynamik, die ihm innewohnt: die Konzentration der Bevölkerung in Städten nimmt ungebrochen zu und das Wohl und Wehe der Weltbevölkerung wird dadurch zunehmend abhängiger von den Entwicklungspfaden.

Die neue Aufmerksamkeit für die städtische Entwicklung hat unter anderem auch auf europäischer Ebene dazu geführt, dass zahlreiche Akteure dieses Thema aufgreifen und im Kontext der eigenen Zuständigkeit ins Scheinwerferlicht rücken. In Österreich ist – um beim Bild aus der Überschrift zu bleiben – die Küche seit Jahrzehnten kalt, denn es gab und gibt keine nationale Stadtentwicklungspolitik. Erst seit dem Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 sind Bund, Länder und Gemeinden dazu aufgefordert, sich mit Themen der Stadt(regions)entwicklung dezidiert auseinanderzusetzen und diesen Herd in Betrieb zu nehmen.

Regionalpolitische Großküche

Diese Situation – einerseits die Beschäftigung zahlreicher sektorpolitischer Akteure mit der Querschnittsmaterie Stadtentwicklung, andererseits auch verschiedener Regierungsebenen mit unterschiedlichen Kompetenzzuschnitten auf nationaler und regionaler Ebene – hat zur Herausbildung einer hochgradig fragmentierten Landschaft an Akteuren, Arbeitsformaten und Instrumenten geführt, die sich allesamt – exklusiv oder inklusiv – mit dem Thema Stadtentwicklung befassen. Ein ganzer Trupp von Köchen, Chefs, Sous-Chefs und Küchengehilfen macht sich ans Werk mit der besten Absicht, etwas Schmackhaftes (oder wenigstens Nahrhaftes) zuzubereiten. Für die Adressaten dieser Politik – also insbesondere Städte und Gemeinden – ist diese Landschaft aber kaum mehr überschaubar und die Instrumente und Mitgestaltungsmöglichkeiten daher nur schwer zu nutzen. Es scheint, als wäre die Speisekarte nicht nur zu umfangreich, sondern nicht einmal nach Vor-, Haupt- und Nachspeisen gegliedert.

Eine Beschreibung der gesamten Vielfalt an öffentlichen, Nicht-Regierungs-, nationalen und internationalen Akteuren, Arbeitsformaten und Instrumenten im Bereich der Stadtentwicklungspolitik führt an dieser Stelle zu weit. Daher wird hier nur auf die beiden wichtigsten Prozesse auf EU-Ebene eingegangen: den zwischenstaatlichen und den gemeinschaftspolitischen Zweig.

Viel Abwechslung im *Restaurant des Nations*

Der zwischenstaatliche Prozess wird von den jeweiligen Ratspräsidentschaften und im Rahmen der nationalen Zuständigkeit für Stadtentwicklung geführt. Er ist gewissermaßen ein kollektiv geführtes Restaurant – nennen wir es *Restaurant des Nations* – dessen Küchenchef halbjährlich wechselt und in welchem sich die Chefs bestenfalls darauf einigen, dass der Nachfolger die Einkäufe des Vorgängers noch aufbraucht, anstatt sie gleich wegzuwerfen. Spezialitäten des Hauses gibt es deshalb keine. Dieser Prozess besteht aus den Arbeitsebenen der FachbeamtInnen im Rahmen der *Urban Development Group (UDG),* der GeneraldirektorInnen der zuständigen Ministerien,

sowie informeller Treffen der MinistertInnen für Stadtentwicklung. Die Europäische Kommission ist in diese Arbeitsformate stets eingebunden. Als wesentliche Dokumente und Erklärungen dieses Prozesses sind beispielsweise die *Leipzig Charta* oder die *Erklärung von Toledo* zu erwähnen, welche Eckpunkte des gemeinsamen Verständnisses einer anzustrebenden integrierten Stadtentwicklung zusammenfassen. Der Gesamtbestand dieses akkordierten Verständnisses wird auch als *Urban Acquis* bezeichnet. Erwähnenswerte Instrumente, die ihren Ursprung in diesem zwischenstaatlichen Koordinationsprozess haben, sind das *European Urban Knowledge Network (EUKN,* an dem Österreich nicht aktiv teilnimmt) oder das *Reference Framework for sustainable European Cities (RFSC).*

Das zwischenstaatliche Restaurant bietet auf seiner Karte aber auch Franchiseprodukte an, denn einige wichtige Instrumente werden in Verantwortung der Mitgliedsstaaten umgesetzt, obwohl sie im gemeinschaftspolitischen Rahmen der Kohäsionspolitik ihren Ursprung haben. Dazu gehören die Umsetzung der nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen der EFRE Programme, aber auch verschiedene – und je nach Programm unterschiedlich vorhandene – Möglichkeiten, im Rahmen der EFRE Ziele *Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (IWB)* sowie *Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ/INTERREG)* stadtentwicklungspolitische Themen aufzugreifen. Das weithin bekannte ETZ-Programm zum Erfahrungsaustausch für die Stadtentwicklung, *URBACT,* gehört ebenfalls in diese Kategorie.

Zu guter Letzt gibt es im zwischenstaatlichen *Restaurant des Nations* auch Neigungsgruppen des Personals, denn es bestehen auch mitgliedstaatliche Initiativen von Sektorpolitiken, die sich mit Stadtentwicklungsthemen befassen. Für Österreich von besonderer Bedeutung ist dabei die *Joint Programming Initiative (JPI) Urban Europe.* An dieser Forschungsinitiative, die sich u.a. mit Forschung zum Thema *Smart Cities* befasst, nehmen neben Österreich noch 13 andere EU-Staaten teil.

Umfangreiche Speisekarte im *Restaurant l'Union*

Doch wie geht es nun beim gemeinschaftspolitischen Prozess – also dem *Restaurant l'Union* – zu? Der von den EU-Institutionen angeführte Prozess bezieht seine Legitimation aus den EU Verträgen, insbesondere den räumlichen bzw. städtischen Aspekten der Gemeinschaftspolitiken, basierend auf den Vertragszielen des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Dementsprechend ist die Europäische Kommission mit ihren relevanten Generaldirektionen (z.B. Umwelt, Forschung,

Wettbewerbsfähigkeit, etc.) Hauptakteurin dieses Prozesses. Eine koordinierende Rolle nimmt dabei die Generaldirektion Regionalpolitik ein, die sich aufgrund des unter dem damaligen EU-Kommissar Hahn selbst gewählten Schwerpunkts der städtischen Dimension im Jahr 2013 in *Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung* umbenannt hat.
Da die Fäden der EU Kohäsionspolitik im Sinne einer raumsensiblen Entwicklungspolitik in dieser Generaldirektion zusammenlaufen und bei dieser Generaldirektion auch die finanzstarken Förderinstrumente der EU Kohäsionspolitik angesiedelt sind, ist diese starke Rolle durchaus gerechtfertigt.

Als Informationsplattform und Expertenpanel für Raum- und Stadtentwicklung in der Kohäsionspolitik dient dabei das

Arbeitsformat der *EGTCUM (Expert Group Territorial Cohesion and Urban Matters),* in der sich Vertretungen der Mitgliedsstaaten und der relevanten Generaldirektionen der Europäischen Kommission über Raum- und Stadtentwicklungsthemen austauschen und gegenseitig informieren. Hier werden sozusagen die Speisepläne abgestimmt, Rezepte und Küchentipps ausgetauscht. Insbesondere, was den oben erwähnten Franchise-Bereich – also die Instrumente der gemeinsamen Mittelverwaltung – betrifft.

In der neuen Strukturfondsperiode 2014-2020 hat die Kommission die Speisekarte deutlich erweitert und zur Stärkung der Informations- und Handlungsbasis der EU-Institutionen für den Bereich Stadtentwicklung eine Reihe neuer kohäsionspolitischer Instrumente geschaffen. Hauptziel war es dabei, die Städte wieder in einen direkten Austausch mit der EU Kommission zu bringen und ihnen auch die Möglichkeit zu bieten, selbst über Fördermittel zu verfügen. Neben der bereits oben erwähnten Maßnahme zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen der EFRE IWB-Programme gibt es mit dem Programm *Innovative Urban Actions* (an dem Städte und Stadtregionen auf Basis jährlicher Calls teilnehmen können) und dem *Urban Development Network* (das dem Erfahrungsaustausch über die städtischen Instrumente der Kohäsionspolitik dienen soll) zwei weitere Angebote.

Eine weitere wichtige Aktivität der EU Kommission im Bereich Stadtentwicklung stellt der *Urban Atlas* (vormals *Urban Audit*) dar – ein Benchmarking Tool, in welchem zahlreiche Städte der EU anhand eines

umfangreichen Indikatorensets von der Generaldirektion Umwelt bzw. der Europäischen Umweltagentur verglichen werden. Abgesehen davon widmet sich auch das Europäische Parlament im informellen Arbeitsformat einer sogenannten *Urban Intergroup* dem Thema Stadtentwicklung und bringt sich in die laufenden Diskussionen ein.

Gemeinsam kochen fällt noch schwer

Die Notwendigkeit besserer Koordination innerhalb der jeweiligen Küchen, aber auch zwischen dem *Restaurant des Nations* und dem *l'Union,* die ja über einen unkündbare Franchise-Vertrag miteinander verbunden sind, scheint mittlerweile eine verbreitete Einsicht zu sein. Daher formierten sich in beiden Zweigen der EU Stadtentwicklungspolitik Initiativen, eine *Urban Agenda* ins Leben zu rufen und – jede Seite für sich – zunächst zu mehr Kontinuität und effektiverer Arbeitsweise zu finden. Zudem brauchen beide Prozesse bzw. Akteursgruppen einander, um wirklich zu einer integrierten und ganzheitlichen Stadtentwicklungspolitik beitragen zu können.

Allerdings liegt an der Schnittstelle der gegenseitigen Koordination beider Prozesse auch eine mögliche Bruchstelle. Während sich der gemeinschaftspolitische Zweig auf eine verbesserte interne Koordination der EU Dienststellen konzentriert und dabei die (wettbewerbspolitisch inspirierten) Ziele der Europa-2020-Strategie in den Mittelpunkt rückt, geht der zwischenstaatliche Prozess – entsprechend dem von ihm über die Jahre erarbeiteten *Urban Acquis* – davon aus, dass Stadtentwicklungspolitik im Sinne eines integrierten Ansatzes mehr als Wettbewerbspolitik und in die Prozesse der europäischen Raumentwicklung eingebettet sein müsse. Mit anden Worten: im Restaurant *des Nations* ist man der Ansicht, dass es neben den Franchise-Produkten, die man gemeinsam mit dem *l'Union* anbietet auch noch weitere wichtige Speisen geben muss!

Oben: © Fürthner / PID, Unten: © Christian Houdek / PID

Trotz gegenseitiger Kooperationsbekundungen und bestehender (auch verstärkter) Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Prozessen, wurde diese Bruchstelle im vergangenen Herbst dadurch sichtbar, dass die EU Kommission ohne vorheriges Einvernehmen mit den Mitgliedstaaten eine Mitteilung bzw. Konsultation für eine *„EU Urban Agenda"* herausbrachte, während die Mitgliedstaaten im Sinne ihres breiteren Politikansatzes weiterhin von einer *„European Urban Agenda"* sprechen. Das *l'Union* hat also seine Kunden mit der Absicht befragt, die Produktpalette zu ändern, ohne diese Aktion vorher mit dem Franchisenehmer zu besprechen. Das darf sie auch, aber ob es sinnvoll ist, steht auf einem andern Blatt.

Obwohl die Differenzen zwischen beiden Prozessen durchaus überbrückbar scheinen besteht doch weiterhin die Gefahr, dass sie am Ende nicht im Gleichklang laufen bzw. nicht verschmolzen werden können, was aus stadtentwicklungspolitischer Sicht aber nötig wäre, um Themen und Kompetenzen aller beteiligten Akteure bestmöglich für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik auf europäischer Ebene zu nutzen. Es bleibt also zu hoffen, dass die vom *l'Union* gelieferten runden Crêpes auf die eckigen Teller im des *Nations* passen werden.

Österreich schreibt gerade an seinem Kochbuch

Angesichts der Dynamik, die das Thema Stadtentwicklungspolitik seit 2007 auf europäischer Ebene erfahren hat, erscheint für Österreich der nationale Prozess zur Entwicklung einer Stadtregionspolitik im Rahmen des ÖREK 2011 von großer Bedeutung, um sich als aktiver Player in den europäischen Diskussionsprozess einbringen zu können. Insbesondere für die Vertretung nationaler Interessen und Positionen auf EU Ebene besteht hier die Erwartung, dass dabei an die europäischen Diskussionen anschlussfähige und konkrete Ziele formuliert werden. Bis dahin arbeitet die österreichische Köchin also noch ohne Rezeptbuch im *des Nations* mit und muss bei jeder neuen Zutat ihre Gäste vorab fragen, ob ihnen die Suppe dann besser schmecken würde.

Abschließend die wichtige Frage: (Wie) kann aus einer so komplexen Kooperation der beiden Restaurants etwas entstehen, das den Kunden schmeckt, ja vielleicht sogar irgendwann mit einer Haube ausgezeichnet wird? Als erste Erfolge der verstärkten Koordination städtischer Themen in Europa kann dabei durchaus gewertet werden, dass im Kontext der Stadtentwicklungspolitik für Österreich wichtige Themen in die Positionen und Instrumente auf EU Ebene Eingang gefunden haben.

– So wird der Handlungsbedarf einer europäischen Städtepolitik nicht mehr auf innerstädtische Problemgebiete beschränkt, sondern es werden in den Instrumenten der Kohäsionspolitik nun auch stadtregionale Themenfelder explizit aufgegriffen.

– Die lettische Ratspräsidentschaft widmet sich der Rolle kleiner und mittlerer Städte. Diese Dimension ist u.a. für Österreich besonders relevant. Gleiches gilt für den Schwerpunkt der danach folgenden luxemburgischen Ratspräsidentschaft, die sich dem Thema grenzüberschreitender Agglomerationen widmen wird.

Diese Beispiele zeigen, dass auf der gemeinsamen Karte der beiden Restaurants aus österreichischer Sicht etwas dabei ist, das schmecken kann. Die Diskussion zu Stadtentwicklungsthemen auf EU Ebene kann also einen Mehrwert haben, das Engagement für dieses Thema auf EU-Ebene kann sich durchaus lohnen. Umso wichtiger erscheint es daher jedoch auch, gemeinsame Positionen auf nationaler Ebene zur Stadtentwicklungspolitik zu entwickeln, um diese dann in den Politikprozess auf europäischer Ebene einbringen zu können.

Anders gesagt: die österreichische Köchin im Restaurant *des Nations* braucht ein Rezeptbuch, damit sie die Chance bekommt, für Ihre Kunden etwas schmackhaftes zuzubereiten und auch die KollegInnen im eigenen Lokal und dem *l'Union* zu überzeugen, diese Speisen auf die Karte zu setzen. Der Rest sind handwerkliches Können, ausreichende Ressourcen und eine Frage der guten Zusammenarbeit.

www.rotterdam.nl / © Marc Heeman

Eine EU-Städteagenda.

Autorin:

Mag.ª Eva Nussmüller

DG Regio and Urban Planning
Competence Centre for inclusive growth, urban and territorial development

ec.europa.eu/regional_policy

In Europas Städten leben mehr als 360 Millionen Menschen, mehr als zwei Dritteln der EU-Bevölkerung. Die EU-Kohäsionspolitik der Periode 2014-2020 sieht für Städte nun eine stärkere Rolle vor um auf Herausforderungen wie Verkehr und Mobilität, Energieverbrauch und -erzeugung, aber auch Armut und Integration gezielt und lokal reagieren zu können. Gleichzeitig intensivieren sich die Diskussionen um eine EU-Städteagenda.

Städte im Fokus

Städte gewinnen in Europa seit Jahren an Bedeutung. 70% der Europäer lebt in Städten und ihren Einzugsgebieten, und sie sind, zu einem überwiegenden Anteil, nämlich zu 80% sehr zufrieden mit ihren Städten.[1] In Wien liegt die Zufriedenheit sogar bei 95%. Städte sind auch die Motoren Europas wirtschaftlicher Entwicklung: Metropolregionen erwirtschaften 70% des Europäischen Bruttoinlandsproduktes und über 60% der öffentlichen Investitionen werden von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften getätigt. Gleichzeitig manifestieren sich auch Europas Herausforderungen besonders deutlich in unseren urbanen Räumen: 80% des Energieverbrauchs und 73% aller CO_2-Emissionen werden in Städten verursacht. Herausforderungen wie Integration und Armut zeigen sich in den Städten besonders klar.

Daraus wird deutlich, dass die Europa 2020-Strategie und jede Wachstumsstrategie der Zukunft, aber auch jede europäische Sozial-, Verkehrs- oder Energiepolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie in den Städten erfolgreich ist. Anders ausgedrückt geht es um eine „städtische Dimension" in der EU Politikgestaltung und -umsetzung.

Stärkung der Städte in den Europäischen Struktur- und Investitionsfond

Diese Forderung ist nicht neu. Bereits 1997 fordert die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union"[2] neue Anstrengungen, um die Rolle der europäischen Städte als Orte sozialer und kultureller Integration, als Quellen wirtschaftlichen Wohlstandes und nachhaltiger Entwicklung sowie als grundlegende Stützpfeiler der Demokratie zu stärken bzw. wiederherzustellen. Seither hat sich das Thema „städtische Entwicklung" als ein immer bedeutenderer Bestandteil der EU-Politik herauskristallisiert.

Noch unter der Federführung von Kommissar Johannes Hahn wurden die Weichen für eine verstärkte Städtepolitik in der EU Kohäsionspolitik der Förderperiode 2014-2020 gelegt: Neben der Tatsache, dass etwa die Hälfte der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), also 80 bis 90 Milliarden Euro, in städtischen Gebieten investiert werden, werden Städte in dieser Förderperiode nun auch ermächtigt mit 5% der nationalen EFRE Mittel selbst integrierte Projekte der Stadtentwicklung auszuwählen. Die Grundlage dafür sind Stadtentwicklungskonzepte, welche die wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen, demographischen und sozialen Herausforderungen der Stadt aufgreifen.

Es geht also um die Förderung integrativer Ansätze, aber auch darum, Städte als Akteure europäischer Strukturpolitik zu fördern – ein „empowerment" von Städten, oder auf Deutsch: eine Ermächtigung der Städte. Städte sind in dieser Förderperiode also nicht mehr nur Förderempfänger sondern für die Konzeption der Strategien und jedenfalls auch für die Auswahl konkreter Projekte verantwortlich.

1) Perception Study "Quality of life in cities", European Commission (2013)

2) „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union", COM(97) 197 final

Mag.ª Eva Nussmüller

Darüber hinaus stehen Städten im Rahmen der Europäischen Struktur und Investitionsfonds auch Förderungen für „innovative Maßnahmen“ zur Verfügung. Komplementär zu der „Smart Cities“ Initiative des Programms „Horizon2020“ stehen also weitere 370 Millionen Euro für Städte ab 50.000 Einwohner zur Verfügung. Eine erste Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen ist für Ende 2015 geplant. Ergänzend zum erfolgreichen URBACT Programm, dass in seine dritte Runde geht und im ersten Halbjahr 2015 seine Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen starten wird, wird das „Urban Development Network“ jene Städte vernetzen, die integrierte Stadtentwicklungskonzepte oder die oben erwähnten innovativen Maßnahmen umsetzen.

EU-Städteagenda

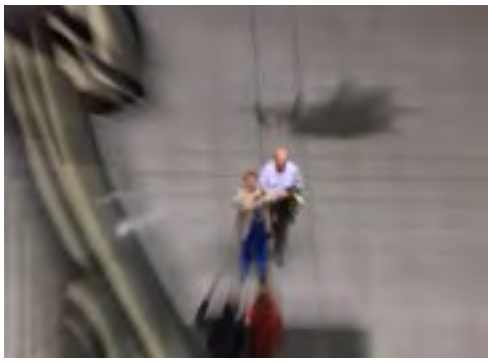
Die Komplexität städtischer Chancen und Herausforderungen bedarf neben einer ausreichenden finanziellen Unterstützung, aber auch einer angemessenen Rolle der Städte in der Erarbeitung und Umsetzung von EU-Politiken. Dieser Anspruch wurde am „CITIES Forum“ im Februar 2014[3] gelegt und mit dem Ruf nach einer „EU-Städteagenda“ verbunden. Eine Debatte über Notwendigkeit und Mehrwert solle aktiv geführt werden. In Folge des Forums verabschiedete die EU-Kommission eine Mitteilung[4], welche eine öffentliche Konsultation zu den Kernaspekten einer EU-Städteagenda in Gang setzte.

Das Interesse an der öffentlichen Konsultation zur Städteagenda, welche Ende September 2014 endete, war groß. Über 330 Beiträgen aus öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft, Interessensvertretungen, Unternehmen und von Privaten etc. sind bei der Europäischen Kommission eingegangen.

Erste Ergebnisse der Konsultation

Die detaillierten Ergebnisse der öffentlichen Stellungnahmen, eine Analyse sowie nächste Schritte werden im ersten Halbjahr 2015 präsentiert. Das „Städteforum“, am 2. Juni in Brüssel, sowie die EU-Ratspräsidentschaften von Lettland, Luxemburg und den Niederlanden sind die nächsten wichtigen Meilensteine in Richtung einer EU-Städteagenda.

Weitere Informationen finden Sie unter:
ec.europa.eu/regional_policy/consultation/urb_agenda/index_en.cfm (in englischer Sprache)



3) ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban2014/index_en.cfm (in englischer Sprache)

4) „Die städtische Dimension der EU-Politikfelder – Kernpunkte einer EU-Städteagenda“, COM(2014) 490 final

i.Urban.

Innovative city strategies for delivering sustainable competitiveness. Summary and key takeaways.

Today, cities around the world are seen as the engines for sustainable economic growth. But the playing field for cities is changing dramatically. Growing societal demands are going hand-in-hand with budgetary restrictions and the need to do 'more with less'. This, in turn increases the importance of executing and implementing strategy effectively and making it happen on the ground.[1)]

Die Studie "Innovative city strategies for delivering sustainable competitiveness" wurde von Pricewaterhouse-Coopers (PwC), dem European Institute for Comparative Urban Research (Euricur), dem Institute for Housing and Urban Development Studies (IHS) und dem Global Urban Competitiveness Project (GUCP) erstellt. Mit der Analyse von 24 städtischen Projekten auf allen Kontinenten wurde das Ziel verfolgt, aufzuzeigen, wie dank innovativer städtischer Lösungen nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit mit dem Erhalt sozialer Kohäsion und Umweltqualität vereinbar ist.

www.iurbanconference2014.nl/

Achieving the future development of a sustainable and competitive city involves developing an integrated strategic approach.[2)] And more than ever before the growth that cities can achieve is strongly linked to their power to address social, environmental and economic issues in a holistic manner, while making the most of future opportunities.[3)]

As such, how to keep a city's growth over time without endangering its foundations or 'capitals' (such as economic diversity, people and the environment) is now one of the most relevant urban development challenges. So, what can cities do to nurture *good growth*[4)] and *sustainable competitiveness:* a city's ability to keep growing and developing over time while fostering social cohesion and environmental quality?

The sustainable competitiveness of cities relies on the quality of the structural building blocks or 'capitals' needed for long-term prosperity; knowledge/intellectual, economic, social, environment and quality of life, infrastructure and accessibility, image and identity and institutional. Capitals change slowly, and result from a mix of historical processes, market forces and multi-level policy interventions, partly in the hands of city councils but also other urban stakeholders. However, the discussion about sustainable competitiveness is not only about the strength of the capitals or whether for instance the economy should be preferred to the environment or society. A key challenge is to find balance and integration between the different capitals over time.

As well as these capitals, a city's management has to develop multiple operational capabilities or 'enablers' to make things happen. These include inspirational leadership, communication, smart management of its finances and the capability to manage key programmes and projects including the development of agile delivery vehicles. And,

all of this must also be done in a way that is sustainable and through collaboration and partnering with citizens, the private sector, academia and Non-Governmental Organisations (NGOs).

In this study, we analysed in depth how different types of innovative urban development projects and strategies (in terms of content and process) are contributing to

1) *Seizing the Day,* PwC Public Sector Research Centre.
2) *Cities of the Future,* PwC; Berg, L. van den, Meer, J. van der and Carvalho, L. (2014). Cities as engines of sustainable competitiveness: European Urban Policy in Practice. Aldershot: Ashgate.
3) *Making it Happen: a roadmap for cities and local public services to achieve outcomes,* PwC Public Sector Research Centre; Berg, L. van den, Meer, J. van der and Carvalho, L. (2014). Cities as engines of sustainable competitiveness: European Urban Policy in Practice. Aldershot: Ashgate.
4) *Good growth for cities,* PwC Public Sector Research Centre.

strengthen a city's capitals and to strike new balances between the economic, social and environmental spheres. We also sought to understand the key enablers in each case. For each project and initiative analysed, we asked the following questions:

– How do the strengths and imbalances in a city's capitals influence its vision and the design of new projects?

– What are the key features of the projects, what is innovative about the content and how are they tackling sustainable competitiveness?

– Which enablers have been critical to 'make it happen'?

– What are direct and indirect results of the projects, limitations and challenges ahead?

In the remainder of this summary, we synthesise key finding and takeaways for local governments and city managers in terms of 5Cs: Context, Capabilities, Collaborative Power, Choices and Competences.

Context: megatrends and local specificity

Climate change, shifting sources of economic power, demographic changes and technological advances and the shift from rural to urban – cities across the world share many challenges arising from these megatrends. The same goes for power shifts from national to local levels and the consequences of heightened budgetary restriction. However, on closer inspection, the types of imbalances faced are rather different. While some cities struggle to reignite as growth engines, others fight to curb CO2 emissions and criminality; while some put citizen involvement first, others require infrastructure as precondition.

All in all, the context and dynamics of each individual city heavily influence the type of vision and strategies put in place to achieve sustainable competitiveness. For example, apparently similar open data initiatives can be nudged by rather different urban challenges and, more importantly, can follow different priorities, such as growth and innovation or transparency.

Local specificity means that even if cities can learn from each other, there is not one single path to sustainable competitiveness. Beyond sometimes simplistic divisions between cities in advanced and developing economies, any attuned intervention targeting sustainable competitiveness in a city should consider a thorough assessment of the evolution of its capitals over time, as well as more recent emerging dynamics.

Context is an important determining factor, but what should a vision (both at the city and project level) look like in a sustainable competitiveness framework? Among others, it should:

– Be able to balance different economic, social and environmental spheres in a holistic fashion, while recognising potential tensions and tradeoffs between them.

– Be flexible enough to cope with change while keeping the direction recognisable.

– Strike a balance between formalisation and 'situational awareness', being grounded on the distinctive features and identity of a place but able to flex with changing events.

– Be an inspiration for the multiple organisations involved in its implementation, beyond the city council's walls.

– Inspire action and risk taking (within limits).

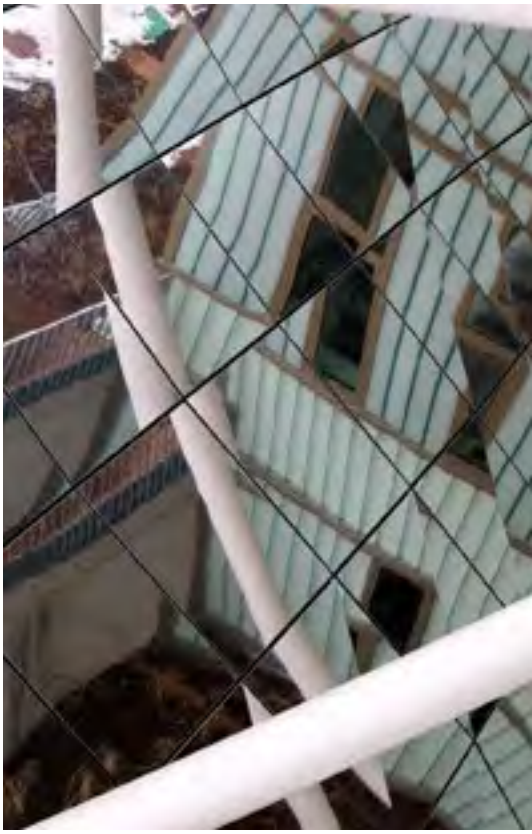
Capabilities in place

Sustainable competitiveness projects require good designs and visions but also sound implementation capabilities. In this study, the capabilities in place are a combination of the structural capitals and the enablers that deliver visions, design and results.

In most of the sustainable competitiveness projects we have researched, success in implementation results from bringing together different organisations' internal capabilities to build on the structural capitals that sustain competitiveness. The more demanding the project involved (whether transformational or transitional), the more important the enablers that are required to make it happen. They become a package deal.

Beyond the role of partnerships (see collaborative power), we identified five key enablers in our case studies:

– Distributed leadership – connecting and distributing power among the key stakeholders who need to collaborate to make things happen, both within and outside the public administration;



– Communication, generating advocacy, connecting stakeholders and achieving buy-in as well as promoting the results of projects to wider audiences;

– Smart financial solutions – the ability to mobilise different funding resources and financing mechanisms for concrete projects in a sustained, responsible and flexible way;

– Prioritisation and piloting – strategically prioritising actions and piloting/prototyping concepts within complex projects prior to wider roll-out;

– Agile delivery vehicles – designing structures to tackle the different urban challenges at stake, combining among others: transparency, accessibility, responsiveness, flexibility and accountability.

Collaborative power

Collaboration is the glue that brings sustainable competitiveness projects together. On many occasions, city councils are not exclusive players but the facilitators of broader collaborations. Indeed, in the most successful projects we analysed, leadership is distributed across multiple organisations, which need to co-operate closely to make sustainable competitiveness visions happen:

– Private sector involvement, ranging from small entrepreneurs to large transnational corporations. Many organisations in the private sector are increasingly ready and willing to invest in their urban environments to the benefit of their core strategies and profit, in a 'shared value' fashion.

– University involvement, including educational and research institutes. The performance of cities increasingly relies on their educational and research backbone, and the other way around as well. Knowledge institutes increasingly see cities as a research subject in its own right, and cities can benefit from their problem-solving capacity.

– Citizen involvement. Involving citizens to the full often results in 'unusual suspects' getting involved, bringing novelty and identifying previously hidden problems and opportunities.

– Not-for-profit involvement. Involving not-for-profits and NGOs proved relevant in many of the projects we analysed, such as in cases where they acted as brokers, with a degree of independence to carry projects through and to encourage the right partnerships.

Collaboration is not easy. However, it is often worth the effort and it is pivotal for the sustainable competitiveness of cities. Good collaboration:

– Requires trust, mutual understanding and flexibility/capacity to try out new approaches.

– Allows projects to reach other dimensions and domains.

– Contributes to mobilising complementary resources such as knowledge, finance, support and legitimacy.

Choices to be made

Project outcomes are the product of the interaction between many stakeholders responding to the challenges that are the focus of any initiative. In the case studies we researched, each involved choosing a thematic focus for the strategy and how to implement it and make the right choices. The key themes in our research included:

– Promoting the development of clusters where the agglomeration of economic activities benefit from each other's presence in many ways, which can help strengthen and diversify a city's economic base.

– Managing urban mobility, as sustainable competitiveness requires excellent accessibility so that transport and mobility become key issues to address.

– Sharing data in the digital city, with new technologies opening up new possibilities for innovation, transparency and the delivery of better urban services.

– Using events as a catalyst of urban transformation and new immaterial types of urban legacy.

– Regenerating and greening cities to improve the quality of the living environment.

– Adapting to climate change to minimise the risk to a city's functioning and attractiveness.

– Enhancing urban security to cope with social imbalances and unrest.

In order to deliver the required outcomes in relation to these themes, there are many dilemmas and trade-offs which need to be considered to make the right choices.

Even if there is no single blueprint for each theme, there are at least six key choices and dilemmas that urban managers should consider when planning for sustainable competitiveness in cities.

- Transformational or transitional initiatives?
- Broader, multi-domain or specialised initiatives?
- Accept sub-optimal results or 'do nothing'?
- Status-quo vs. reform-driven projects?
- Municipal borders or functional urban regions?
- Diversifying partnerships or keeping the project agile?

There are no single or simple answers to the above mentioned trade-offs. Much has to do with the specific city challenges, as well as with the available capabilities in place. Moreover, it can be hard for policymakers to answer such questions alone, as the answers to many of them rely on third party actions. They can be seen as input for discussion among project proponents, and should be asked more than once during the development of sustainable competitiveness projects.

Competencies for a new type of urban manager

Delivering sustainable urban competitiveness requires a new type of urban manager. Urban management for sustainable competitiveness is a knowledge-intensive activity, in the hands of both elected representatives and executive city staff.

The new urban manager for the 21st century should:

- Identify, connect to and empower leaders within and outside the organisation to which leadership can be distributed. Sustainable competitiveness projects require strong and resilient leadership at different levels, in different organisations, both technical and political.
- Mediate stakeholders with potentially different interests around joint visions, even when the have different powers, assets and time horizons.
- Source and legitimise new ways of working in the organisation, encouraging new approaches outside the comfort zone.
- Involve unusual suspects in fully-fledged 'penta-helixes' (citizens, not-for-profits and universities as well as public and private sector organisations) beyond the usual business and policy elite.
- Pay attention to external catalysts as signals to change of brand identity. When combined with a city's strengths, needs and possibilities, they can contribute to ignite, if not boost change in different city spheres and capitals.
- Think about the most appropriate spatial level for interventions. Functional, not administrative, areas are often more appropriate to tackle sustainable urban competitiveness challenges, and make it easier to involve the stakeholders that matter.

The European Institute for Comparative Urban Research

The European Institute for Comparative Urban Research **(Euricur)** aims to gain a deeper understanding of how cities develop and how they are managed. To that end Euricur initiates and carries out studies on strategic urban issues in response to the challenges cities and metropolitan regions face.

Euricur was founded in 1989 by the Mayors of Rotterdam and Barcelona, and Erasmus University Rotterdam. It has a close relation with Eurocities, a membership organisation of more than 130 European Cities that was founded in 1986. The institute has its seat with Erasmus University Rotterdam, but has a close cooperation with other universities in Europe, the US and Asia. Through its research activities in more than one hundred cities Euricur has access to an extensive network of decision makers and experts in urban management.

www.euricur.nl

Europas Städte: Kraftvolle Motoren der Entwicklung

Rückgrat und Antrieb für eine nachhaltige Gesellschaft

Interview

Anna Lisa Boni,
Generalsekretärin von EUROCITIES

im Interview mit

DI Andreas Schwab,
Magistratsdirektion –Geschäftsbereich Bauten und Technik, und

Nicola Vatthauer,
EUROCITIES

www.eurocities.eu/

Anna Lisa Boni, Generalsekretärin von EUROCITIES

EUROCITIES ist die politische Interessensvertretung der größten europäischen Städte gegenüber den EU-Institutionen. Die Regierungen von 130 Mitgliedsstädten und 40 Partnerstädten aus 35 Europäischen Ländern sind hier in einem Netzwerk verbunden. Zusammen repräsentieren sie 130 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Anna Lisa Boni, Generalsekretärin von EUROCITIES, beantwortet einige Fragen zu den Aufgaben und Zielen des Netzwerks.

Frau Boni, Städte sind ein Erfolgsmodell der menschlichen Siedlungsformen. Sie sind seit Jahrtausenden – in den heutigen Dimensionen seit weit über hundert Jahren – komplexe Geflechte oder „Organismen", die auf innere wie äußere Einflüsse reagierten und reagieren. Warum brauchen wir jetzt eine Urban Agenda, eine Anleitung, was wie getan werden soll, der EU?

Boni: Wir fordern in der Tat eine Urban Agenda, allerdings meinen wir damit keine Anleitung für Städte, sondern eine bessere Koordinierung und stärkere Berücksichtigung städtischer Belange auf europäischer Ebene. Wir wollen weder die Entwicklung unserer Städte kontrollieren, noch fordern wir mehr gesetzliche Vorschriften. Vielmehr sollte eine Urban Agenda die fundamentale Bedeutung europäischer Städte in Bezug auf die Möglichkeiten und Herausforderungen Europas anerkennen und durch eine stärkere Zusammenarbeit von EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Städten zu einer effektiveren und effizienteren Politikgestaltung auf EU-Ebene führen.

Warum brauchen wir das?

Boni: Europas Zukunft liegt in unseren Städten. Hier leben 75% der europäischen Bevölkerung. Gleichzeitig findet man hier auch die größten Herausforderungen und Möglichkeiten vor, sei es in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit, Integration und soziale Inklusion, Kultur, Umwelt, Energie oder Verkehr. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass ein bedeutender Anteil der EU-Initiativen in Städten umgesetzt wird. Im Moment sind diese Initiativen auf EU-Ebene jedoch oft unkoordiniert und trotz enger thematischer Verknüpfungen sehr von sektoraler Politik bestimmt.

Um sicherzustellen, dass diese Initiativen ihr volles Potential ausschöpfen, plädieren wir daher für eine bessere Koordinierung von städterelevanten EU-Initiativen innerhalb der EU-Institutionen, mehr Transparenz und eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren Städten. Gut funktionierende Städte und Ballungsräume sind von entscheidender Bedeutung für ganz Europa, nicht nur für die lokale, regionale oder nationale Ebene. Ihre Leistung ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Die zehn Prioritäten, die sich die neue EU-Kommission gesetzt hat, haben großteils eine sehr starke städtische Dimension, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Wachstum, digitale Technologien, Energie, Klimawandel, Migration und dem demokratischen Wandel. Ein wirklicher Neustart für Europa kann nur mit unseren Städten gelingen, nicht ohne sie.

*Europäische Städte sind strukturell, größenmäßig und vor allem kulturell doch sehr unterschiedlich. **Eine** Agenda für **alle** Städte kann doch nicht alle Situationen erfassen? Besteht nicht auf längere Sicht die Gefahr der Gleichmacherei der Städte?*

Boni: Wie bereits gesagt, handelt es sich bei der Urban Agenda absolut nicht um eine Gleichmacherei von Städten. Die Urban Agenda bezieht sich auf eine bessere Koordinierung von städterelevanten Initiativen auf EU-Ebene und darauf,

beteiligte Gruppen – Städte, Mitgliedstaaten und EU-Institutionen – partnerschaftlich zusammenzubringen. Nur wenn alle Regierungsebenen zusammenarbeiten, kann eine solche Agenda Erfolg haben. Diese muss im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der EU stehen und soll definitiv nicht, das möchte ich betonen, in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten im Bereich Stadtentwicklung eingreifen. Allerdings wollen wir, dass nationale Regierungen ihre Städte stärker in die Entwicklung ihrer strategischen Richtlinien und EU-Programme einbinden.

Als EUROCITIES haben wir fünf Bereiche identifiziert, in denen die Herausforderungen und Möglichkeiten unserer Städte sehr eng mit den Zielen der EU verknüpft sind:

- Städte als Motoren für hochwertige Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum
- Integrative, vielfältige und kreative Städte
- Grüne, mobile und gesunde Städte
- Smarter Cities / intelligentere Städte
- Städtische Innovation und Stadtverwaltung

Dies sind Bereiche, in denen eine Urban Agenda wirkliche Veränderungen bewirken kann, indem

- urbane Lösungen und Herangehensweisen besser mit den EU-Herausforderungen abgestimmt werden, und umgekehrt

- sektorale Initiativen besser koordiniert werden und die unterschiedlichen Regierungsebenen enger zusammenarbeiten,

- EU-Fördergelder gezielt dort eingesetzt werden, wo sie wirklich etwas bewirken können.

Wie sollen die diversen Maßnahmen auf dem Weg zur Smart City finanziert werden? Stichworte: Energieeffizienz, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Umwelt, Arbeitsmarkt.

Boni: Smart Cities kann es in Europa nur mit Unterstützung der EU geben. Unterstützung bei der strategischen Planung und Umsetzung von Partnerschaften wie der Europäischen Innovationspartnerschaft für Smart Cities und Gemeinden sind sehr hilfreich, aber neue Ansätze bei Finanzierungsmechanismen und die Kombinierbarkeit von Förderinstrumenten, müssen ebenfalls ein integraler Bestandteil von Smart Cities sein. Wir brauchen neue Formen der Kooperation mit Finanzinstituten und um private Investitionen zu gewinnen.

Finanzierungsmechanismen wie Horizon 2020, die neue Investitionsoffensive der EU, sowie Unterstützung bei der Beschaffung von innovativen Technologien sind notwendig, um den Weg zur Smart City zu finanzieren. Insbesondere die Beschaffung von innovativen und vorkommerziellen Technologien gewinnt zunehmend an Bedeutung. Städte sollten mehr Anreize und Unterstützung erhalten, um diese Möglichkeiten zu nutzen. Derzeit werden sie hauptsächlich aufgrund gesetzlicher Unsicherheiten nicht voll genutzt.

Wie soll die Verbindung zum Stadtumland funktionieren? Stichworte: Pendler, Speckgürtel.

Boni: Die Beziehung von Städten zu ihrem Umland befindet sich im Wandel. Transport und Mobilität, wirtschaftliche Entwicklung und das Wohnungswesen sind einige der vielen Herausforderungen, die über die administrativen Grenzen von Städten hinausgehen. Eine funktionierende Kooperation zwischen Städten und ihren Metropolregionen ist daher unabdingbar, um effektive Initiativen und Lösungen zu finden. Oft kann die Stadt eine führende Rolle in diesen Partnerschaften spielen, wobei hilfreiche nationale und EU-Rahmenbedingungen natürlich einen positiven Einfluss haben können. Daher ist das Thema der Metropolregion und ihrer Verwaltung ein Schlüsselbereich für die EU Urban Agenda.

Wien ist ja laut vielen Umfragen eine sehr attraktive und lebenswerte Stadt. Auch was die Umsetzung der Ziele zu einer Smart City betrifft, ist Wien schon sehr weit. Was sind aus Ihrer Sicht die Vorteile, die das Programm für Wien noch bereit hält?

Boni: Die Vorteile, die eine Smart City Initiative Wien noch bieten kann, hängen sehr davon ab, welche Visionen die Stadt für sich als Smart City hat. Projekte, die sich mit Informations- und Kommunikations¬technologien sowie Energie und Mobilität beschäftigen, werden oft als Herzstücke einer Smart City angesehen. Aber es ist wichtig anzumerken, dass es keine One-Size-Fits-All-Herangehensweise für Smart Cities geben kann. Verschiedene Städte werden immer unterschiedliche Visionen einer Smart City haben, die auch andere Aspekte beinhalten können, wie z.B. soziale, kulturelle oder bildungspolitische Themen.

Eine Smart City nutzt ihr humanes Kapital, indem sie neben dem Austausch von Daten, Informationen und neuen Technologien vor allem auch den Dialog und den Meinungsaustausch ermöglicht.

In Anbetracht der schwierigen Herausforderungen, vor denen Europa und unsere Städte heute stehen, sind doch die Bürger und Bürgerinnen das größte Potential der Städte, um einen Wandel in Fragen der Nachhaltigkeit, der Finanzierung, der Erbringung von Dienstleistungen oder der direkten Demokratie zu bewirken. Bei Smart Cities geht es eben vor allem auch um Smart Citizens.

Vielen Dank für das Gespräch.

The Urban Platform Danube Region.

Kontakt:

**EU Danube Region Strategy,
Priority Area 10 "Institutional Capacity and Cooperation"**

**Mag.ª Daniela Urschitz
Mag. Jörg Mirtl**

updr@pa10-danube.eu

The Urban Platform Danube Region (UDPR) is a free knowledge platform to support the exchange of developments, measures and urban projects in the Danube Region. It can be joined by cities, city and municipal networks, as well as civil society organisations linked to urban and citizen issues:

www.updr.eu

Alle Fotos: © www.wien.gv.at

The Danube is the river with the highest number of bordering countries, but has also a large concentration of capital cities and metropolitan areas, which gives the Danube Region potential for becoming one of the most dynamic, competitive and thriving macro-regions of the European Union in the 21st century.

It is of utmost importance to integrate regional and local administrations, cities and civil society into the implementation of the EU Strategy for the Danube Region at all levels and within every Priority Area. The practical involvement of these organisational levels and institutions still has to gather momentum in order to make the Strategy a success and strengthen its multi-level governance.

Therefore, one of the main aims of Priority Area 10 "Institutional Capacity and Cooperation" of the EU Strategy for the Danube Region (EUSDR) was to set up the "Urban Platform Danube Region" (UPDR) in 2014, uniting as many cities, city networks and associations in the Danube Region as possible in order to enhance their ownership within the implementation process of the EUSDR and gearing their joint efforts towards the targets of the EU2020 strategy and smart, sustainable and inclusive growth. This should at the same time strengthen their leadership role in the region and give them a common voice within the EUSDR. The Urban Platform Danube Region does not want to replace the many existing networks, but to provide them with the macro-regional and European approach as well as with the opportunity of an open information exchange process related to both policy and project development.

Thus the Urban Platform Danube Region:

- supports the specific urban interests and policies in the Danube Region,
- backs the institutions implementing the EUSDR and the European Commission in the sense of multi-level governance,
- serves as a strategic partner to the national governments in their implementation of the EU Strategy for the Danube Region,

Figure 1: URBAN PLATFORM DANUBE REGION / Source: KDZ, 2015

– makes the Danube Cities and Regions a strong stakeholder in the Strategy and on the European level.

– Fosters the project development on the macro-regional level

The UPDR provides the policy development of the EUSDR with a specific urban dimension. To make ongoing developments visible and foster the cooperation within the Danube Region the central element of the Platform is the Urban Platform Danube Region website: www.updr.eu and the Vienna based office.

The work and themes of the Urban Platform Danube Region follow the Europe 2020 Strategy and the topics of the priority areas of the Danube Strategy.

Cities, Regions, City and Municipal Associations or Networks can participate as Members or Thematic Leaders free of charge and without obligations. More than 60 major and medium-sized cities have joined the UPDR since 2013. Thematic Leaders commit themselves to contribute to the Urban Platform by actively developing urban topics. They take over responsibility for an urban topic (e.g. disaster management, public transport, social services etc.) and provide relevant documents from own and other institutions. Furthermore thematic leaders actively coordinate the knowledge exchange within the topic. They organise workshops or offer mentoring for other urban institutions especially cities and municipal associations. Thematic leaders coordinate their efforts with the Urban Platform network.

Members	Thematic Leaders
Using the Platform as Knowledge Gateway	Coordinating the Knowledge Transfer within the Topic responsible for
Participate in Networks, Conference, Seminars etc.	Providing relevant Documents from own & other Institutions
Contributing Documents	
Contribute to the Development of the EUSDR	Organisation of Workshops & Mentoring

Figure 2: How to participate in the UPDR / Source: KDZ, 2015

Since spring 2014, cities like Bucharest, Budapest, Bratislava, Ljubljana, Miskolc, Munich and Vienna, as well as the Platform of Local Communities of the Danube River in Romania, are thematic leaders of the UPDR.

The Austrian Association of Cities and Towns (Österreichischer Städtebund) together with the PA 10 – Institutional Capacity and Cooperation of the EU-Danube Region Strategy (EUSDR) and the Council of Danube Cities and Regions invited to the **2nd Stakeholder Conference: Strengthening the Urban Dimension of the Danube Region in Vienna.** The conference took place from January 26 to January 27, 2015 in the Vienna City Hall and was carried out by the KDZ-Centre for Public Administration Research. More than 220 participants joined the conference, e.g. mayors, representatives from national governments and international institutions, as well as representatives of municipalities, cities, civil society organisations and other urban stakeholders from the Danube Region.

The overall aim of the conference was to bring together urban stakeholders of the Danube Region on the one hand and promoting the Urban Platform Danube Region (UPDR) as information gateway and know-how exchange network on the other hand, thus getting the UPDR a step further in developing it. In this context the conference emphasized on two main activities:

– holding a thematic leader's knowledge exchange camp ("Knowledge Exchange Day")

– offering several thematic workshops on important urban issues in the Danube Region covering the fields of Smart City, Sustainable City and Inclusive City, the three thematic priorities of the UPDR which are also in line with the Europe 2020 Strategy. The range of subjects includes transparency & open data, financing possibilities for cities in the Danube Region, disaster management, mobility, local economic development & entrepreneurship, open government and equal opportunity (Conference Day).

Furthermore the meeting of the extended Executive Committee and Office of the Council of Danube Cities and Regions (CoDCR) took place within the framework of the conference, involving i.a. the mayors of the cities of Vienna, Bucharest, Sofia, Bratislava, and Ulm. On this occasion also the current status of the implementation of the EU Strategy of the Danube Region (EUSDR) was presented by the European Commission (DG Regio).

All conference documents as well as photos and videos can be seen and/or downloaded under the Conference Website:

www.updr.eu/event/e-detail/2nd-stakeholder--conference-urban-platform-danube-region/#.VQAgXeEpo9I

www.danube-capacitycooperation.eu/pages/updr2015

Der Wirtschaftsstandort Wien in Rankings.

Autorin:

Mag.ª Elisabeth Unger
MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik

www.wien.gv.at/kontakte/ma23

Der Anteil der in Städten lebenden Weltbevölkerung steigt kontinuierlich an, Wien als stark wachsende Stadt ist hier das beste Beispiel. Es herrscht mittlerweile ein weltweiter Wettbewerb um Innovationen und um die besten Köpfe. Wien muss bei diesem Wettbewerb mithalten können – und hat dafür auch gute Voraussetzungen. Daher besteht großes Interesse daran, die Assets der jeweiligen eigenen Region oder Stadt zu kennen und auch zu nutzen.

Es gibt zahlreiche Vergleiche von Städten und Regionen. Rankings sind Instrumente, die einen Blick von Außen auf Städte darstellen und auf subjektive Art auf Stärken und Schwächen hinweisen. Die Aussagekraft, aber auch die Qualität solcher Rankings oder Surveys hängt dabei stark von der verwendeten Methodik und den Indikatoren ab. Je nach Interessen, sei es des herausgebenden Unternehmens/Instituts oder dessen Klientels, werden meistens die Themen, die Gewichtung der Indikatoren oder auch die Vergleichsstädte gewählt. Dementsprechend können die Ergebnisse sehr unterschiedlich ausfallen.

Die meisten Rankings werden von (internationalen) Unternehmen, Instituten oder Consulting-Büros herausgegeben, teilweise ist die Methode der Bewertungen und Berechnungen nicht vollständig nachvollziehbar. Zahlreiche Rankings stammen jedoch von öffentlichen Einrichtungen. Der Fokus dieser Rankings ist meist ein anderer als bei Studien von privaten Unternehmungen.

Wien liegt in zahlreichen Städte-Rankings auf den vordersten Plätzen - bei der Lebensqualität, bei der Innovation und bei weiteren Indikatoren steht Wien an der Spitze. Im Ranking „Quality of Living“ des Consulters Mercer belegt Wien nun schon seit sechs Jahren Platz eins. Doch auch bei der UNO-Studie „State Of The World’s Cities 2012/2013“ ist Wien am ersten Rang zu finden.

Lebensqualität in Wien: Mercer und Co.

In Wien wohl am bekanntesten ist das Quality of Living Ranking von Mercer Human Ressources. Wien liegt hier seit Jahren regelmäßig auf Platz 1 weltweit. Anfang des Jahrtausends ritterte Wien noch mit Genf um Platz 2. Mercer beurteilt die Lebensqualität mittels 39 Faktoren wie Wirtschaft, Umwelt, Gesundheitsversorgung, Bildungsangebote, Verkehrsmittel und Sicherheit. Die Erhebung konzentriert sich auf 221 Städte.

Die Ergebnisse dienen Regierungen und internationalen Unternehmen als wichtige Informationsquelle und Entscheidungshilfe bei der Entsendung von MitarbeiterInnen ins Ausland. Die Vergleichsdaten dienen als Hilfsmittel, um das richtige Niveau für die Vergütung einschätzen zu können: d.h. je höher die Lebensqualität ist, desto geringer muss eine „Entschädigungszahlung“ beim Gehalt ausfallen. Aus diesem Grund sind besonders die weichen Standortfaktoren für die Familien der Führungskräfte wichtig.

Die Economist Intelligence Unit gibt jährlich einen “Global Liveability Ranking and Report” heraus. Die Stadt mit der höchsten Lebensqualität 2013 in diesem Ranking ist Melbourne. Wien liegt auf Platz 2 gefolgt von Vancouver, das lange Jahre die Führungsposition innehatte. Im Rahmen der Studie werden 140 Städte weltweit verglichen. Untersucht werden insgesamt 40 Indikatoren in den fünf Kategorien Stabilität, Gesundheitspflege, Kultur und Umwelt, Erziehung und Infrastruktur.

Auch hier kommen die meisten Anfragen und Aufträge für dieses Ranking von multinationalen Konzernen. Diese brauchen Vergleichsstudien dieser Art. So können sie feststellen, wie viel sie ihren MitarbeiterInnen (den Expatriates) in bestimmten Städten an Extra-Prämien zahlen müssen – je nach

dortigen Lebensbedingungen. Keine gute Nachricht für die ausländischen MitarbeiterInnen großer Konzerne, die nach Wien versetzt werden: Die EIU-Studie empfiehlt in diesem Fall keine Extra-Prämien: also kein „Schmerzensgeld" nötig!

Rankings offizieller Organisationen

Werden Rankings von offiziellen Organisationen herausgegeben, dann ist das oft ein guter Hinweis auf eine hohe methodische Qualität. Erwähnenswert sind etwa das Ranking „Doing Business" der Weltbank oder die bereits erwähnte Studie „State Of The World Cities 2012/2013" der Vereinten Nationen, in der Wien an der Spitze liegt.

Wien punktet traditionell mit seinen Leistungen in der Daseinsvorsorge, aber auch seinem Freizeit- und Kulturangebot. Auch als „Green City" oder „Smart City" holt Wien regelmäßig Top-Platzierungen.

Die Grenzen zwischen Lebensqualitäts- und Business-Rankings sind oft fließend. Eine beachtliche Anzahl der Indikatoren bei Wirtschaftsrankings fällt in den Bereich der Lebensqualität – z.B. Sport, Freizeit, Architektur, Geschichte, Umwelt. Daneben werden Wirtschaftskennzahlen in die Bewertung einbezogen, die für Wien ebenfalls gut ausfallen.

Das Image einer Stadt

Betrachtet man internationale Wirtschafts- und Standortrankings, aber auch die betriebswirtschaftliche Literatur zum Thema, so wird schnell klar, dass es nicht den einen Faktor gibt, der über das Image einer Stadt entscheidet oder zur Standortentscheidung eines Unternehmens beiträgt. Auch eine Standortentscheidung wird nicht ausschließlich nach rationalen Kriterien getroffen: Faktoren wie Nähe zum Absatzmarkt, Infrastruktur, aber auch (internationale) Bekanntheit und das Prestige des Standorts, oder eben die Lebensqualität, spielen gemeinsam eine große Rolle.

Die US-amerikanische Internet-Ranking-Plattform „list25.com" wählte Wien im August 2013 auf Platz 1 der 25 „Best Cities For Young People To Live In". Der zweite Platz ging an New York. Das „Reputation Institute", eine private Consultingfirma mit Sitz in Kopenhagen und New York veröffentlicht seit einigen Jahren ein Ranking über die 100 angesehensten Städte weltweit. Im soeben veröffentlichten Ranking „The World's Most Reputable Cities, 2014" liegt Wien auf Platz 1 vor München und Sydney. Im internationalen „Smart Cities" Ranking, das vom anerkannten US-amerikanischen Klimastrategen Boyd Cohen veröffentlicht wurde, liegt Wien im aktuellen Ranking vom Jänner 2014 auf europäischer Ebene hinter Kopenhagen und Amsterdam am hervorragenden dritten Platz.

Alle Fotos © Luca Sartoni

Darüber hinaus bewegt sich Wien mittlerweile auch im Spitzenfeld der „Online-Städte". Laut der im Februar 2014 veröffentlichten Studie der Universität Düsseldorf „A Case Study of 31 Informational World Cities", in der 31 Städte weltweit im Hinblick auf die Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet zur Kommunikation mit ihren BürgerInnen untersucht wurden, liegt Wien noch vor London, Paris und Tokio an fünfter Stelle. Erste im Ranking ist Deutschlands Hauptstadt Berlin. Zudem besagt eine Vergleichsstudie des britischen Unternehmens UBM aus dem Jahr 2013, das Kommunen auf ihre Handhabe des World Wide Web getestet hat, dass die österreichische Hauptstadt zu den „Top 10 Internet Cities" des Planeten zählt.

Es lässt sich demnach sagen: Wien ist in vielen Bereichen gut aufgestellt. Und: Wien wird international hervorragend wahrgenommen, was ein unschätzbarer Wert ist. Gleichzeitig verfügt Wien in Fragen der zentralen Zukunftsherausforderungen über eine hohe Kompetenz. Diese weiterzuentwickeln wird Aufgabe der kommenden Jahre sein – nicht umsonst hat sich Wien das Thema „Smart City" auf die Fahnen geheftet, um die Top-Position in diesen Bereichen weiter ausbauen zu können.

Smart City Wien.

Sozial ausgewogene Lebensqualität ergänzt Ressourcenschonung und Innovation.

Autor:

DI Thomas Madreiter
Planungsdirektor der Stadt Wien

www.baudirektion.wien.at

©TinaVienna

„Houston, we have a problem“ hat der Legende nach der berühmte Funkspruch von Apollo 13 im April 1970 gelautet. 330.000 Kilometer von der Erde entfernt war ein Sauerstofftank explodiert. Tatsächlich aber lautete die Meldung der Astronauten „Okay, Houston, we've had a problem here.“ [1)]

Der feine Unterschied: das Problem wurde gelöst. Der Krisenfall entwickelte sich zu einem Riesenerfolg, nämlich was rasches, zielgerichtetes Reagieren möglich macht. Die Crew erreichte unverletzt die Erde.

Sicher eines der größten Probleme der Gegenwart stellt die globale Klimaerwärmung – auch mit den sich daraus ergebenden noch nicht absehbaren sozialen Folgen – dar. Aufgrund der fortschreitenden Urbanisierung werden sowohl energische Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels als auch die Auswirkungen des Klimawandels selbst in einem hohen Ausmaß Bewohnerinnen und Bewohner von Städten[2)] treffen.

Es stellt sich bloß die Frage, ob wir global diese Herausforderung bewältigen können – *„Houston, we've had a problem here“,* um beim Bild der Apollo-Mission zu bleiben, oder ob zukünftigen Generationen die Basis für ein sozial lebenswertes Dasein genommen wird: In diesem Zusammenhang sei das Problem nur angedeutet, dass es wohl mittelfristig nicht ohne Wohlfahrtsausgleich zwischen unserem westlichen Lebensstandard und dem jener Regionen gehen wird, den Bevölkerung zu Recht Gleichheit der Lebenschancen einfordert.

Was hat das alles mit Wien und der Smart City Rahmenstrategie[3)] zu tun?

Wien spielt in der Champions League der Millionenstädte mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Wien ist bereits heute eine Stadt mit sehr hohen Standards der Ressourcenschonung. Die hohe Lebensqualität in Wien wurde auch durch Methoden der Steuerung erreicht, die auf soziale Innovation setzen. Das bedeutet, dass Wien über Lösungen und Standards verfügt, die international helfen können, die Herausforderungen Klimawandel, Klimaanpassung und Urbanisierung zu bewältigen.

Wien hat in den letzten vier Jahren im Bewusstsein dieser globalen Herausforderungen und lokalen Rahmenbedingungen, unterstützt durch entsprechende Programme der Europäischen Union[4)] und der Republik Österreich[5)], einen sehr gezielten Weg eingeschlagen, sich auch im Sinne einer Weiterentwicklung der eigenen Standards mit dem Thema der Entkoppelung von Bevölkerungswachstum und Ressourcenverbrauch in Städten bzw. mit „Smart City“ auseinanderzusetzen.

Dabei unterscheidet sich der Wiener Ansatz maßgeblich vom internationalen Mainstream des Smart City Diskurses.

Das begann bereits beim Prozess. Wien startete seine Überlegungen mit einem offenen Steakholder Dialog, der versucht hat, den Handlungsrahmen möglichst breit aufzuspannen[6)]. So wurden in einem äußerst spannenden und lehrreichen Prozess eine Vision für 2050, eine Roadmap für 2020 und ein kurzfristiger Action Plan entworfen. Aufgrund der Querschnittsorientierung der „Smart City Wien Initiative“ wurde im Auftrag von Bürgermeister Dr. Michael Häupl eine magistratsinterne Steuerungsrunde unter Vorsitz des Wiener Magistratsdirektors Dr. Erich Hechtner eingerichtet, die sich von einem wissenschaftlichen Beirat – unter Vorsitz von Frau Dr.in Brigitte Bach, AIT

1) http://de.wikipedia.org/wiki/Apollo_13
2) Die UNO erwartet, dass 2050 70% der Menschen weltweit in Städten leben.
3) https://smartcity.wien.gv.at/site/smart-city-wien-rahmenstrategie-als-download-verfugbar/
4) http://www.smartcities.at/europa/eu-initiativen/set-plan/
5) http://www.smartcities.at/foerderung/smart-cities-initiative-des-klimafonds-/
6) https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008218.html

(stv. Vorsitz Dekan Prof. Dr. Rudolf Scheuvens, TU-Wien) – beraten lässt. Weiters wurde neben den städtischen Kernakteuren (Stadtentwicklung, Energieplanung und Wiener Stadtwerke) eine eigene Smart City Agentur (TINA Vienna) eingerichtet, um auf die umfangreichen Kommunikations- und Beratungserfordernisse vorbereitet zu sein. Die Rahmenstrategie ist darauf aufbauend von der Verwaltung im Zusammenwirken mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft vom Forschungssektor bis zur Wirtschaft erstellt worden und nach einem umfangreichen Diskussionsprozess vom Wiener Gemeinderat am 25. Juni 2014 beschlossen worden. Bürgermeister Dr. Michael Häupl hat dabei in einer gesonderten Erklärung an den Gemeinderat seine Haltung klargestellt[7]. Der Wiener Smart City Ansatz ist also demokratisch zustande gekommen und nimmt damit international sicherlich eine Vorbildfunktion ein.

Aber auch inhaltlich positioniert sich die Wiener Smart City Rahmenstrategie mit einem akzentuierten Profil:

Basis der Smart City Wien ist eine mischungsfähige, vernünftig kompakte Stadt mit einer qualitätsvollen Dichte. Die Smart City Wien setzt zur Erreichung ihrer weitgehenden Ziele auf die Kernbereiche radikale Ressourcenschonung, Innovation (sozial und technologisch) und auf eine hohe, sozial ausgewogene Lebensqualität. Damit rücken plötzlich Themen wie Chancengleichheit, Partizipation, Diversitäts- und Genderorientierung an prominente Position. Die Erfahrung Wiens in den letzten Jahrzehnten hat eindeutig gezeigt, dass massive Veränderungen – und die vor uns liegenden globalen Herausforderungen der Ressourcenschonung werden mit Sicherheit massive Veränderungen für jede(n) Einzelne(n) von uns bringen – nur auf Basis sozialer Inklusion nachhaltig gestaltet werden können.

Die Smart City Wien Rahmenstrategie baut dabei auf zahlreichen Teilstrategien auf (Stadtentwicklungsplan STEP 2025, Klimaschutzprogramm, Städtisches Energieeffizienz-Programm SEP, Wiener Charta, Fachkonzept Mobilität, Fachkonzept Grün- und Freiraum, Strategie „Innovatives Wien 2020“ – dzt.in Erarbeitung etc.). Auch auf der Ebene des realen Handelns kann auf zahlreiche internationale Vorzeigebeispiele aus Wien verwiesen werden: Die kompakte Stadt mit dem daraus resultierenden Mobilitätsverhalten bewirkt, dass Wien schon heute eine „3.000 Watt – Stadt“[8] ist, dass die Wienerinnen und Wiener nur mehr rd. 28% ihrer täglichen Wege mit dem Privatauto zurücklegen und, dass in Wien Wohnungen nicht nur energetisch zeitgemäß errichtet werden, sondern auch leistbar sind. Wenn das Wiener Wasser eine so hohe Qualität hat, dass auf Wasser in PET-Flaschen verzichtet werden kann, ist das im internationalen Vergleich jedenfalls smart. Dass mit dem Trinkwasser auch Energie erzeugt wird, kann auch ein verkaufbares Produkt sein. Dass etwa dank umfassender Abwasserreinigung die Donau Wien genauso sauber verlässt, wie sie nach Wien reinfließt, freut die Anrainer stromab; dass mit der Abwasserreinigung absehbar auch die Erzeugung von Strom für 20.000 Haushalte verbunden ist, kann als smart bezeichnet werden. Dass die Wienerinnen und Wiener dank schlauer Mobilität die österreichweit geringsten Mobilitätskosten haben, ist auch sozial relevant.

Die Wiener Stadtplanung nimmt mit dem Prozess Smart City Wien auch eine neue Steuerungs- und Servicerolle bezüglich einer gesamthaften Entwicklung der Stadt ein. Sie zeigt, wie zeitgemäße Stadtplanung mit ihrem Wissen um absehbare Veränderungen, um Trends aber auch um soziale und technische Herausforderungen ihre produktive Unterstützungs- und Beratungsfunktion ausbauen kann[9].

Wien vernetzt sich dabei international insbesondere mit jenen Städten, die einen ähnlichen Ansatz wie Wien pflegen (bspw. Hamburg, Kopenhagen, Amsterdam oder Stockholm). Die Vorstellungen auf globaler Ebene, was eine smarte, zukunftsfähige Stadt ausmacht, genauso aber auch die aktuellen Positionen der Europäischen Kommission, die noch eher KonsumentInnen, als BürgerInnen adressiert, bedürfen aus Sicht Wiens noch einer maßgeblicher Weiterentwicklung.

Es geht also aus Sicht einer zeitgemäßen Stadtplanung nicht um die Wahl zwischen elaboriertem Städtebau klassischer Prägung oder Smart City. Wir benötigen vielmehr der Komplexität der Herausforderung angemessene Methoden der Entwicklung der Stadt. Stadtplanung in diesem Sinne verstanden setzt auf soliden Städtebau mit hoher Gestaltungskraft, geht aber weit darüber hinaus. Sie ist im Stande, die prozesshafte Gleichzeitigkeit städtischer Phänomene von dynamischer technischer Innovation bis hin zu Fragen sozialer Sicherheit, von neuen Mobilitätsformen bis zu neuen Wohn- und Arbeitsformen, in einer holistischen Sichtweise integrativ zu adressieren und dabei – falls erforderlich - zielgruppenspezifisch zu differenzieren. Sie setzt sich schlicht mit absehbaren neuen Lebenswelten der Menschen auseinander.

Wien setzt dabei bewusst auf das Label Smart City, weil wir tatsächlich schlau sein müssen, um auch künftigen Generationen eine mit heute vergleichbare Lebensqualität zu gewährleisten. Smart City in diesem Sinne verstanden stellt gewissermaßen auch eine „Arte Povera“ dar mit Qualitätsbewusstsein, hohem Gebrauchswert, Kostenbewusstsein und sparsamen Ressourceneinsatz. Zukunft ist für Wien nichts Bedrohliches sondern eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe. Der Wiener Weg der Smart City bietet dabei sehr viele Chancen. Chancen für den Wirtschafts- und Forschungsstandort, Chancen für jede(n) Einzelne(n) sich mit eigenen Innovationen einzubringen.

7) https://smartcity.wien.gv.at/site/wp-content/blogs.dir/3/files/2014/06/Mitteilung-des-B%C3%BCrgermeisters-zur-Smart-City-Wien-Rahmenstrategie1.pdf

8) http://www.2000watt.ch/

9) Genderplanning und Zielgruppenorientierung werden etwa international als führend wahrgenommen.

Wohnen im europäischen Haus.

Autorin:

Rosemarie Mieder
für den Berliner Mieterverein e.V.
in MieterMagazin 5/2014

www.berliner-mieterverein.de

Es gibt in Europa Wirtschafts und Politikbereiche, die – noch und aus guten Gründen – außerhalb normierender EUEinflussnahmen stehen und den nationale Standards von den betreffenden Mitgliedsstaaten mitunter engagiert verteidigt werden. Die Wohnungspolitik und die Wohnungsbauförderung gehören dazu. Zwar kennen viele EUStaaten Formen sozial und wirtschaftspolitischer Eingriffe in die Wohnungsversorgung ihrer Bürger, aber was unter dem Begriff des „social housing“ gemeinhin zusammengefasst wird, ist in den einzelnen Ländern programmatisch und materiell genauso unterschiedlich ausgestaltet wie das jeweilige nationale Verhältnis zum Mieten oder Besitzen einer Wohnung. Wie man wo in Europa wohnt und welchen Einfluss Europa auf das Wohnen nimmt, zeigt der folgende Streifzug durch das europäische Haus.

Der Vorgang ist unter dem nüchternen Aktenzeichen E 2/2005 abgelegt: „The Dutch Case“ – der Holländische Fall. Er birgt ein Urteil mit Sprengkraft, denn mit ihrer Entscheidung im Jahr 2009 hat die europäische Wettbewerbskommission in die soziale Wohnungspolitik der Niederlande auf dramatische Weise eingegriffen. Wohnungen mit staatlich geförderter Miete, so die EUGesetzgeber, sollten zu 90 Prozent aus schließlich für „benachteiligte Bürger und sozial schwache Gruppen“ bereitgestellt werden. Dafür zog die Kommission eine deutlich engere Grenze als die in den Niederlanden geltende: 33.000 Euro BruttoHaushaltsJahreseinkommen - statt 38.000 Euro. Das schloss mit einem Schlag 650.000 Haushalte von diesem wichtigen Teil des nationalen Wohnungsmarktes aus. Bei rund 16,7 Millionen Einwohnern in den Niederlanden dürfte das viele hart getroffen haben – „Volkshuisvesting“ bietet breiten Schichten der Bevölkerung schließlich seit mehr als 100 Jahren bezahlbaren Wohnraum. „Es war das Schlimmste, was uns passieren konnte“, erklärt Barbara Steenbergen, die Brüsseler Büroleiterin des weltweiten Mieterverbands International Union of Tenants (IUT). Der vertritt insgesamt 61 nationale und auch regionale Mietervertretungen, die im IUT gemeinsam agieren und ihre Interessen gegenüber einer rein markt und gewinnorientierten Mieten und Wohnungspolitik vertreten. „Der Kommissionsentscheidung lag das europäische Wettbewerbsrecht zugrunde“, erklärt Barbara Steenbergen. In die Wohnungspolitik ihrer Mitgliedsstaaten greift die EU nämlich nicht direkt ein. Hier gilt das Subsidiaritätsprinzip: keine Rechtsvorschriften aus Brüssel, keine europäische Finanzierung von nationalen Wohnungsbauvorhaben. All dies ist Sache der Mitgliedsländer.

Dass der niederländische Sozialwohnungsmarkt dennoch ins Visier der Kommission geriet, hat zum einen mit der Klage eines institutionellen Anlegers zu tun, zum anden mit einer sehr unterschiedlichen Politik der Daseinsfürsorge in den EUStaaten. Prinzipiell ist nach europäischer Ansicht der Soziale Wohnungsbau zwar zulässig, aber – nachdem der Klage im „Holländischen Fall“ stattgegeben wurde – mit der Maßgabe, dass dieser auf Benachteiligte und sozial Schwachgestellte beschränkt werden muss. Sonst sei er nicht mit EUWettbewerbsregeln vereinbar, öffentlichen Wohnungsunternehmen verschaffe staatliche Subventionierung einen klaren Vorteil gegenüber privaten Vermietern.

Flaggschiffe und Rostkähne

„Es gibt keine einheitliche Definition, was Sozialer Wohnungsbau ist, obwohl sich doch in allen Mitgliedsstaaten mehr oder weniger Elemente davon finden“, sagt Michaela Kauer. Als Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU verfolgt sie die Entwicklung der europäischen Wohnlandschaft seit vielen Jahren. Und die ist alles andere als homogen. „Nehmen Sie beispielsweise Wien“, so Michaela Kauer. „Das ist ein Flaggschiff des kommunalen Wohnungs-

baus. “Schon vor über 90 Jahren nahm es Fahrt auf: In der Ersten Republik, dem „Roten Wien“, beschlossen die regierenden Sozialdemokraten, neue große Wohnanlagen für Arbeiter zu bauen. Es entstanden die ersten 65 000 Gemeindewohnungen, die die Stadt nach einem Punktesystem vergab. Das bevorzugte erst einmal einkommensschwache Familien. Heute gibt es circa 220 000 solcher Gemeindewohnungen in Wien, hinzu kommen etwa noch einmal so viele Wohnungen gemeinnütziger Träger. Insgesamt leben 60 Prozent der Wiener in diesen beiden geförderten Wohnformen. Die NettoMietpreise in den Gemeindewohnungen betragen 2,97 Euro pro Quadratmeter im Bestand. Neu vermietet wird für 5,39 Euro. „... egal, wo Sie wohnen – ob nun weiter draußen oder in der Innenstadt“, so Michaela Kauer.

© Wien3420 / Schedl

Wenn Sybille Münch, Politikwissenschaftlerin an der TU in Darmstadt, an Ungarn denkt, fällt ihr in Sachen Wohnen eher kein Flaggschiff, sondern ein rostiger Kahn ein. Vor ihrem inneren Auge taucht da ein gewaltiger Plattenbau inmitten einer Großsiedlung auf - die Umgebung vernachlässigt, die Fassade sanierungsbedürftig, Treppen und Dach in verheerendem Zustand. Aber die Fenster! Nicht nur die Rahmen sind sauber und ordentlich, ringsherum ist auch die Außenwand gestrichen - mit unterschiedlichen Farben und immer in dem Radius, den ein ausgestreckter Arm mit dem Pinsel erreichen kann.

„Nach dem Untergang des Kommunismus gab es in vielen osteuropäischen Staaten Mieterprivatisierungen“, erklärt Münch. Wohnungen wurden zu günstigen Preisen an die Mieter verkauft, teilweise fast verschenkt. Das hatte vor allem symbolischen Wert. Man wollte den Übergang in die Marktwirtschaft rasch und deutlich vollziehen und die Botschaft vermitteln: Wir geben Euch hier ein Stück Sicherheit mit auf den Weg in ein neues wirtschaftliches System. Das alte galt als ineffizient. Weltbank und nicht zuletzt auch die EU hatten auf eine Stärkung des Wohneigentums gedrängt. Und ganz nebenbei konnten die Staaten sich ihrer maroden Bausubstanz auf elegante Art entledigen. Um die Bestände heute zu sanieren oder auch nur die nötigsten Reparaturen auszuführen, gibt es in aller Regel weder Strukturen – wie etwa eine Eigentümergemeinschaft – noch das notwendige Geld bei den neuen Besitzern. „Für viele sind sogar die Energierechnungen zu hoch“, so die Darmstädter Politikwissenschaftlerin. Poor Ownership (arme Eigentümerschaft) bezeichnet dieses Phänomen: Ein hoher Anteil an Wohneigentum in einem Land muss eben nicht Reichtum bedeuten, sondern kann durchaus mit prekären Lebensverhältnissen einhergehen.

Gleichwohl steht Immobilienbesitz europaweit hoch im Kurs: Gut 70 Prozent der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten, so verzeichnet das Statistische Amt der Europäischen Union („Eurostat“) für 2010, lebt in selbstgenutztem Wohneigentum, nur knapp 18 Prozent wohnen in zu Marktpreisen angemieteten Wohnungen und kaum 12 Prozent zahlen ermäßigte Mieten oder wohnen ganz unentgeltlich.

Erstaunlich, zumindest auf den ersten Blick: Es sind gerade die reicheren Länder in Europa, die über ein großes Segment an Mietwohnungen verfügen, allen voran die Schweiz und Deutschland. Hier leben nach Eurostat 55,6 Prozent beziehungsweise 53,2 Prozent aller Bewohner zur Miete. Im armen Rumänien sind es nicht einmal drei Prozent. Wie es um den Mietwohnungsmarkt in Griechenland bestellt ist, verrät nicht nur der Umstand, dass das EULand keinerlei organisierte Mietervertretung im IUT hat. Wenn in Griechenland jemand sein Haus verliert, etwa weil er keine Arbeit mehr hat und die Hypothek nicht mehr bedienen kann, dann rücken meist andere Familienangehörige oder Freunde zusammen.

Die Schatten der Privatisierung werden länger

Was sich in dem Krisenstaat gerade vom Problem für Einzelne zur Katastrophe für Viele auswächst, hat Spanien längst im Würgegriff: Eine gigantische Welle von Zwangsräumungen ist über das Land hinweggerollt. 500 000 Wohnungen mussten in den zurückliegenden fünf Jahren an die Banken zurückgegeben werden, weiß Barbara Steenbergen von der IUT zu berichten. Dies verschärft die Überbelegung von Wohnraum, die in Spanien wie im gesamten südeuropäischen Raum ohnehin schon groß ist, noch deutlich.

Spitzenwerte in puncto Überbelegung weisen aber die auch sonst nicht gerade

„Sozialer Mietwohnungsbau nur für die Ärmsten – das schafft Segregation. Eine gute Durchmischung der Quartiere in unseren Städten lässt sich so nicht erreichen."

Barbara Steenbergen

privilegierten neuen EUMitglieder auf: Allen voran Lettland, gefolgt von Rumänien, Polen, Bulgarien, Ungarn und Litauen. Am anden Ende der Skala, dort, wo es sich wesentlich geräumiger und großzügiger lebt, rangieren die Niederlande.

„Es regt sich Widerstand, gerade bei den sozialen Bewegungen", urteilt der Berliner Sozialwissenschaftler Andrej Holm. Beispielsweise in England, wo in den letzten drei Jahrzehnten immer mehr der kleinen vermieteten Reihenhäuser, „Council Houses" genannt, an solventere Bewohner verkauft worden sind. Die Regierung unter der früheren konservativen Regierungschefin Margaret Thatcher hatte diese Entwicklung seinerzeit angestoßen und mit dem Argument befördert, dass Privatbesitzer verantwortungsbewusster seien und sich mehr kümmern würden: um die Pflege ihrer Häuschen, um bessere Nachbarschaft, das Image der Quartiere. Schmuckstücke sollten die grauen Siedlungen werden – eingetreten ist das Gegenteil. Der Verkauf einzelner Immobilien entwertete den verbleibenden Bestand an kommunalen Mietwohnungen und häusern enorm. Holm: „Privatisiert werden konnten natürlich nur die besten Bestände, geblieben sind Schrottimmobilien und Straßenzüge, in denen jetzt nur noch die Ärmsten der Armen wohnen." Und da zieht jetzt niemand mehr hin.

Aufruhr gab und gibt es auch in Frankreich, wo schon die Wohnadresse über die Zukunft eines jungen Menschen entscheiden kann. Wer etwa eine Straße in den Banlieues, den heruntergekommenen Sozialsiedlungen in den Vororten der großen Städte in den Bewerbungsbögen angibt, muss damit rechnen, weniger Chancen auf dem Ausbildungs und Arbeitsmarkt zu haben.

Proteste allerorten haben nun Bewegung in die Politik gebracht. In Spanien gibt es Überlegungen, zwangsgeräumte Immobilien in Mietwohnungen umzuwidmen und sie zu erschwinglichen Preisen an den Markt zu bringen. Auch ein Umdenken bei den Banken ist mittlerweile zu beobachten, weil diese inzwischen auf einer zu großen Zahl zwangsgeräumter und unverkäuflicher Immobilien sitzen. Auch in Irland (circa 75 Prozent Wohneigentum) hat die prekäre Lage neue Ideen produziert: „Mortgage to rent scheme" - „von der Hypothek zur Miete" ist eine staatliche Initiative, um jenen zu helfen, die ihre Baukreditlasten nicht mehr tragen können und vor dem Rauswurf stehen.

„In Deutschland scheint man sich der Gefahr, die mit einem Trend zu immer mehr Wohneigentum verbunden ist, bisher kaum bewusst zu sein", gibt Andrej Holm zu bedenken. Er hat den Berliner Wohnungsmarkt seit dem Fall der Mauer beobachtet und analysiert. Der Verkauf von Wohnungen in der Innenstadt hat den Markt enorm verändert. „Seit 2011 gibt es im Prenzlauer Berg mehr Eigentums als Mietwohnungen", so Holm. „Das ist der Punkt, wo sich die Mieterstadt Berlin aufzulösen beginnt – und mit ihr die soziale Mischung der Bevölkerung." Die Folge: Segregation.

Für eine Großstadt kann es fatale Folgen haben, wenn Gering und schließlich auch Durchschnittsverdiener mehr und mehr nach draußen gedrängt werden. Sybille Münch hat im Rahmen einer Analyse des Frankfurter Wohnungsmarktgeschehens festgestellt: „Städtische Dienstleister wie zum Beispiel Kinder und Alteneinrichtungen haben in der Main Metropole immer größere Probleme, Personal zu finden." Der Arbeitsweg ist vielen außerhalb Wohnenden einfach zu weit.

Diese bittere Erkenntnis hat London schon lange gemacht. Weil bei Weitem nicht mehr nur die City, sondern weite Teile der MegaStadt selbst für mittlere und sogar gute Einkommensschichten unbezahlbar geworden sind, sind diese abgewandert. Und statt nun stundenlange Fahrtwege zur Arbeit in

Kauf zu nehmen, sucht man außerhalb nach einem neuen Job. Der Stadt gehen dadurch die sogenannten Keyworker verloren - jene Menschen, die mit ihrer Arbeit London am Laufen halten: Sanitär und Reinigungskräfte, Polizisten, Verkäuferinnen, Kindergärtnerinnen, Busfahrer und Hausmeister. Barbara Steenbergen: „In London ist man jetzt dabei, über das Thema Stadtumbau nachzudenken“ - und die Strukturhilfefonds abzurufen, die die EU dafür anbietet.

„Auch wenn die EU keinen direkten Einfluss auf die Wohnungspolitik ihrer Mitglieder nehmen darf, gibt es doch Gesetze und Entscheidungen, die den Immobilienmarkt und damit sowohl Mieter als auch Eigentümer nicht unberührt lassen“, erklärt Özgür Öner vom Bundesverband deutscher Wohnungs und Immobilienunternehmen (GdW). Da wären Energie und Umweltpolitik, Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und auch Brüsseler Finanzbeschlüsse.

„Es gibt in der EU viele Möglichkeiten, Entwicklungen von Stadtstrukturen zu beeinflussen.“ Der Leiter des Brüsseler Büros des GdW spricht über die mit Milliarden Euro gefüllten Fördertöpfe, die bereitstehen und von jedem Land abgerufen wer den können – der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) etwa oder der Europäische Sozialfonds (ESF). Das große Ziel heißt „Kohäsionspolitik“ – ein Begriff, der bereits Mitte der 1980er Jahre in Brüssel geprägt wurde und ein wichtiges Element europäischen Agierens benennt: Kohäsionspolitik soll zum Zusammenhalt in der Gemeinschaft führen, indem zwischen reicheren und ärmeren Regionen umverteilt und Folgen ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung in der EU verringert beziehungsweise ausgeglichen werden.

Die Wohnungsfrage wird dabei auch in der EU immer größere Bedeutung gewinnen. Und das nicht nur um des sozialen Friedens Willen. Denn wo ein Zugang zu erschwinglichen Mietwohnungen fehlt, schadet dies der Wirtschaft. Die verlangt Mobilität am Arbeitsmarkt.

Barbara Steenbergen: „Erschwingliche Mietwohnungen für alle Gruppen der Bevölkerung ist die Voraussetzung von Mobilität und damit Wachstum.“ Am Beispiel Italiens zeigt sich, was es bedeutet, wenn ein ganzes Land hauptsächlich auf eine Wertvorstellung setzt, nämlich auf die vom Wohneigentum. Nicht in den eigenen vier Wänden zu wohnen gelte als gesellschaftliches Manko, so die IUTVertreterin. Vor allem für junge Leute wird das zur Falle.

Italien ist das Land der „Nesthocker“: Rund 70 Prozent aller unverheirateten Männer über 30 wohnen hier noch bei ihren Eltern. Und es ist ein Land mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 40 Prozent. „Die würden ja ausziehen, woanders nach einer Arbeit suchen und sich dort eine Wohnung mieten“, so Barbara Steenbergen, „aber die finden einfach nichts, weil es erschwingliche Mietwohnungen kaum gibt.“ Sie müssen also außer Landes, etwa nach Österreich oder Deutschland, um dort, wo sie Arbeit finden, auch wohnen zu können.

Wien hat sich längst auf Zuwanderer eingestellt – und bereitet sich vor. Mit dem neuen Stadtteil Aspern soll ein Quartier entstehen, das von vornherein viel Mischung zulässt: „Für junge Leute werden in den Wohnhäusern sogenannte SmartWohnungen geplant“, berichtet Michaela Kauer. Klein, ohne überflüssigen Luxus wie etwa einen angeschlossenen Parkplatz oder eine Einbauküche, sind sie preiswert und ideal für eine erste eigene Wohnung. Auch dass Aspern zentrumsfern auf einem ehemaligen Flugfeld errichtet wird, ist kein Problem. Michaela Kauer: „Das erste, was Wien für das neue Quartier gebaut hat, ist eine superschnelle UBahnverbindung.“ Mit der ist man in einer Viertelstunde am Stephansdom.

Er wolle sich wirklich nicht als „EU-Feind“ verstanden wissen, hatte der Wiener Bürgermeister Michael Häupl im November letzten Jahres immer wieder betont. Aber den „Anschlag auf den Sozialen Wohnungsbau“ aus Brüssel, den konnte seine Stadt nicht einfach so hinnehmen.

Die Städte pochen auf Eigenständigkeit

Wien legt großen Wert auf Selbstbestimmung. Und nachdem die Europäische Kommission nicht nur in den niederländischen Sozialen Wohnungsbau eingegriffen hatte, sondern auch ein Urteil gegen Schweden auf dem Tisch liegt und eine Klage gegen Frankreich wegen Wettbewerbsverzerrung derzeit verhandelt wird, haben Häupl und sein Wohnbaustadtrat Michael Ludwig eine Resolution aufgesetzt, die das österreichische und vor allem das traditionelle Wiener System des Sozialen Wohnungsbaus verteidigt.

Und sie haben es nicht im nationalen Rahmen belassen, sondern bei ihren Amtskollegen angeklopft. 30 europäische Stadtoberhäupter haben seitdem ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt – Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ist einer von ihnen. Sie pochen darauf: Wohnungspolitik sei Sache der Länder.

Sollte sozialer und damit geförderter Wohnungsbau per Dekret aus Brüssel künftig nur noch einer definierten kleinen Gruppe von besonders sozial Benachteiligten und Einkommensschwachen vorbehalten bleiben, wäre das ein ungeheuerlicher Eingriff in die Mietwohnungsmärkte, so Barbara Steenbergen. Sowohl für die IUTVertreterin wie für die Wienerin Michaela Kauer und den Vertreter der Immobilienbranche Özgür Öner ist solch eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips nicht hinnehmbar. Sozialer Wohnungsbau, gerade mit seinen nationalen Ausprägungen, sei eine wesentliche Voraussetzung für die Herausforderungen, vor denen die europäischen Städte in den kommenden Jahren stehen werden: Wachstum durch immer mehr Zuwanderung, demografischer Wandel und mit ihm die Versorgung jüngerer und älterer Menschen mit adäquatem Wohnraum.

Rekommunalisierungstrend in Europa.

Autorin:

MMag.ª Barbara Hauenschild
Mag.ª Susanne Halmer, BA

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

In „Argumentarium gegen die Liberalisierung des Wassersektors“

MA 27 – Europäische Angelegenheiten, 2014

Der Wassersektor nimmt innerhalb der Daseinsvorsorge eine Sonderstellung ein. Als nicht substituierbare Ressource und lebensnotwendiges Gut hat die Versorgung mit Wasser einen besonders hohen Stellenwert. Dadurch ist die Wasserversorgung bis dato von einer breiten Liberalisierungs- und Privatisierungswelle verschont geblieben, auch wenn es immer wieder Versuche gab, den Wassermarkt stärker für private Investoren zu öffnen.

Die EU-Kommission postulierte bereits Mitte der 1990er Jahre die Liberalisierung des Wassersektors als Ziel. Seither wurde über verschiedene Wege versucht, diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Zuletzt brachte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Konzessionsrichtlinie ein, die auch die Wasserversorgung betraf. Der Wassersektor wurde aufgrund massiver Proteste von Bürgerinnen und Bürgern zwar vorerst ausgenommen, die Übergangsfrist läuft jedoch 2020 aus. Danach könnte auch dieser Bereich wieder in den Fokus von Liberalisierungsbestrebungen rücken.

Neben den anhaltenden Liberalisierungstendenzen gibt es aber auch einen gegenteiligen Trend. Seit einigen Jahren häufen sich Fälle, in denen Städte und Kommunen in ganz Europa die Wasserversorgung wieder selbst übernehmen. Sie rekommunalisieren - und das durchaus mit Erfolg!

Rekommunalisierung – Kommunen übernehmen

Mit dem etwas sperrigen Begriff der Rekommunalisierung bezeichnet man all jene Vorhaben, die die Rückübertragung von privatisierten Aufgaben in die öffentliche Hand zum Ziel haben. Rekommunalisierungstendenzen lassen sich nicht nur bei der Wasserversorgung nachweisen, sondern haben mittlerweile nahezu alle Bereiche der Daseinsvorsorge – von der Energieversorgung über die Abfallsammlung bis hin zum Öffentlichen Personennahverkehr – erfasst. Waren es zunächst nur einzelne Beispiele, lässt sich mittlerweile ein Umdenken in weiten Teilen Europas erkennen.

Ausgangslage

Die Wasserversorgung ist ebenso wie die anden Bereiche der Daseinsvorsorge stark von nationalen Traditionen geprägt. In den meisten europäischen Ländern hat bis jetzt der Eigencharakter der Ressource zu einer Konzentration der Wasserver- und Abwasserentsorgung in der Hand der Kommunen geführt. Während in Österreich private Akteure bei der Wasserversorgung kaum eine Rolle spielen, sind sie in anden europäischen Ländern, wie etwa Großbritannien oder Frankreich, starke Mitbewerber. Hier hat die private Wasserversorgung eine lange Tradition. Nicht zufällig stammen zwei der größten privaten Wasserversorgungsunternehmen, Veolia und Suez, aus Frankreich.

Gerade im Vorreiterland der privaten Wasserversorgung, Frankreich, haben in den letzten Jahren viele Kommunen den eingeschlagenen Kurs korrigiert. Dies hat zusehends auch Kommunen in anden

MMag.ª Barbara Hauenschild
Mag.ª Susanne Halmer, BA

Ländern Europas zum Umdenken bewegt und Rekommunalisierungen vorangetrieben.

Enttäuschende Privatisierungen

Die Gründe für Kommunen, eine Dienstleistung wieder in Eigenregie durchzuführen, sind vielfältig. Einerseits wurden die Schwächen der Privaten in den letzten Jahrzehnten allzu deutlich, andererseits sind die Vorteile einer öffentlichen Leistungserbringung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

© kaboompics.com

Enorme Preissteigerungen

Die Befürworter der Marktöffnung haben bessere Qualität zu geringeren Preisen versprochen. Ein Mythos, der längst entlarvt ist. Zahlreiche Studien [1] belegen mittlerweile, dass öffentlich erbrachte Leistungen in der Wasserver- und Abwasserentsorgung nicht teurer sind als private, und das bei weitaus besserer Qualität. Privatisierungen führen hingegen in den meisten Fällen zu Preiserhöhungen, wie einige Beispiele veranschaulichen sollen: In den 15 Jahren der privaten Erbringung ist der Wasserpreis in Budapest um das Doppelte gestiegen, in Potsdam und Bordeaux hat er sich in Folge der Privatisierung innerhalb von nur drei Jahren um 30 Prozent erhöht und in London führten die hohen Wasserpreise gar dazu, dass einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die ihre Rechnung nicht bezahlen konnten, der Wasseranschluss gesperrt wurde.

Die Preissteigerungen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass Wasser ein „natürliches Monopol“ ist. Es kann nur schwer über längere Strecken transportiert werden und die Konsumentinnen und Konsumenten können nicht zwischen verschiedenen Anbietern wählen.

“Many public services are natural monopolies […] and private production in these cases is unlikely to yield cost savings.” [2] Vormals öffentliche Monopole werden bei einer Privatisierung durch private Monopole ersetzt. Dies verhindert Wettbewerb und führt durch die Gewinnorientierung privater Akteure häufig zu exorbitanten Preissteigerungen.

Bei der Preispolitik zeigt sich außerdem der grundsätzliche Unterschied zwischen kommunalen und privaten Anbietern. Die Gemeinwohlorientierung der Kommunen, sprich die Sicherstellung einer leistbaren Versorgung der Bevölkerung unter Einhaltung von Qualität-, Sozial- und Umweltstandards, sorgt für eine stabile Preisentwicklung.

Privatisierungen als Finanzierungsmodell

Ein weiteres Motiv für Privatisierungen und Konzessionsvergaben sind oft finanzielle Überlegungen. Die Einnahmen durch Privatisierungen sollen den Kommunen häufig dazu dienen, vorhandene Budgetdefizite kurzfristig auszugleichen. In der Realität haben diese einmaligen Einnahmen

Die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfall und öffentlicher Nahverkehr sowie soziale Dienstleistungen sind wichtige Elemente der Daseinsvorsorge, Städte und ihre Unternehmen sind Garanten für das Funktionieren dieser – für die Lebensqualität der BürgerInnen essentiellen – Leistungen, oft kurz zusammengefasst als Daseinsvorsorge. In Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen wird immer wieder der Ruf nach Liberalisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorgeleistungen laut. Die MA 27 – Europäische Angelegenheiten hat 2014 die Erstellung eines **„Argumentariums gegen die Liberalisierung des Wassersektors“** koordiniert, das nicht nur als Argumentationshilfe im Zuge von Verhandlungen zu aktuellen Handelsabkommen dienen soll, sondern auch einen guten Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Wasserversorgungssektor in europäische Städten bietet.

www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/publikationen.html#leitfaden

1) Quelle ist der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, der 2010 einen Vergleich Europäischer Wasser- und Abwasserpreise erstellt hat. Zu finden hier: https://www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_VEWA-Studie_Kurzfassung_Vergleich_Europaeischer_Wasser-_und_Abwasserpreise/$file/_12_seiter_vewa_studie_bdew_DEUTSCH_V1.pdf

2) Bel, Fageda, Warner, 2008

die Haushalssituation der Kommunen zwar kurzfristig entlastet, jedoch nur unter Verzicht auf dauerhafte Einnahmen. Langzeitstudien[3] belegen mittlerweile, dass Privatisierungen nur kurzfristig Budgetlöcher stopfen, langfristig aber ein Verlustgeschäft für die Kommunen sind. Dazu trägt auch bei, dass für die Kommunen oft zusätzliche Kosten anfallen, da sie in der politischen Verantwortung bleiben, selbst wenn sie die Leistung nicht mehr selbst erbringen. So erzeugen Regulierungsbehörden, wie sie etwa in England zur Kontrolle der Wasserpreise installiert wurden, einen zusätzlichen administrativen und finanziellen Aufwand.

Darüber hinaus sind die Kaufsumme bzw. das Eintrittsgeld, das bei einer Konzessionsnahme von den Privaten an die Kommune bezahlt wurden, nichts anderes als ein Kredit, der im Endeffekt von den Kundinnen und Kunden über den Wasserpreis zurückbezahlt wird. Viele Erhöhungen der Wasserpreise nach Privatisierungen sind unter anderem dadurch erklärbar. Diese auch in Frankreich übliche Vorgehensweise führte etwa in Toulouse zu einem Skandal, als der private Versorger Veolia dies im Zuge eines Audits Anfang der 2000er Jahre auch offiziell bestätigte.

Sinkende Qualität durch fehlende Investitionen

Die Befürworter von Privatisierungen versprachen neben sinkenden Preisen vielfach auch Qualitätssteigerungen. Die diesbezüglichen Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt. „Selbst bei als Modellprojekten geplanten Privatisierungen sind die Ergebnisse hinsichtlich Produktivität und Qualität alles andere als überzeugend.“[4]

Eine Vergleichsstudie hat ergeben, dass in Ländern mit hohem Anteil privater Versorger die Verluste des Trinkwassers um ein Vielfaches höher sind. So gingen in den öffentlichen Trinkwassernetzen, wie etwa jenem der Niederlande 7 Prozent, in Deutschland 6,5 Prozent und in Österreich nur 11 Prozent des Wassers verloren. In den privatwirtschaftlich dominierten Netzen Englands und Frankreichs lagen die Leitungsverluste mit 15,5 Prozent bzw. 20,9 Prozent weitaus höher.[5]

In einzelnen Kommunen sind die Verluste noch höher. So gehen in London täglich 3,3 Mrd. Liter Wasser verloren. Das entspricht etwa dem täglichen Wasserverbrauch der Bewohnerinnen und Bewohner Londons und Umgebung.

Die Qualitätseinbußen sind eine unmittelbare Folge von fehlenden Investitionen privater Unternehmen in die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur. Viele Privatisierungen erfolgten mit der Absicht, notwendige Infrastrukturinvestitionen auf Private abzuwälzen. Diese zeigten sich dabei aber allzu oft äußerst zurückhaltend. Im Wassersektor rentieren sich Investitionen frühestens nach dreißig Jahren, die Konzessionen laufen aber über einen Zeitraum von maximal dreißig Jahren. Für private Unternehmen, die in erster Linie an kurzfristigen Gewinnen orientiert sind, lohnen sich die Investitionskosten daher nicht. Öffentliche Träger sind hingegen daran interessiert, den Erhalt der Netzinfrastruktur langfristig zu gewährleisten. Viele Beispiele von Wasserprivatisierungen zeigen, dass der Plan der Kommunen, Infrastrukturinvestitionen an private Unternehmen weiterzugeben, in den meisten Fällen nicht funktioniert hat.

Rekommunalisierung in der Praxis

Drei ausgewählte Fallbeispiele sollen unterschiedliche Wege zu einer Rückkehr zur öffentlichen Leistungserbringung zeigen. Auch wenn jedes davon für sich steht, lassen sich doch Gemeinsamkeiten festmachen, die schließlich zur Rekommunalisierung geführt haben.

Paris

1984 wurde die Pariser Wasserversorgung per Konzession für einen Zeitraum von 25 Jahren an die beiden privaten Wasserriesen Veolia und Suez, vergeben. Eines der Motive für die Privatisierung war, dass unbedingt notwendige Investitionen in das Versorgungsnetz anstanden, die das kommunale Haushaltsbudget massiv belastet hätten. Die beiden Privaten investierten jedoch in den ersten Jahren kaum. Erst auf Druck der Stadt wurde saniert, im Gegenzug wurden die Wasserpreise allerdings enorm erhöht. Von 1985 bis 2009 stieg der Preis pro Kubikmeter Wasser um 265 Prozent. Die Inflation betrug im selben Zeitraum nur 70,5 Prozent.[6]

In Paris wurde deutlich, was sich auch in anden Städten gezeigt hat: Die Behauptung, dass der private Sektor besser ausgerüstet sei, hat sich als falsch erwiesen. Dann die private Leistungserbringung ging auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten.[7] Der im Jahr 2001 neu gewählte Bürgermeister Bertrand Delanoe brachte mit dem politischen Umschwung auch die Neuorganisation der Wasserversorgung. Das Bekenntnis der Stadt zur vollständigen Verantwortung für die Wasserversorgung führte 2007 zur Gründung einer kommunalen Betreibergesellschaft, die nach dem Auslaufen der Konzessionsverträge 2010 die Wasserversorgung übernahm. Diese Rekommunalisierung brachte eine Reihe an positiven Effekten für die Stadt (finanzielle Einsparungen, langfristige Planung ermöglicht höhere Qualität der Wasserversorgung) und die Bürgerinnen und Bürger (Senkung des Wasserpreises, Sozialtarif) mit sich.

3) Siehe bspw. AK, 2013: Was kosten Privatisierungen?

4) Schneider, 2013: 151.

5) vgl. BDEW, 2010: 10

6) vgl. http://www.globalwaterintel.com/archive/12/6/general/bordeaux-vote-re-municipalisation.html

7) “The simplistic idea that the private sector is naturally better equipped to manage urban water systems was proven wrong in Paris, where a private duopoly by powerful companies was operating at the expense of the residents of the city.“; Vgl. Pigeon et al. (2012)

MMag.ª Barbara Hauenschild
Mag.ª Susanne Halmer, BA

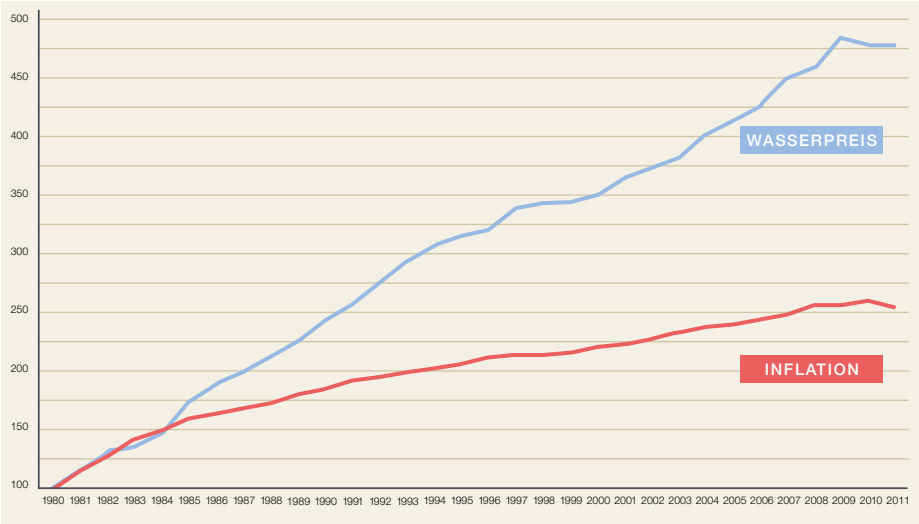


Abbildung: Entwicklung der Wasserpreise in Paris im Vergleich zur Inflation

Berlin

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands stand die Stadt Berlin vor großen finanziellen Herausforderungen und musste gleichzeitig die Wasserversorgung weiter ausbauen. In dieser Situation wurden 1999 die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert und 49,9 Prozent der Anteile an ein Konsortium aus RWE und Veolia verkauft. Bald wurde Kritik laut, dass große Teile der Verträge geheim waren und der Öffentlichkeit Informationen vorenthalten wurden. Darunter fiel die sogenannte „Gewinnklausel", die den Privaten den Ausgleich eines etwaigen Gewinnverlusts durch die Stadt zusicherte. Nachdem ab 2004 die Wasserpreise jedes Jahr gestiegen waren, forderte schließlich 2006 die neue Koalition zwischen SPD und Linken die Offenlegung der Verträge sowie letztlich eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserversorgung. Unterstützt wurde dies durch die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch". Der massive Druck bewegte auch die privaten Unternehmen, die ihre Anteile nicht wieder verkaufen wollten, zum Einlenken. Die Stadtregierung konnte sich nach längeren Verhandlungen im Juli 2012 mit RWE und im September 2013 mit Veolia einigen. Die Berliner Wasserbetriebe befinden sich seit 2013 wieder vollständig im öffentlichen Eigentum. Die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe „zeigt beispielhaft, wie Kommunen unter dem Druck der Finanznot fatale Privatisierungsentscheidungen treffen, sich durch einen verengten Blick auf kurzfristig erzielbare hohe Privatisierungserlöse nachhaltiger und größerer Finanzierungsmöglichkeiten begeben und wie Public-Private-Partnership-Modelle die Kommune des Einflusses und der Gestaltungsmöglichkeiten auf Unternehmen der Daseinsvorsorge berauben." [8)]

Grenoble

1989 vergab die Stadtregierung Grenobles unter dem Einfluss von Bürgermeister Alain Carignon die Wasserver- und Abwasserentsorgung an eine Tochterfirma von Suez für eine Laufzeit von 25 Jahren. Dies geschah gegen den Widerstand von Zivilgesellschaft, politischer Opposition und Gewerkschaften. Der Deal war für Suez äußerst rentabel, denn der Konzessionsvertrag enthielt für sie vorteilhafte Bedingungen und es wurden Aufträge an andere Teile des Suez-Konzerns vergeben. Der Schaden aus diesen Geschäftspraktiken wurde im Nachhinein mit ca. 150 Mio. Euro beziffert. Mitte der 1990er Jahre stellte sich außerdem heraus, dass Alain Carignon von Suez-Managern eine Reihe von „Geschenken" erhalten hatte. Darunter finanzielle Wahlkampfunterstützung ebenso wie Freiflüge oder eine Wohnung. Die Akteure wurden wegen Korruption und Bestechung zu Haft- und Geldstrafen verurteilt. An den Verträgen änderte das jedoch nichts, sie blieben bestehen.
2000 kam die Kehrtwende: Der massive Druck der Bürgerinitiative „Eau secours" und eine Reihe von Gerichtsurteilen führten schließlich zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

8) Wolf, 2013: Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe, 95f.

Social Innovation.
What's behind the City Scene?

Autor und Autorin:

François Jegou
Marcelline Bonneau

In The URBACT Tribune, September 2014

www.urbact.eu

Twitter @URBACT #SocInn

Das URBACT-Programm ist Bestandteil der Europäischen Kohäsionspolitik und soll den Austausch und Wissenstransfer zu nachhaltiger Stadtentwicklung unterstützen. In unterschiedlichen Kooperationsprojekten mit Pilotstädten werden Lösungsansätze zu urbanen Herausforderungen entwickelt und zur Adaptierung und weiteren Umsetzung der Städtegemeinschaft zur Verfügung gestellt.

„Wien ist nur dann smart, wenn Innovationen und Fortschritt eine soziale Komponente haben: Smart City heißt schließlich, dem Neuen zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei geht es oft um technische Neuerungen, zunehmend aber treten soziale Innovationen in den Vordergrund. Diese sind im Gegensatz zu rein technologischen Entwick-lungen stärker von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger inspiriert, breiter getragen und nehmen auf das Zu-sammenwirken verschiedener Individuen und Organisationen besonders stark Rücksicht."

Smart City Wien Rahmenstrategie, 2014

Cities increasingly face multiple and wicked issues and have fewer resources to tackle them. The traditional governance model struggles to address these issues and its limits reveal the need for a new governance culture. This article comes from the URBACT workstream "Social innovation in cities" and investigates the way social innovation has been catalysed in some cities together with a governance structural change, based on integrated, participatory and co-production approaches.

A challenging context

Cities face more and more complex and deep-rooted social, economic and environmental issues. Demographic decline, threats to economic development and competitiveness, growing social polarisation, climate change and the depletion of natural resources are amongst the most striking. At the same time, their finances have also been affected by the crisis, often cited as a "perfect storm" of rising needs and declining resources.

Some cities have found that, more and more, they cannot address these issues by doing what they have done in the past through traditional models of governance. The focus around single organisational or agency remits, relying on the deployment of resources over which leaders and managers have direct authority, and the rigidity of this top-down governance models have had their limits exposed. Consequently, there is a growing acknowledgment in many cities that new governance models are required.

As such, social innovation, intended here as new value creation models mainly based on human talents and resources is a means to problem-solving and solutions identification, aligned to the implementation of new governance processes in cities. Its characteristics are **collaboration** and **empowerment** of all involved stakeholders, and the use of **new tools** such as IT and online resources. The previous URBACT workstream on social innovation and youth identified that cities need to evolve new services alongside their citizens by becoming catalysts and innovation brokers. That workstream underlined the need for new leadership models and the implementation of appropriate ecosystems supporting social innovation.

Social innovation has indeed been used in some cities worldwide, and includes cases which are now internationally recognised as being effective in trying out new approaches to solving problems. The city of Medellin in Colombia is one of these examples: long known for high inequalities and crime rates, the city became an award-winner for its innovation and urban design. It has transformed its urban and social landscape, the first step of which was the construction of a Metrocable integrating isolated neighbourhoods into the remainder of the city. It has also regenerated some urban areas, recovered public spaces and built cultural and education infrastructures: these are believed to be key to the city's transformation and the enabler of citizens' increased participation in urban life. As a result, the city has become safer, less polluted, with less traffic, and greater social inclusion. [1)]

Seoul, in South Korea, is another example. Since his election in 2011 (and 2014 re-election), Seoul's mayor Won Soon Park has encouraged citizen participation and an atmosphere of open dialogue: for his initial election campaign he used social media to communicate and listen to the needs of the citizens. As a mayor he developed a multichannel platform to communicate openly about policy-making processes, enabling citizens to provide feedback on a real-time basis. This involved institutions created for the social activities of the city directly under

1) For more information, see URBACT blog on Medellin: www.blog.urbact.eu/2014/04/ making-sense-of-medellin/

François Jegou
Marcelline Bonneau

his office (the Social Innovation Bureau and the Public Communication Bureau). He has also encouraged social enterprises that use innovative methods to tackle social problems, and has expanded collaboration between government, the private sector and civil society.

Through cross-sector innovation, Seoul is involving all stakeholders, for example through:

– The Simincheong, located in Seoul City Hall: a "speaker's corner" for anyone who wants to send a video message to the city administration.

– The Hope Institute's civil creative programs: where citizens' ideas are turned into policies.

– The Seoul Innovation Planning Division: to showcase initiatives of social innovation in cities around the world and research how to apply them in the local context.

This approach has enabled the city to create large social achievements in a relatively short time in a large and complex city, while also maximising the city's resources and budget.

What these two examples show is that social innovation can be used to effectively address urban issues, with little economic resources and enhanced democratic participation.

However, these examples should not hide the fact that many city authorities are still "feeling their way" and trying to adapt their approach to problem solving. Not all cities are confident and comfortable about a governance change and the URBACT program is playing a key role in relation to this: it fosters exchange of practices for improved sustainable management of cities and provides the baseline for collaboration and the sharing of fresh thinking on common problems. At a time when there are increasing EU resources to support social innovation activity, URBACT's role is particularly valuable. This workstream is part of this approach.

What lies behind the practices of cities using social innovation? What does that imply in terms of local governance? How do municipal governments adjust their functioning, organisation and culture?What new roles should municipalities assume and which spaces should they create? These are some of the questions we seek to address in this article.

Engaging administration staff and stakeholders

One way of using social innovation in city governance has been in increasing "participation". Participation in city governance, indeed, has been promoted for many years to different extents: through consultations or the development of ad hoc activities where administration staff, citizens or stakeholders could feel that they were not only informed but also heard. Some cities have innovated in going beyond simple participatory processes towards more elaborated approaches to engage stakeholders.

This should first start with the city administration itself. Moving away from a hierarchical decision-making and problem-solving system, some municipalities have opened up the policy process to their staff, outside the strictly political level. They have developed **holistic approaches and methodology** in order to ensure that for a given problem, staff can learn from experiences of other sectors, enhance their knowledge, and move from problems to solutions.

This has been the experience of Malmö, in Sweden, in the healthcare and elderly care sectors. Discussions and exchanges brought together civil servants and politicians: the variety of perspectives coming from the different fields of work of participants enriched the dialogue, design and implementation of local policies for elderly. As a result, the working approach has been adopted by other levels of government and the administration of Malmo South is currently running more innovative projects for elderly compared to other city areas.

Integrated and systemic approaches have also led to learning across sectors. The municipality of Gdansk, in Poland, has been successful in creating a working group defining the agenda for education. When dealing with education and social issues, the municipality acknowledged the need for transversal policy-making: "deprived areas, preparation of pupils and students for adulthood and the job market, the adaptation of schools not only to the highly changing needs of the school- children, but to the whole local community, where inhabitants can find their place and become more active", as mentioned by Piotr Kowalczuk from the city of Gdansk. As such, an informal think-tank was created five years ago: 15 civil servants worked over two years on the definition of common values, on converting the social aid into a social development policy and working on a cultural change process to integrate citizens and stakeholders' perspectives into governance.

This process led to a shift in the integration of citizens in problem solving. Also, in policy terms, education became a top priority for the city from 2012 onwards and some of the members of the think-tank were integrated into the city administration staff.

There are many cities like Gdansk that have involved citizens and stakeholders in the design and implementation of new services.

Amersfoort's broker role – partner in the URBACT Sustainable Food in Urban Communities network

The administration of the City of Amersfoort (The Netherlands) has adopted a new governance approach „letting go" more often and favouring the collaboration with citizens and stakeholders over the traditional top-down command and control method. The administration has also given groups of citizens the responsibility to find and implement solutions for some key societal issues such as health care.

One of the goals of the administration is to support city initiatives to get started or scaled up. This is only possible through a systematic match-making process between stakeholders and a strong networking activity: through meetings, attendance at public events and presence within the community such as during local food markets. As such, the administration focuses heavily on connecting initiatives with the government of the city and communicating on the projects.

The city has launched this work on specific topics, such as food, health care and welfare or city maintenance , as well as working transversally on general city governance issues. In the food sector, it has for example a large experience of working on the accessibility of food in the city, community gardens, natural playing fields and educational gardens, especially enhanced by the Local Support Group on sustainable food.

Through networking and matchmaking, the city ensures that projects arising for the created connections can be implemented in a fully independent way. This results in a better knowledge and integration of all parties in city governance which is also made possible thanks to the reactivity of the municipality when support is needed.

www.sustainable-everyday-project.net/urbact-sustainable-food/category/amersfoort/

This requires creating new synergies between administration and stakeholders, sharing and benefiting from each others' experiences, as well as cooperating on concrete projects, sharing tasks and responsibilities.

Through **cooperation** and **co-creation** and up to **co-responsibility,** a whole new system has come to life in some cities, making a "micro-society" in itself, a working and more sustainable system within the wider society. Furthermore, beyond connecting stakeholders from different and separate arenas, some public authorities have tried to settle relationships between them, at the same time embedding social and environmental values. This has been the aim of the URBACT TOGETHER network which has addressed cities' challenges from the identification of needs from citizens themselves at the same time empowering them in the implementation of solutions.

François Jegou
Marcelline Bonneau

Brokering between stakeholders in the city

In order to ensure an efficient and working integration of all relevant stakeholders in city governance, some cities had to adapt their role, and sometimes extend their competencies. In particular, it has been proven crucial not only to bring stakeholders together but also to stimulate relationships and initiate new partnerships. As such, some civil servants have played an active role as "brokers". As stated in the "How can cities support young people through social innovation?" (URBACT Tribune 2012), the function of the "trusted broker" is pivotal in establishing relationships based on trust, between all stakeholders.

A broker, ensures the function of mediator between two parties. In a city, it requires organising a complex set of activities, which go beyond the usual practices of the administration. One key feature is match-making between stakeholders: civil servants need to identify stakeholders, connect them and ensure that a form of cooperation can arise.

Other features are the need to animate and use specific tools, which requires a proactive role in the field with stakeholders. Ensuring that the brokering role is efficient in turn demands developing specific soft and hard skills (i.e. from empathy to forms of public entrepreneurship), as well as adapting to a new working method (i.e. fostering partnerships without breaking into the expected neutrality of the public sector). Our research indicates that dedicated training in these new competences is crucial.

One of the platforms enabling this brokerage function has been the Local Support Groups set up within the URBACT program, where partner cities commit themselves to listening to and liaising with stakeholders, and co-produce solutions towards the generation of more efficient and strategic Local Action Plans (LAP)[2]. As part of the URBACT Sustainable Food in Urban Communities network, the City of Amersfoort went beyond the group's stakeholders to expand with regular and frequent interactions with citizens and stakeholders, integrating them more actively in city governance and ensuring matchmaking for the development of projects.

Creating shared spaces and ways to engage and innovate

In adapting their role to new urban realities, some cities have gone beyond the usual structures for problem-solving, such as meetings, to provide a space for experimentation with innovative solutions. In these cities the administration is not solely responsible for identifying and implementing solutions. While retaining this final responsibility it has created space for other actors to bring new ideas and facilitate their implementation.

One example has been the use of procurements such as competitions, calls and others to orient and stimulate innovation. Not only does this create new opportunities, but it also widens the administration's service providers. In light of this, some cities have experimented with complementary forms of participative

2) A specific edition of the URBACT Tribune in August 2011 made an overview and analysis of LSGs and the integrated and co-production journeys,highlighting the benefits for city governance and policy making: urbact.eu/fileadmin/general_library/ URBACT_16_08_11_pre_BAT-3.pdf

BCN Open challenge (Barcelona)

A survey amongst 54 global cities show that less than 10% of cities accept unsolicited proposals for new solutions coming from small enterprises. BCN Open challenge attempts to invert this trend and to guarantee space for small companies to innovate in the city. As an international call, it seeks to procure innovative and sustainable solutions to transform both public services and places in Barcelona. It is organized by the Barcelona city council and a supporting company, Citymart.

Six social issues should be tackled in the proposed solutions: reducing bicycle thefts in the city, empowering support systems to reduce social isolation, monitoring pedestrian flows in the city, tools for digitisation of museum and archive collections, automatic detection and alerts of damaged road surfaces, and empowering local retail trough technology.

The prize of the BNC Open Challenge is a direct commitment to contract the six winning solutions.

Through this competition, the city of Barcelona seeks to make the process of procurement decisions more cost-efficient, transparent, and allowing small entrepreneurs to be part of this process and to implement their innovative solutions. It seeks to allow small entrepreneurs to be part of this process and implement their innovative solutions.

The winners have been announced by the end of 2014.

www.bcnopenchallenge.org

Public labs

The labs seek to create an alternative environment in order to boost the reflection outside of usual boundaries in: setting up an atmosphere of trust and true cooperation, re-interrogating and investigating the classical way of addressing societal challenges, working directly in immersion with users, simulating, testing on the ground and creating prototypes of new solutions, through a trial and error process.

These are far enough from the market and from public institutions to become an "experimentation-based forward-looking zone" and a "do-tank" for traditional public and private institutions. These labs can be focusing on a method or a technology (interdisciplinary teams; design-driven approach, action-research, etc.), on a specific topic (e.g. education, health, youths), in or outside the system, working directly or indirectly, together or in opposition with public authorities, they can be very small or very large (small cell to some dozens of people).

In those labs, civil servants, supported by interdisciplinary and creative teams, review and test policies, on the basis of bottom-up, usage-based and community centered approaches, with a particular focus on design approaches.

blog.la27eregion.fr/ Labs-for-System-Change-des-labos

contributions such as competitions. In the case of the city of Barcelona, in Spain, the BCN Open Challenge has sought to improve the efficiency of procurement decisions, and to allow small entrepreneurs to be part of this process and to implement their innovative solutions to various urban issues.

Another approach has been to step away from traditional governance building on expertise, planning and forecasting and to seek new and innovative, "out of the box" solutions with the help of user-driven or community-driven innovation specialists such as designers, supporting civil servants directly involved in the process. In this regard, some cities have set up Public Innovation Labs or Public Innovation Places which serve as action-research oriented and experimentation-based areas for the exploration of problems and the identification of solutions.

Some cities have also set up online collaborative platforms linking residents, companies and academics for exchanging ideas. These can also be a space for developing systematic solutions for solving city challenges. The city of York, in the UK, for example, has animated an open innovation platform to generate ideas and solutions in network on social problems of the city. It is currently piloting the transfer of this approach to other cities of the URBACT Genius Open network, Tallinn (Estonia), Siracusa (Italy) and San Sebastian (Spain).

The space for experimentation also includes those usually dedicated to economic innovation such as incubators: outside the administration and with limited interference with the way they usually function, resources, skills and expertise are brought together to identify solutions to societal needs.

Finally, experimentation can also take place in public spaces and open air where a maximum number of citizens can be attained: these can be outside the usual boundaries of organized public or virtual spaces, for example at street markets, during public events or through project visits. In a complex realm of actions, URBACT networks such as "Placemaking" are also designing what they call a "living lab' where end-users can cocreate any public place, and partners intend to be flagships of developing urban renewal projects with efficient participatory techniques.

Conclusion: Towards a new governance culture

Through a few examples we can see that the integration of social innovation implies a **shift from command and control to brokering and engagement** between all players, stimulating social initiatives and creativity within the public sector. In the cases observed here, city governance has become less directive and more participative and co-produces with stakeholders and communities.

This clearly means that some cities' governance model has been disrupted. Where does this **disruption** come from? It seems that in some cases, the drivers for these changes come from the top: an **explicit leadership** shift seems to be crucial to ignite the process and drive culture change. In other cities the drive is more bottom up, from civil servants themselves or civil society. In any case, this culture change has

François Jegou
Marcelline Bonneau

been enabled with the upcoming of a **new city ecosystem,** creating the space for and re-envisaging the relationships between all actors.

For sure, addressing existing city challenges with the use of social innovation requires a **culture change**: this includes building the capacity of all involved actors, including the development of adequate skills, attitudes and mentality.

Leaders need to adjust their strategies, adopt new positions and act as a "chef d'orchestre": listening to stakeholders, animating the local governing system, playing the role of interpreters between local players, translating between different players and cultural languages, raising mutual interests and synergies, and building a culture of trust.

Leaders should also be ready to go beyond their comfort zones, take risks, experiment and be prepared to learn from (unavoidable) mistakes.

This URBACT workstream will investigate further those questions through case studies, chat sessions, meetings and a final report to be published early 2015.

Although it is crucial for each municipality to generate ideas, it is also key to create synergies and mutualise on existing ones. As such, we are keen on sharing with and drawing from experiences from all relevant actors: city administrators, urban planners as well as experts. Our website presents the information the workstream has gathered so far and is (aligned with the principles of social innovation outlined here) a plattform open to your contributions.[3)]

3) www.sustainable-everyday-project.net/urbact-socialinnovationincities/

Urban Europe – warum Europa Städte braucht.

An urban agenda for economic growth.

Autoren:

Dipl.-Vw. Klemens Himpele
Mag. Gerrit Thell
MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik

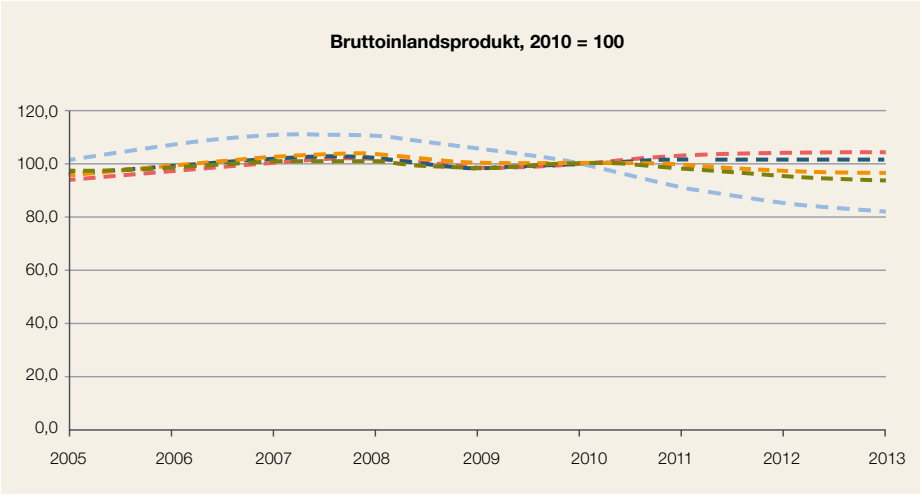
www.wien.gv.at/kontakte/ma23

Welche Herausforderungen, Erwartungshaltungen und Rahmenbedingungen bestehen für Städte in einem Europa 2020, das auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum setzt, aber nicht aus der Krise herauskommt? Nur durch ein Abgehen von der europäischen Austeritätspolitik wird sich die Innovationskraft der urbanen Regionen wieder frei entfalten können. In Zeiten rasanter zukunftsweisender Entwicklungen in der Wirtschaft (Industrie 4.0, Online-Plattformen) sind innovative Lösungsansätze der Städte gefragt.

Ausgangslage

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist noch immer von den Auswirkungen der Finanzkrise geprägt: Schwaches Wirtschaftswachstum geht einher mit einer hohen Arbeitslosigkeit vor allem im Süden des Kontinents, eine ganze Generation junger GriechInnen, PortugiesInnen, SpanierInnen und ItalienerInnen wird um ihre Entwicklungschancen beraubt. Gleichzeitig fehlt den Staaten das Geld, das sie dringend benötigen würden, um über Investitionen die Infrastruktur zu modernisieren und damit die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Einer von Zukunftsoptimismus geprägten aktiven Wirtschaftspolitik der 1970er Jahre ist auf europäischer Ebene eine dogmatische Austeritätspolitik gefolgt, die Europa nachhaltigen Schaden zugefügt hat. Auch private Unternehmungen verschulden sich nicht mehr, um das aufgenommene Kapital in Anlagen zu investieren. Alle wollen sparen – die Privathaushalte (was normal ist), aber auch die Unternehmen und der Staat – und würgen damit eine positive konjunkturelle Entwicklung ab. Europa droht deshalb, seine ökonomische Führungsposition einzubüßen, da in den USA und in Asien deutlich offensiver mit den Problemen der Finanzkrise umgegangen wird.

Die neuen Produktionsformen und Technologien sowie die globale Arbeitsteilung stellen „Hochlohnregionen“ in Europa und global vor große Herausforderungen. Es gilt, Strategien zu finden, um die Beschäftigung dennoch auf hohem Niveau zu halten und speziell in jenen Regionen ausreichend zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, in denen die Bevölkerung wächst. Gerade urbanen Regionen kommt hier eine zentrale Bedeutung zu: Hier finden Innovationen statt, die Dichte des urbanen Umfelds ermöglicht die volle Wirksamkeit bestimmter Technologien, hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forschungseinrichtungen finden sich in den Ballungszentren, und die Diversität der Bevölkerung ermöglicht das Entstehen von



Quelle: EUROSTAT.

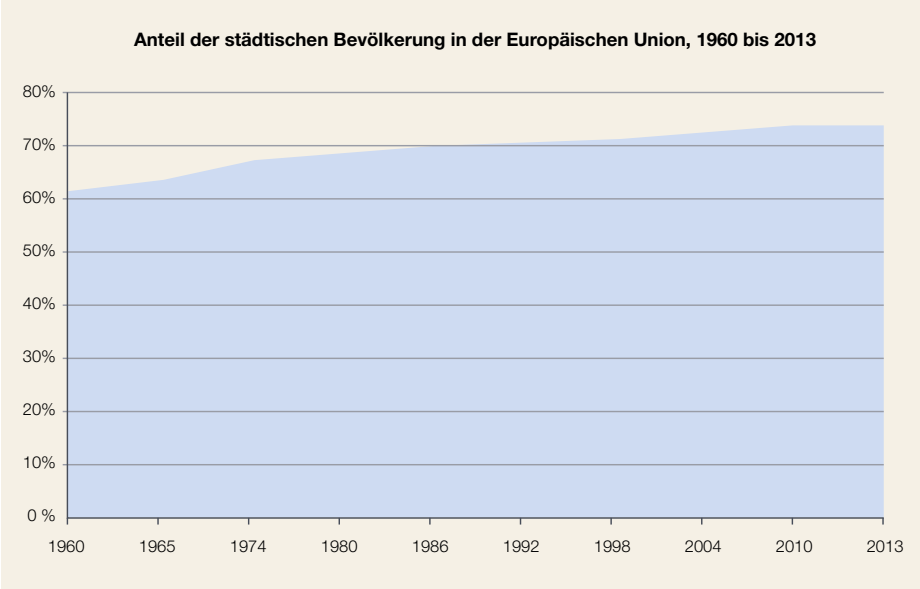
Dipl.-Vw. Klemens Himpele
Mag. Gerrit Thell

Neuem. Städte sind eine enorme zivilisatorische Leistung und bieten den Menschen höchste Lebensqualität in Form eines breiten kulturellen und infrastrukturellen Angebots. Die Lösungen auf die derzeitigen Brüche können daher nur aus den Städten kommen.

Städte als Impulsgeber

Fast drei Viertel aller Menschen in Europa leben in urbanen Regionen, ein Wert, der laut den Vereinten Nationen (UN – World Urbanization Prospects) bis 2050 auf über 80% ansteigen wird. Städte bieten den Menschen eine hohe Lebensqualität mit einem vielfältigen sozialen Leistungsangebot, aber auch Arbeitsplätze und Zukunftschancen. Sie sind nicht nur demografische „Hotspots", sondern auch Zentren des Wissens, der Innovation, der Kultur und der Wirtschaft. Neben Faktoren wie der internationalen Erreichbarkeit und der Sichtbarkeit sind besonders das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften sowie das Vorhandensein von Unternehmen entscheidend, die ergänzende Dienstleistungen (unternehmensbezogene Dienstleistungen) anbieten.

Jahrzehnte nach der Internetentwicklung beginnen sich die ökonomischen Produktionsweisen dramatisch zu ändern. Einerseits werden über Plattformen Dienstleistungen zugekauft, welche von Menschen angeboten werden, die gleichzeitig ProduzentInnen und KonsumentInnen sein können. Die bekanntesten dieser Plattformen sind AirBNB im Bereich der Zimmervermietung und UBER als Taxiunternehmen, es gibt jedoch auch in anden Bereichen derartige Plattformen (haushaltsnahe Dienstleistungen, Restaurantleistungen, Kleiderverleih usw.). Diese neuen Plattformen drohen die sozialen Standards der europäischen Ausprägung des Wohlfahrtsstaates zu unterlaufen. Es ist derzeit unklar, wie soziale Sicherungssysteme, gewerbe- und versicherungsrechtliche Fragen, Fragen der fairen Arbeit, Lohndumpingprobleme usw. dahingehend reguliert werden können, dass



Datenquelle: Weltbank.

einerseits das Nutzen von Innovationen möglich bleibt, aber gleichzeitig die sozialen Standards für alle weiterhin erhalten bleiben. Andererseits ist der Internethandel nicht mehr wegzudenken und sämtliche Daten weisen auf enorme Wachstumsraten hin, die mit der jüngeren, internetaffinen Generation weiter steigen dürften und den städtischen Handelsinfrastrukturen massiv zusetzen.

Die technologische Entwicklung benötigt ein breites Spektrum an Qualifikationen und komplementären Angeboten, um im Wettbewerb der Standorte bestehen zu können. Nur in Städten findet sich ein ausreichend breites Angebot an Waren und Dienstleistungen, um die neuen Technologien auch lokal zu nutzen. Und: In Städten müssen die großen Herausforderungen der Zukunft – insbesondere die Fragen der natürlichen Ressourcen – beantwortet werden. Die Dichte der Städte, die kurzen Wege, der hohe Anteil an öffentlichen Nahverkehrseinrichtungen – alles sind Faktoren zur Lösung der großen ökologischen Herausforderungen. Für die Zukunft ganz wesentlich wird daher die Fähigkeit der Städte sein, nicht nur auf lokale und globale Herausforderungen zu reagieren sondern selbst neue Entwicklungen in Gang zu setzen, wie es Wien mit seiner Smart City Rahmenstrategie getan hat. Dies wird für die Lebensqualität und das Zusammenleben von Menschen weit über die Stadtgrenzen hinaus heute und in der Zukunft des 21. Jahrhunderts entscheidend sein.

Städtische Wissenszentren

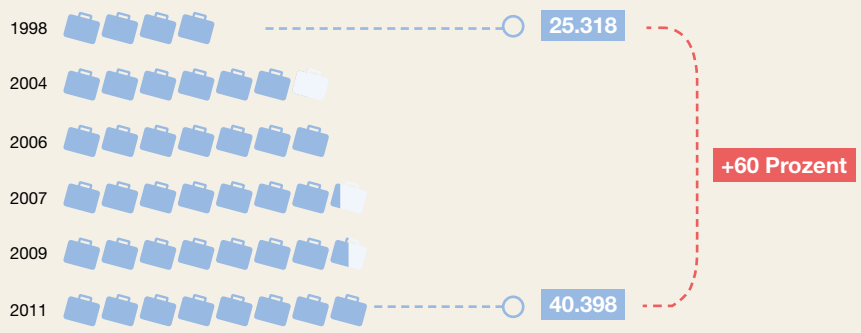
Wien hat sich eines geographischen Standortvorteils bedienen können, und ist Sitz von zahlreichen Headquarters, die Steuerungsfunktionen nach Ost- und Südosteuropa ausüben. Eines muss aber klar sein: Das Gesamtpaket ist entscheidend, ein Defizit in einzelnen Bereichen (Umweltbelastung, Kriminalität etc.) kann schnell dazu führen, dass die Lebensqualität als beeinträchtigt empfunden wird.

Die ökonomische Entwicklung und die Brüche in den alten Produktionsstrukturen machen innovative Betriebe zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Wertschöpfungsprozesse. Um die großen Herausforderungen zu lösen, bedarf es hervorragend ausgebildeter UnternehmerInnen und MitarbeiterInnen, innovativer Lösungsansätze und des Willens, die Netzwerkeffekte der Großstadt zu nutzen. Mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt Wien war eine

rasante Entwicklung der regionalen Wirtschaft in Richtung Dienstleistungsmetropole und Wissensstadt verbunden. So hat sich die Zahl der forschenden Betriebe in den vergangenen 15 Jahren verdreifacht und mittlerweile sind im Bereich Forschung und Entwicklung mehr als 40.000 Beschäftigte tätig.

dieser Wissenstransfer nicht nur innerhalb einer Branche stattfindet und Wachstum fördert, sondern vor allem auch branchenübergreifend zu positiven Effekten führt. Gerade in diesem Wissensaustausch von Unternehmen, die aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommen, liegt ein enormes Innovationspotenzial. Diesen Standortvorteil gilt es aktiv zu nutzen, da vernetztes Wissen

Anzahl der Beschäftigten (Köpfe) in Wien in F&E um 60 Prozent gestiegen



Quelle: Statistik Austria, MA 25

Mit rund 190.000 Studierenden ist Wien zudem die größte Universitätsstadt im deutschen Sprachraum. Als Indikator für die Wissensorientierung der Stadt können auch die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent des Bruttoregionalprodukts herangezogen werden: Hier liegt Wien mit über 3,4 Prozent unter den Top-Regionen Europas. Diese hohe Wissensorientierung resultiert auch in einer überdurchschnittlichen Produktivität (gemessen in Bruttoregionalprodukt pro EinwohnerIn): Bereits im Jahr 2000 war sie die höchste in Österreich und dies gilt auch für die aktuell verfügbaren Zahlen von 2013, und das trotz eines beträchtlichen Bevölkerungswachstums von mehr als 200.000 EinwohnerInnen!

Insbesondere beim Thema „Wissensspillovers“ – also dem Wissenstransfer von Unternehmen bzw. Universitäten untereinander – haben Städte einen natürlichen Agglomerationsvorteil. Die neueste Forschung geht davon aus, dass in der heutigen globalisierten Wirtschaft der entscheidende Wettbewerbsfaktor ist. Denn eines ist klar: Regionen mit einem hohen Lohnniveau werden nur mit innovativen und qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen am Weltmarkt erfolgreich sein.

Notwendige Investitionen

Die steigende „Verstädterung“ weltweit zeigt auch, dass die Lebensqualität der Städte zunehmend als attraktiv wahrgenommen wird. In Ballungsräumen finden Menschen neben unterschiedlicher Bildungs- und kulturellen Einrichtungen auch eine gute Infrastruktur, und – ganz wesentlich – ein diversifiziertes Arbeitsplatzangebot vor. Städte verstehen sich auch als soziale Dienstleisterinnen und entwickeln eigene soziale Angebote entsprechend den Bedürfnissen der BewohnerInnen weiter, z.B. ein flächendeckendes Netz an Kindergärten und Horten oder Betreuungseinrichtungen für Pflege (im Alter), von denen alle Familienmitglieder für eine individuelle Lebensgestaltung profitieren können.

Wachsende Städte benötigen aber auch eine entsprechende Infrastruktur – seien es Bildungseinrichtungen, Wohnungen oder der öffentliche Nahverkehr – und dies bedeutet Investitionen und damit finanzielle Aufwendungen. In Zeiten von geringem Wirtschaftswachstum und erheblichem Sparzwang scheint das eine schier unlösbare Aufgabe zu sein. Aufgrund der engen rechtlichen Budgetvorgaben steigt deshalb der Druck, verstärkt auf öffentliche-private Partnerschaften (PPP) zurückzugreifen. Diese sind jedoch nicht unumstritten. Neben demokratischer Bedenken (die Verträge sind zumeist nicht öffentlich zugänglich, Zielkonflikt Gemeinwohl und Gewinnmaximierung) haben Erfahrungen gezeigt, dass PPP-Modelle der öffentlichen Hand längerfristig keine Kostenvorteile bringen, sondern im Gegenteil Mehrkosten verursachen (siehe Beispiele in Deutschland), da die Privaten ja schon kurzfristig einen Gewinn erwirtschaften müssen, und diesen dann die öffentliche Hand aufbringen muss. Bei Ländern wie Österreich oder Deutschland, die sich derzeit am Kapitalmarkt zu deutlich günstigeren Zinsen als Private finanzieren können, kommt zusätzlich noch diese Zinsdifferenz hinzu. PPP-Modelle sind somit ein Instrument zur Finanzierung von Investitionen, ohne den Staatshaushalt direkt zu belasten (Maastricht), verursachen aber nach aktuellem Wissensstand längerfristig höhere Kosten für die SteuerzahlerInnen. Die Sinnhaftigkeit dieser Finanzierungsform von Investitionen darf folglich ernsthaft bezweifelt werden.

Industrie 4.0 als Chance für Metropolen

Die Wirtschaftskrise hat auch die Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft wieder hervorgehoben. Zweifellos hat dieser Sektor mit hohen Ausgaben für Forschung und

Dipl.-Vw. Klemens Himpele
Mag. Gerrit Thell

Entwicklung sowie einer starken Nachfrage an qualifizierten Dienstleistungen eine enorme Bedeutung für eine Stadtwirtschaft. Die EU-Strategie, den Industrieanteil bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern (Anteil an der Wertschöpfung), zielt in diese Richtung.

Nachdem es in den letzten Jahrzehnten zu einer zunehmenden Tertiärisierung der Städte kam – teilweise stieg der Anteil des Dienstleistungssektors an Wertschöpfung und Gesamtbeschäftigung über die 80 Prozentmarke – wurde zunächst eher davon ausgegangen, dass sich Stadtwirtschaften mit industrieller Produktion räumlich nur schwierig vereinbaren lassen (Umweltverschmutzung, Lärmbelästigung etc.). Modernste Produktionstechniken können die Umweltbelastungen mittlerweile jedoch auf ein Minimum reduzieren. Unumstritten ist zudem der wichtige Beitrag der Industrie für das regionale Wirtschaftsgefüge, durch hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze, eine hohe Neigung zu Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten oder die Nachfrage nach qualifizierten Dienstleistungen.

Eine ganz wesentliche Chance für die Stadtwirtschaft stellt das Thema Industrie 4.0 (auch „Smart Production“) dar. Diese derzeit stattfindende technologische Revolution der Industrie zu vollautomatisierten und vernetzten Produktionsstätten, die oft als vierte industrielle Revolution bezeichnet wird, könnte gerade für Stadtwirtschaften bedeutend sein. Dies deshalb, weil davon auszugehen ist, dass hochqualifiziertes Personal sowie insbesondere Dienste aus Branchen nachgefragt werden, die in Stadtwirtschaften gut vertreten sind, wie beispielsweise die IKT-Branche, aber auch die Kreativwirtschaft (wenn der Trend weg von der Massenproduktion zur individuellen Fertigung eintreten sollte). Es sind hier also natürliche Standortvorteile für Ballungsräume zu finden, die zu einer Renaissance der Industrie in Städten führen könnten.

Nachfrage nach Hochqualifizierten – besondere städtische Herausforderung

Sowohl für wirtschaftliche Stabilität als auch für die Lebensqualität von Menschen spielt die Innovationsfähigkeit von Städten eine entscheidende Rolle. Große technologische oder soziale Innovationen konnten und können sich ohne den Staat nicht entwickeln, sie gehen meist sogar vom Staat aus. Das gilt für die Alphabetisierung der Menschen oder die Entwicklung der Wasserversorgung gleichermaßen wie für die Verbreitung von Waschmaschinen, Autos, Internet oder von Mobilfunkgeräten. Städte stellen als Nährboden von Innovationen hochentwickelte physische, institutionelle und soziale Infrastrukturen zur Verfügung und sind als Nachfragerinnen von innovativen Gütern und Dienstleistungen selbst ebenfalls ein bedeutsamer Treiber von Innovationen im Unternehmenssektor.

Mit dem Wettbewerb um die besten Innovationen einher geht eine erhöhte Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften. Es ist die lokal konzentrierte intellektuelle und unternehmerische Vielfalt, die Städten ihre hohe Produktivität verleiht. Das Angebot an Hochqualifizierten kann dazu wohl teilweise durch lokale Bildungssysteme gewährleistet werden, es wird jedoch zusätzlich durch ein erneuertes Verständnis von Zuwanderung zu decken sein. Städte wie Wien werden sich deshalb künftig noch mehr als bisher weltoffen präsentieren müssen um eine qualitative Anziehungskraft ausstrahlen zu können. Eingewanderten Menschen ist mit einer Willkommenskultur zu begegnen, die es ermöglicht, das so entstehende Innovationspotenzial zur Gänze zu erkennen und zu nutzen.

Auf die Zukunft vorbereitet

Städte stehen somit unzweifelhaft vor großen Herausforderungen, bringen aber alle Möglichkeiten mit, diese gut zu bewältigen. Ein großes ökonomisches Potenzial, kulturelle Vielfalt und Kreativität sowie soziale Dynamik sind reichlich vorhanden. In Kombination mit einer öffentlichen Hand, die sich ihrer Rolle als wichtige Innovationstreiberin und Dienstleisterin bewusst ist, ist Wachstum, das sich auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln muss, möglich. Denn gerade in Agglomerationsräumen wie Städten besteht, bei zunehmender Ungleichheit, die Gefahr der Herausbildung von sozialen Brennpunkten. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sollte daher durch die Nutzung bestehender Standortvorteile und nicht durch niedrige Lohnkosten, Umwelt- oder Sozialstandards erreicht werden. Allgemein gilt, dass Städte sich gegenseitig inspirieren können, aber jede urbane Region ist einzigartig und muss ihren eigenen Zukunftsweg einschlagen.

ANHANG

Übersicht über jene Akten, die dem Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten im Jahr 2014 vorgelegt wurden.

Übersicht über jene Akten,

die dem Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten im Jahr 2014 vorgelegt wurden.

Ausschuss vom	Thema	Antrag auf		Abstimmungsergebnis
		Unvereinbarkeit (Subsidiaritätsrüge)	Kenntnisnahme	
6.11.2014	Status der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung		×	Einstimmig
	Argumentarium gegen die Wasserliberalisierung; Aktualisierung 2014		×	Einstimmig
9.10.2014	Subsidiarität und nationale Parlamente 2013		×	Einstimmig
	Ausschuss der Regionen		×	Einstimmig
	20 Jahre Büro Brüssel der Wirtschaftsagentur Wien		×	Einstimmig
18.9.2014	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG über Abfälle, 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, 1999/31/EG über Abfalldeponien, 2000/53/EG über Altfahrzeuge, 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte	×		Einstimmig
	Aktivitäten des prioritären Handlungsfelds 10 (PA10) der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)		×	Einstimmig
6.5.2014	Vorschlag für eine Verordnung (des Europäischen Parlaments und des Rates) über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen	×		Einstimmig
	EU-Förderungen für Wien; Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)		×	Einstimmig
	EU-Förderungen für Wien; Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und integrative Stadtentwicklung		×	Einstimmig
1.4.2014	Europabericht der Stadt Wien 2013		×	Einstimmig
	Wiener Dialogforum		×	Einstimmig
4.3.2014	EU-Projekte der Wirtschaftsagentur Wien Gruppe		×	Einstimmig
	Mitteilung der EK „Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt“, COM(2013) 913		×	Mehrheitlich
13.2.2014	Wiener Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa		×	Einstimmig
	Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE		×	Mehrheitlich
	Mitteilung der EK „Saubere Luft“; Richtlinienvorschlag: Begrenzung der Emissionen in der Luft		×	Einstimmig

PAB

Europabericht Download:
europa.wien.at/europabericht.html